



**PARTEI MENSCH
KLIMA TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

**WÄHLE
MITGEFÜHL!**

WAHLPROGRAMM

Berlin-Wahl 2026

Tierschutzpartei.de



UNSERE LANDESLISTE:

Platz 1: Nico Poschinski

Platz 2: Katja Michel

Platz 3: Mersija Böhnig

Platz 4: Jan Tovar

Platz 5: Viola Carroll

Platz 6: Maxim Seeck

Platz 7: Friederike Wenderoth

Platz 8: Fabian Dufossé

Platz 9: Elke Tovar

Platz 10: Nicole Porm

Platz 11: Leonhard Rettinghaus

Platz 12: Carolin Pleier

Platz 13: Martin Tank

Platz 14: Corinna Hägele

Platz 15: Louisa Wittek

Platz 16: Patricia Winheim

Platz 17: Helene Euringer

Platz 18: Nadine Tyralla

INHALTSVERZEICHNIS

1. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung.....	8
2. Mobilität und Verkehr.....	13
3. Bildung.....	20
4. Gesellschaft und Zusammenleben.....	28
5. Familien- und Generationenpolitik.....	34
6. Gesundheit und Pflege.....	36
7. Sozialpolitik.....	41
8. Arbeit und Wirtschaft.....	45
9. Haushalt und Finanzen.....	48
10. Innere Sicherheit und Justiz.....	50
11. Verwaltung und Digitalisierung.....	54
12. Kultur und Sport.....	57
13. Demokratie.....	61
14. Klimaschutz.....	66
15. Energiewende.....	68
16. Umweltschutz.....	70
17. Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft.....	76
18. Artenschutz.....	80
19. Wildtiere.....	81
20. Taubenmanagement.....	84
21. Tierversuche.....	84
22. Tiermedizin.....	86
23. Tiere in Sport und Unterhaltung.....	87
24. Tiere in der Ernährungsindustrie.....	89
25. Tiere in der Bekleidungsindustrie.....	90
26. Tiere in menschlicher Obhut.....	91



„Viele Menschen in Berlin fühlen dasselbe: Dass irgendetwas grundlegend schief-läuft. Dass Entscheidungen getroffen werden, die nichts mit ihrem Alltag zu tun haben. Dass die großen Fragen, Wohnen, Mobilität, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Klima, Tierschutz, immer wieder gegeneinander ausgespielt, statt zusammenge-dacht zu werden. Ich kenne dieses Gefühl. Es hat mich angetrieben, selbst aktiv zu werden. In meiner Arbeit als Geowissen-schaftler erlebe ich täglich, wie eng alles miteinander verknüpft ist. Boden, Was-ser, Klima, Tiere, wir Menschen. Und ich bin überzeugt: Wer das versteht, macht bessere Politik. Genau das wollen wir. Ge-meinsam mit dir. Berlin ist bereit dafür. Ich bin es auch.“

Nico Poschinski, Listenplatz 1

VORWORT

Liebe:r Leser:in,

Berlin ist eine Stadt voller Ideen, Vielfalt und Engagement. Viele Menschen setzen sich hier jeden Tag für ein besseres Miteinander ein: Für soziale Gerechtigkeit, für den Schutz unserer Umwelt oder für Tiere. Trotz des Einsatzes so vieler Menschen stehen wir weiterhin vor Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen müssen.

Steigende Mieten, soziale Spaltung, unsichere Verkehrswege, eine Verwaltung, die viele Menschen frustriert – das sind nur einige der Probleme, die Berlin seit Jahren begleiten. Gleichzeitig verschärft sich die Klimakrise. Hitzewellen, Schäden an Stadtbäumen, Starkregenereignisse, schlechte Luft, Wasserknappheit und Artensterben betreffen auch unsere Stadt ganz konkret. Tiere leiden in industrieller Massentierhaltung ebenso wie im urbanen Raum. Und zu oft werden politische Entscheidungen nach kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen getroffen, nicht nach dem, was langfristig sinnvoll ist und dem Gemeinwohl dient.

Wir sind überzeugt: Diese Probleme hängen zusammen. Mensch, Umwelt, Klima und Tiere sind eine untrennbare Einheit. Wer bezahlbaren Wohnraum schaffen will, muss auch Energieverbrauch und Klimaschutz mitdenken. Wer Gesundheit schützen will, muss für saubere Luft und eine intakte Umwelt sorgen. Wer soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, darf Tierleid nicht ignorieren. Eine Politik, die nur einzelne Probleme isoliert betrachtet, greift zu kurz.

Als **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) treten wir zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2026 an, da wir unseren ganzheitlichen Ansatz konsequent in die Politik bringen wollen. Wir sind die einzige Partei, die Menschen, Umwelt, Klima und Tiere in allen Politikfeldern zusammendenkt – von Wohnen, Bildung und Sozialem über Wirtschaft und Mobilität bis hin zu Klima- und Tierschutz. Daraus ist das thematisch umfassendste und vielfältigste Programm aller Parteien dieser Wahl entstanden.

Dieses Programm ist unser konkreter Plan für die kommende Legislaturperiode und eine lebenswerte Zukunft. Für ein Berlin mit bezahlbarem Wohnraum, starken sozialen Strukturen, konsequentem Klimaschutz, mehr Grünflächen, nachhaltiger Mobilität, echter Nähe zu Bürger:innen und starkem Tierschutz. Für ein Berlin, das für heutige und kommende Generationen Verantwortung übernimmt. Dieses Programm ist in enger Zusammenarbeit mit der Klimaliste entstanden, die bewusst auf eine eigene Kandidatur verzichtet, um gemeinsam mit uns für ein lebenswertes Berlin einzustehen.

Unser Kompass ist klar: Mitgefühl statt Machtdenken, Gemeinwohl statt Profitmaximierung, Gerechtigkeit statt Ausbeutung. Politik darf nicht länger primär wirtschaftlichen Interessen folgen, während Schwächere, Stimmlose und kommende Generationen zurückbleiben. Für uns sind Mitgefühl und Gerechtigkeit der Maßstab politischen Handelns.

Wir geben denjenigen eine Stimme, die keine starke Lobby haben. Dazu zählen Menschen in Armut, Pflegebedürftige, Kinder, Menschen mit Behinderung, von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen und Tiere, die in der Praxis häufig noch wie Sachen behandelt werden. Wir stehen für Menschen- und Tierrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit. Wir treten entschieden gegen Gewalt, Ausbeutung, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Militarismus, Klassismus, Speziesismus und jede Form von Diskriminierung ein.

Laut einer Pressemitteilung zu einer politikwissenschaftlichen [Studie des Karlsruher Instituts für Technologie \(KIT\)](#) repräsentiert die Tierschutzpartei die Interessen der Bevölkerung in Deutschland am besten. Das bestärkt uns. Unsere Politik entspricht dem, was viele Menschen längst denken und fühlen. Es ist Zeit, diesen Interessen auch eine Stimme zu geben!

Dies ist eine Einladung, mit uns zu diskutieren, Ideen einzubringen, uns zu unterstützen und wählen zu gehen.

Gemeinsam verändern wir Berlin: Für die Menschen. Für das Klima. Für die Tiere.

PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei

Das Wahlprogramm zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2026 wurde vom Landesparteitag der Tierschutzpartei Berlin am 14. März 2026 beschlossen.



„Als Mutter sehe ich täglich, wie die Schulen und sozialen Einrichtungen kaputt gespart werden und z. B. die Nachmittagsangebote schwinden. Das ist für mich nicht akzeptabel, weil Kinder und Jugendliche genügend Angebote für eine sinnvolle Freizeitgestaltung haben sollten, um sich gut zu entwickeln. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass es bessere und mehr Nachmittagsangebote für Kinder und Jugendliche an Schulen und in sozialen Einrichtungen gibt.“

Katja Michel, Listenplatz 2

1. BAUEN, WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG

Wohnen ist ein Grundrecht! Doch für immer mehr Menschen in Berlin wird es zum Luxus. Steigende Mieten, spekulativer Leerstand und Verdrängung haben die Wohnungskrise verschärft. Gleichzeitig steht der Berliner Gebäudebestand vor einer dringenden ökologischen Transformation.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Wohnraum als öffentliches Gut und Berliner Boden als Gemeinschaftseigentum, das nicht spekulativen Interessen überlassen werden darf. Stadtentwicklung muss sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und demokratisch gestaltet sein – für alle, die in Berlin leben.

Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum und stellen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung. Leerstehende Gebäude wollen wir durch Umwidmung und Umbau wieder nutzbar machen und so Flächen effizienter verwenden. Bezahlbare Mieten sichern wir durch wirksame Mietregulierung und mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt, beispielsweise durch ein Mietenkataster. Öffentliche Grundstücke sollen dem Gemeinwohl dienen und bevorzugt an gemeinwohlorientierte Projekte vergeben werden. Gleichzeitig stärken wir genossenschaftliche und selbstorganisierte Wohnformen und drängen kommerzielle Werbung aus dem öffentlichen Raum zurück, um mehr Flächen für Informationen zu Klimaschutz, Gesundheit, sozialen Angeboten und Kultur zu schaffen.

1.1 Bauen

Bestehende Gebäude umnutzen statt neu bauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt beim Wohnraumgewinn auf die Umnutzung und den Umbau bestehender

Gebäude. Wir werden leerstehende Bürogebäude, überdimensionierte Shopping-Center und andere untergenutzte Immobilien durch rechtliche Erleichterungen und gezielte Förderprogramme zu Wohnraum, sozialen Einrichtungen sowie Kultur- und Bildungsorten umbauen. Das schont Ressourcen, vermeidet zusätzliche Flächenversiegelung und schafft schnell bezahlbaren Wohnraum in bestehenden Quartieren.

Ökologische Baustandards verbindlich einführen

Neue Bauvorhaben müssen hohen ökologischen und energetischen Standards entsprechen. Dazu gehören energieeffiziente Bauweisen, langlebige Materialien, emissionsarme Baumaschinen sowie eine klimagerechte Planung über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes. Öffentliche Fördermittel und Genehmigungen werden an die Einhaltung dieser Standards gekoppelt, um Klimaschutz und langfristige Wirtschaftlichkeit zu verbinden.

Instandhaltungspflicht für Gebäude gesetzlich verankern

Bauen endet nicht mit der Fertigstellung eines Gebäudes. Eigentümer:innen werden wir verpflichten, Gebäude regelmäßig instand zu halten und energetisch zu modernisieren. Damit sichern wir Wohnqualität, senken langfristig Energiekosten und leisten einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz im Gebäudesektor.

1.2 Mieten und Wohnen

Bezahlbare Mieten sichern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Mieten in landeseigenen Wohnungen bezahlbar machen. Wir werden einen verbindlichen Landesmietendeckel für den öffentlichen Wohnungsbestand wieder einführen, um Mietsprünge zu verhindern und soziale Sicherheit zu schaffen. Neuvermietungen erfolgen mindestens zehn Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete und WBS-Wohnungen werden zu sozial verträglichen Mieten von maximal 6,50 Euro

pro Quadratmeter angeboten. Haushalte sollen durch eine verbindliche Härtefallregelung nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Warmmiete aufbringen müssen. Bei vorübergehender Zahlungsnot erhalten sie Kündigungsschutz.

Diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum sicherstellen

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Wohnraum nicht von Herkunft, Geschlechtsidentität, Berufsstand, sozialem Status, Familienform, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, Religion oder anderen persönlichen Merkmalen abhängt. Deshalb führen wir verbindliche Transparenz- und Dokumentationspflichten bei der Wohnungsvergabe ein. Vermieter:innen und Wohnungsunternehmen werden wir verpflichten, objektive Vergabekriterien offenzulegen und den Auswahlprozess nachvollziehbar zu gestalten. Eine unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle soll Betroffene beim diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum unterstützen.

Mietenkataster einführen

Um den Wohnungsmarkt transparenter und gerechter zu gestalten, werden wir ein landesweites Mietenkataster einführen. Es erfasst alle relevanten Daten zu Bestands- und Neuvertragsmieten, Wohnungsgrößen, Baualtersklassen, energetischen Standards und Modernisierungszuständen. So können Mietobergrenzen und Vergleichsmieten nachvollziehbar und rechtssicher bestimmt werden. Mieter:innen können künftig einfach prüfen, ob eine verlangte Miete angemessen ist. Für Vermieter:innen entsteht ein transparentes, faires und planbares System, das Rechtssicherheit bietet und Missbrauch verhindert.

Meldepflicht und Sanktionen für Vermieter:innen durchsetzen

Um die Wirksamkeit des Mietenkatasters sicherzustellen, werden wir eine verbindliche Meldepflicht für Vermieter:innen einführen. Jede Neuvermietung und jede mietrelevante Änderung muss innerhalb einer kurzen Frist gemeldet werden. Die Daten werden datenschutzkonform aufbereitet und anonymisiert öffentlich zugänglich gemacht. Bei Nichtmeldung greift ein abgestuftes Sanktionssystem: Zuerst wird eine Verwarnung mit Nachmeldefrist ausgesprochen; dann wird ein Bußgeld verhängt,

dessen Höhe sich nach Umfang und Wiederholung des Verstoßes richtet. Bei fortgesetzter oder absichtlicher Nichtmeldung können weitergehende Maßnahmen folgen, wie die automatische Begrenzung der zulässigen Miete bis zur vollständigen Meldung; in letzter Konsequenz kann dies sogar zu einer Veräußerungspflicht der Immobilie führen. Die Kontrolle erfolgt durch eine zuständige Landesbehörde, unterstützt durch stichprobenartige Prüfungen und Hinweise von Mieter:innen. Einnahmen aus Bußgeldern fließen zweckgebunden in Beratung, Kontrolle und Infrastruktur des Mietenkatasters.

Mieter:innenrechte stärken

Wir werden Mieter:innen vor Verdrängung, Luxus-sanierungen und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen schützen und den Milieuschutz ausweiten. Vermieter:innen werden wir verpflichten, einem Wohnungstausch bei gleichem Mietpreis zuzustimmen. Wohnungslosigkeit werden wir durch frühzeitige Unterstützung bei Mietschulden, Mediation mit Vermieter:innen und kostenlose Beratungsstellen für Betroffene präventiv verhindern.

Geförderten Wohnraum gerechter verteilen

Geförderter Wohnraum in Berlin wird teilweise über die gesetzliche Marktsegment-Quote (GMS) gesteuert. Diese legt fest, welcher Anteil von Neubauten und Sozialwohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen reserviert ist. In der Praxis reicht die bestehende Quote nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Wir werden die Quote deutlich erhöhen, um den Zugang zu geförderten Wohnungen zu verbessern und bezahlbaren Wohnraum gerechter zu verteilen.

Kosten der Unterkunft realitätsnah anpassen

Menschen, die auf Leistungen zur Deckung der Kosten der Unterkunft (KdU) angewiesen sind, erhalten häufig keine Unterstützung, wenn die Miete nur geringfügig über dem festgelegten Limit liegt. In solchen Fällen wird der Zugang zu bedarfsgerechtem Wohnraum unnötig erschwert. Wir werden dafür sorgen, dass Jobcenter und Sozialämter den Betroffenen ermöglichen, diese Differenz selbst zu übernehmen. Gleichzeitig erhalten die Behör-

den ausreichend Ermessensspielraum, um Härtefälle unbürokratisch zu lösen. Die Leistungen für die Kosten der Unterkunft werden wir an die tatsächlichen Mietbedingungen anpassen, nach Ortsteilen differenzieren und die AV-Wohnen automatisch an den Mietspiegel koppeln. Kostensenkungsverfahren setzen wir aus, wenn keine bezahlbaren Wohnungen verfügbar sind. Menschen sollten nicht zu einem Umzug gezwungen werden, nur weil ihre Wohnung über den üblichen Mietgrenzen liegt.

Landeseigene Wohnungsunternehmen sozial ausrichten

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind der Kern einer sozialen Wohnungspolitik. Damit sie dieser Rolle gerecht werden, werden wir die Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und landeseigenen Wohnungsunternehmen mieterfreundlich überarbeiten und die Mitwirkung der gewählten Mieter:innenräte bei wichtigen Entscheidungen stärken. Ergänzend setzen wir auf die Rekommunalisierung großer privater Bestände, um den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor nachhaltig zu stärken.

Sozialbindung für große Wohnungsbestände einführen

Bei einem Besitz ab 50 Wohnungen werden wir eine Sozialbindung von 20 Prozent einführen, ab 100 Wohnungen 30 Prozent, ab 500 Wohnungen 40 Prozent und ab 1.000 Wohnungen 60 Prozent, entsprechend dem Anteil WBS-berechtigter Haushalte in Berlin.

Wohnraum für Auszubildende und Studierende schaffen

Wir werden bezahlbaren Wohnraum speziell für Auszubildende und Studierende schaffen. Dazu gehören der Ausbau öffentlicher Wohnheime, die Bereitstellung förderfähiger Mietwohnungen für junge Menschen sowie zusätzliche Zuschüsse und Mietvergünstigungen für einkommensschwache Azubis und Studierende.

Leerstand wirksam bekämpfen und Zweckentfremdung ahnden

Vorhandener Wohnraum muss konsequent für den regulären Wohnungsmarkt verfügbar gemacht werden. Leerstand werden wir wirksam beenden,

Zweckentfremdung ahnden und die Nutzung von Ferienwohnungen streng kontrollieren. Dafür ist eine deutliche Aufstockung des Personals in den zuständigen Behörden erforderlich, damit Kontrollen regelmäßig erfolgen, Verstöße verfolgt und geeignete Maßnahmen zur Reaktivierung von Wohnraum umgesetzt werden können.

Vermieter:innenführerschein einführen

Mit dem Vermieter:innenführerschein schaffen wir ein verbindliches Qualitätssiegel für verantwortungsbewusstes Vermieten. Damit setzen wir ein klares Signal gegen Spekulation, Vernachlässigung von Wohnraum und systematische Mieter:innenbenachteiligung. Vermieter:innen müssen beispielsweise grundlegende Kenntnisse über Wohnraumschutz, Mietrecht und soziale Standards nachweisen. Der Führerschein wird an klare Kriterien geknüpft: Regelmäßige Instandhaltung, energetische Mindeststandards, transparente Kommunikation, die Einhaltung der Mietpreisbremse, diskriminierungsfreies Vermietungsverhalten sowie ein funktionierendes Beschwerdemanagement. Wer diese Standards erfüllt, erhält ein öffentlich einsehbares Zertifikat, das Vorteile bei Förderprogrammen, Baugenehmigungen und steuerlichen Anreizen bieten kann. Für Wohnungsunternehmen ab 50 Wohnungen wird der Führerschein verpflichtend. Private Kleinstvermieter:innen werden durch niedrigschwellige Schulungs- und Informationsangebote einbezogen. Wer systematisch gegen Mietrecht verstößt, Wohnungen verfallen lässt oder durch illegale Praktiken auffällt, wird zunächst verwarnet, bei Wiederholung mit einem Bußgeld belegt und verliert in letzter Konsequenz die Lizenz mit der Pflicht zum Verkauf an ein gemeinwohlorientiertes Wohnungsunternehmen.

Großen Wohnungsbestand vergesellschaften

Die Berliner Wohnungskrise zeigt, dass übermächtige Wohnungsunternehmen nicht für bezahlbare Mieten und soziale Sicherheit sorgen. Ihre Marktmacht führt zu Preisdruck, Verdrängung und einer Wohnungspolitik, die sich am Renditeinteresse statt am Gemeinwohl orientiert. Wir werden große Wohnungsbestände nach Artikel 15 Grundgesetz vergesellschaften. Mehrere juristische Gutachten bestätigen, dass eine Vergesellschaftung verfas-

sungskonform möglich ist. Mit einer öffentlichen Verwaltung und angemessenen Entschädigungen kann der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ rechtssicher umgesetzt werden. Die Überführung in gemeinwohlorientierte Verwaltung ermöglicht stabile Mieten, verhindert Verdrängung und schafft demokratische Kontrolle über zentrale Teile des Wohnungsmarkts. Der Volksentscheid von 2021 zeigt: Berlin ist bereit, die Macht der Großvermieter zu begrenzen und Wohnen als öffentliches Gut zu sichern. Wir unterstützen die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ und werden den Volksentscheid konsequent umsetzen.

1.3 Stadtentwicklung

Öffentliches Grundeigentum systematisch aufbauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird öffentliches Grundeigentum systematisch aufbauen und langfristig sichern. Berlin wird Grundstücke strategisch ankaufen, bevor Preissteigerungen einsetzen und sie dauerhaft im öffentlichen Eigentum halten. Statt Flächen zu verkaufen, werden sie im Erbbaurecht oder über Konzeptvergaben vergeben: Nicht der höchste Preis entscheidet, sondern die Qualität eines Projekts, also bezahlbare Mieten, soziale Mischung, ökologische Standards, nachhaltige Bauweisen und gemeinwohlorientierte Trägerschaften. Ein landeseigener Boden- und Wohnungsfonds wird gestärkt, zusätzliche Kreditlinien werden aufgebaut und klare Ankaufrichtlinien definiert. Häuser, die durch Insolvenz, Verfall oder spekulativen Leerstand auffallen, werden durch eine aktive Rückkaufstrategie vorrangig in kommunale Hand überführt.

Öffentliche Grundstücke ausschließlich gemeinwohlorientiert vergeben

Öffentliche Grundstücke werden wir ausschließlich gemeinwohlorientiert vergeben, etwa an landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften oder soziale Wohnprojekte. Ein Verkauf landeseigener Flächen wird grundsätzlich ausgeschlossen. Städtischer Grund wird vorrangig im Erbbaurecht mit langfristigen, preisgebundenen Erbpachtmodellen und klar definierten Gemeinwohlauflagen vergeben, damit öffentlicher Boden nicht in spekulative Zyklen gerät.

Planungsgewinne gerecht abschöpfen

Steigen Bodenwerte durch neue Infrastruktur, Baurechtschaffung oder öffentliche Investitionen, werden wir Teile dieser Wertsteigerungen der Allgemeinheit zugutekommen lassen, etwa für neue Schulen, Kitas, Mobilitätsangebote, Grünflächen oder weitere Grundstücksankäufe. Damit verhindern wir, dass öffentliche Investitionen ausschließlich private Profite steigern.

Nachverdichtung auf versiegelten Flächen

Nachverdichtung werden wir dort umsetzen, wo sie möglich und verantwortbar ist, insbesondere auf bereits versiegelten oder untergenutzten Flächen wie eingeschossigen Gewerbebauten, Parkplätzen oder Supermarktarealen. Diese Form der Entwicklung schafft zusätzlichen Wohnraum, stärkt die Nahversorgung, ermöglicht kurze Wege und schützt vorhandene Grün- und Freiflächen.

Stadtplanung transparent und demokratisch gestalten

Gemeinwohlorientierte Stadtplanung setzt auf Transparenz und demokratische Beteiligung. Ein öffentliches Bodenregister, klare Vergabekriterien und die frühzeitige Einbindung der Bevölkerung schaffen Vertrauen und machen stadtplanerische Entscheidungen nachvollziehbar. Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und soziale Träger werden wir gezielt stärken, da sie stabile, sozial integrierende und langfristig bezahlbare Wohn- und Lebensräume schaffen.

Vorkaufsrecht rechtlich absichern und modernisieren

Das Bundesverwaltungsgericht hat 2021 die Möglichkeit des Vorkaufsrechts stark eingeschränkt. Dieses Instrument ermöglicht der öffentlichen Hand, beim Verkauf einer Immobilie bevorzugt als Käuferin einzutreten und so zu verhindern, dass Grundstücke und Gebäude in spekulative Hände übergehen. Wir setzen uns deshalb für ein modernisiertes Vorkaufsrecht ein, dessen rechtliche Grundlage auf Bundesebene klarer gefasst werden muss. So schützen wir Menschen vor Verdrängung und sichern bezahlbare Mieten.

Selbstverwaltete Wohnmodelle fördern

Bewohner:innen sollen selbst entscheiden können, wie ihre Häuser genutzt und Mieten gestaltet werden. Modelle wie Community Land Trusts oder selbstorganisierte Hausübernahmen machen das möglich: Das Grundstück bleibt dauerhaft im Besitz einer gemeinnützigen Stiftung oder Organisation, während die Bewohner:innen über Nutzung, Instandhaltung und Mietpreise entscheiden. So schützen wir Wohnraum vor Spekulation, stärken Nachbarschaften und schaffen langfristig bezahlbare Mieten für alle. Mit staatlicher Anschubfinanzierung, Beratung und rechtlicher Unterstützung wollen wir diese Modelle in Berlin aktiv fördern.

Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger stärken

Genossenschaften, Mieter:innengemeinschaften und das Mietshäusersyndikat werden wir gezielt stärken. Viele Hausgemeinschaften würden ihre Häuser gerne selbst übernehmen, scheitern jedoch am erforderlichen Eigenkapital. Wir werden neue Förderprogramme einführen, die Zuschüsse, Bürgschaften und günstige Darlehen bereitstellen, wenn im Gegenzug eine dauerhafte Gemeinwohlbindung garantiert wird. Steuerliche Anreize werden Verkäufe an gemeinwohlorientierte Träger zusätzlich attraktiv machen. Eigentümer:innen, die ihre Immobilie an Genossenschaften oder die öffentliche Hand übertragen, sollen von steuerlichen Erleichterungen profitieren.

Kommunale Transformationsagentur als zentrale Anlaufstelle schaffen

Zur besseren Umsetzung aller bodenpolitischen Maßnahmen werden wir eine kommunale Transformationsagentur schaffen. Sie dient als zentrale Anlaufstelle für Eigentümer:innen, Mieter:innen und gemeinwohlorientierte Träger, unterstützt bei Kaufverhandlungen, Objektbewertungen, Förderanträgen und rechtlichen Fragen und sucht aktiv nach Verkaufsgelegenheiten, um den Übergang von Immobilien in Gemeinwohlstrukturen zu erleichtern.

Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tegel voranbringen

Die Sanierung des Terminals A des ehemaligen Flughafens Tegel werden wir beschleunigen,

den Umzug der Berliner Hochschule für Technik verlässlich absichern und die Vergabestrukturen für die vorgesehenen 5.000 Wohnungen klären, einschließlich einer Entscheidung zur Holzbauweise und einer Öffnung für genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Bauträger. Naturschutzanforderungen werden verbindlich berücksichtigt. Die wertvollen westlichen Flächen werden als Naturschutzgebiet ausgewiesen, Offenland- und Trockenrasenbereiche bleiben offen und der Grundwasserschutz rund um das Wasserwerk Tegel wird sichergestellt. Gewerbliche Nutzungen konzentrieren wir auf bereits versiegelte Bereiche, mit begrenzten Gebäudehöhen, Gründächern und Photovoltaik.

Görlitzer Park offen und inklusiv gestalten

Die Einzäunung und eine nächtliche Schließung des Görlitzer Parks lehnen wir ab, weil so die Nutzung öffentlichen Raums eingeschränkt wird und soziale Probleme nicht gelöst, sondern verlagert werden. Sicherheit entsteht nicht durch Abschottung, sondern durch Präsenz, Gestaltung und soziale Verantwortung. Wir setzen auf dauerhaft ansprechbare, geschulte Personen vor Ort, die bei Konflikten vermitteln, sowie auf verbesserte Pflege, Beleuchtung und Gestaltung des Parks. Soziale und gesundheitliche Unterstützungsangebote im Umfeld des Parks werden wir stärken. Klare, fair durchgesetzte Regeln und eine enge Zusammenarbeit mit Anwohner:innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen verbessern Sicherheit und Lebensqualität langfristig, ohne den Park zu schließen oder Menschen auszugrenzen.

Werbung im öffentlichen Raum zurückdrängen

Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens „Berlin werbefrei“ und setzen uns für dessen Umsetzung ein. Kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum werden wir drastisch einschränken. Plakatflächen werden vorrangig für gesellschaftlich nützliche Botschaften zu Klimaschutz, Gesundheit, Tierschutz, sozialen Angeboten, Kultur und demokratischer Beteiligung genutzt. Digitale Werbedisplays wer-

den wir deutlich einschränken, da sie hohen Energieverbrauch, Lichtverschmutzung und visuelle Reizüberflutung verursachen. Werbung für gesundheitlich, sozial oder ökologisch schädliche Produkte wie Alkohol, Energy

Drinks, Fleisch sowie Produkte mit hohen CO₂-Emissionen lehnen wir ab. Sexualisierte Werbung, die stereotype Rollenbilder reproduziert, werden wir verbieten.

2. MOBILITÄT UND VERKEHR

Berlins Verkehrspolitik wurde jahrzehntelang am Auto ausgerichtet – auf Kosten von Fußgänger:innen, Radfahrenden und Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Die Folgen sind sichtbar: Überfüllte Straßen, unsichere Radwege, zu hohe Ticketpreise und zu wenig Takt im öffentlichen Nahverkehr, hohe Schadstoffbelastung, hohe CO₂-Emissionen und jährlich Dutzende Verkehrstote. Das ist kein Schicksal, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen und damit veränderbar.

Die PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei) setzt auf eine Verkehrswende, die den öffentlichen Raum gerecht verteilt und Mobilität für alle sichert – unabhängig von Einkommen, Alter oder körperlichen Voraussetzungen. Unser Ziel ist die sogenannte „Vision Zero“, also null Verkehrstote. Eine sichere und nachhaltige Mobilitätspolitik schützt Menschen, Tiere und Umwelt gleichermaßen.

Den individuellen Autoverkehr werden wir deutlich reduzieren und durch einen leistungsstarken ÖPNV sowie flexible Sharing-Angebote ersetzen. Den öffentlichen Nahverkehr bauen wir gezielt dort aus, wo der Bedarf am größten ist und machen ihn für alle kostenlos. Gleichzeitig fördern wir den Fahrradverkehr durch den weiteren Ausbau der Infrastruktur. Zur Reduzierung von Emissionen setzen wir konsequent auf die Elektrifizierung aller Transportmittel.

2.1 ÖPNV

Öffentlichen Nahverkehr als Daseinsvorsorge stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für einen leistungsfähigen, kli-

mafreundlichen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Lebensqualität in Berlin sichert. Ein gut ausgebauter ÖPNV ermöglicht Mobilität für alle Menschen unabhängig von Einkommen, Alter oder körperlichen Voraussetzungen. Wir werden den Verkehrssektor konsequent so weiterentwickeln, dass CO₂-Emissionen deutlich sinken, der motorisierte Individualverkehr im öffentlichen Raum weniger Platz beansprucht und ein solidarisches Miteinander in der Stadt gestärkt wird.

ÖPNV dauerhaft kostenlos gestalten

Der öffentliche Nahverkehr muss als Teil der Daseinsvorsorge ernst genommen und mit den nötigen Finanzmitteln von Land und Bund ausgestattet werden. Mittelfristig werden wir den ÖPNV kostenfrei gestalten. Als ersten Schritt werden wir eine günstige Zeitkarte nach dem Vorbild des 9-Euro-Tickets wieder einführen, insbesondere für Geringverdienende. Solange der ÖPNV noch nicht vollständig kostenfrei ist, schaffen wir zusätzliche Anreize für den Umstieg vom Auto: Etwa durch eine kostenlose Jahreskarte bei Abmeldung eines Kraftfahrzeugs.

Netz ausbauen und Takt verdichten

Der Ausbau des ÖPNV, insbesondere von U-Bahn, S-Bahn und Regionalbahn, erhält bei uns höchste Priorität unter allen Infrastrukturprojekten. Entlegene Stadtgebiete werden wir besser anbinden und bestehende Lücken im Netz schließen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf schnellen Verbindungen über größere Distanzen als Alternative zum Auto für Pendler:innen statt auf Innenstadt-Verbindungen mit touristischem Charakter. Zusätzliche Express-Buslinien sowie eine Taktverdichtung bei allen Verkehrsmitteln werden wir prüfen

und, wo sinnvoll, umsetzen. Auch ein verstärktes Rufbusangebot in Berliner Randbezirken ist dabei eingeschlossen.

Projekt i2030 vollständig umsetzen

Wir unterstützen die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg mit der Deutschen Bahn im Rahmen des Projekts i2030, mit dem Ziel das Schienennetz deutlich auszubauen und zu verbessern. Der Neu-, Wieder- und Ausbau bestehender Verbindungen ist unverzichtbar, um den ÖPNV zukunftsfähig zu gestalten. Ein bloßes Erhalten des Status quo oder gar ein Rückbau wäre das falsche Signal. Wir befürworten auch Planungen, die über i2030 hinausgehen, etwa die Verlängerung der S3 über den Bahnhof Spandau hinaus oder den Anschluss der wieder aufgebauten Siemensbahn an die Strecke der ehemaligen Bützowbahn. Solche Projekte werden wir eingehend prüfen und umsetzen, wenn sie neben wirtschaftlichen Kriterien vor allem einen spürbaren Gewinn für Anwohnende bringen.

Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen sicherstellen

An allen Bahnhöfen werden wir einen barrierefreien Zugang sowohl zum Bahnhof als auch zu den Zügen gewährleisten. Aufzüge und Blindenleitsysteme bauen wir flächendeckend aus und stellen sicher, dass sie regelmäßig gewartet werden.

Umstieg auf Bahn und Fahrrad erleichtern

Bestehende Park-and-Ride-Anlagen (P+R) werden wir ausbauen und, wo nötig, neu schaffen, damit Pendler:innen aus schlecht angebundenen Regionen unkompliziert auf die Bahn umsteigen können. Zusätzlich werden wir mehr sichere und überdachte Fahrradabstellplätze an Bahnhöfen einrichten, um Park and Ride auch mit dem Fahrrad attraktiv zu machen.

Busflotte elektrifizieren

Wir unterstützen das Ziel der BVG, die Busflotte bis Anfang der 2030er Jahre vollständig zu elektrifizieren und werden diesen Prozess politisch begleiten und fördern.

S-Bahn in öffentlicher Hand halten

Den vom Senat beschlossenen Weg, Teile des S-Bahn-Betriebs auszuschreiben und damit zu privatisieren, lehnen wir ab. Wir unterstützen die Initiative „Eine S-Bahn für Alle“ und ihre Forderung, die laufende Ausschreibung zu stoppen. Der öffentliche Personennahverkehr darf keinen gewinnorientierten Zwängen unterworfen werden. Er gehört zur Daseinsvorsorge und muss in Form eines öffentlichen Unternehmens geführt werden.

Taxigewerbe sichern und elektrifizieren

Das Taxigewerbe erfüllt eine wichtige Funktion im Sinne der Daseinsvorsorge. Es verbindet den ÖPNV mit dem Individualverkehr für Menschen ohne eigenes Fahrzeug. Wir werden das Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität WELMO“ evaluieren und gezielt verbessern, um den Umstieg der Taxiflotte auf Elektromobilität voranzutreiben. Den Ausbau von Schnellladeeinrichtungen an Taxistellplätzen, die ausschließlich für E-Taxis reserviert sind, werden wir mit mehr Nachdruck vorantreiben. Der Verdrängung des Taxigewerbes durch internetbasierte Fahrdienstvermittler werden wir entgegenwirken.

Sicherheit an Bahnhöfen erhöhen

Wir werden weitere Pilotprogramme zur Einführung von SafeNow-Zonen an Berliner Bahnhöfen durchführen, wie es am Bahnhof Südkreuz bereits erfolgreich erprobt wurde. Diese Zonen haben nachweislich das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt, die Bereitschaft zur Zivilcourage erhöht und die Sicherheitskräfte vor Ort durch frühzeitige Information bei ihrer Arbeit unterstützt. Verlaufen weitere Pilotprogramme ebenso erfolgreich, werden wir SafeNow-Zonen oder vergleichbare Systeme flächendeckend an allen Berliner Fernbahnhöfen einführen. Die Ausweitung auf Regional-, S- und U-Bahnhöfe streben wir perspektivisch an.

2.2 Autoverkehr

Öffentlichen Raum gerechter verteilen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass der motorisierte Individualverkehr künftig weniger Raum in unserer Stadt beansprucht. Allzu lange wurde Berlin nach dem Leitbild der autogerechten Stadt gestaltet, während andere Fortbewegungsmöglichkeiten zu wenig Beachtung fanden. Das werden wir ändern.

Stadtautobahn-Ausbau stoppen

Wir werden den weiteren Ausbau der Stadtautobahn A 100 und anderer hochrangiger Straßen wie der Tangentialverbindung Ost (TVO) im Berliner Südosten verhindern. Solche Projekte erhöhen die Verkehrsbelastung in der Stadt, statt sie zu entlasten. Die zugrunde liegenden Verkehrsprognosen sind veraltet, während der Bau einer neuen Hochleistungsstraße die Verkehrswende konterkariert. Zugleich explodieren die Kosten so stark, dass das Projekt nicht mehr realisierbar sein könnte. Statt Milliarden in neue Straßen für den motorisierten Individualverkehr zu stecken, setzen wir uns für eine klimagerechte Mobilitätsplanung ein, die Stadtteile lebenswert und emissionsarm verbindet.

Mehr verkehrsberuhigte Zonen schaffen

Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens „Verkehrsentscheid – Berlin autofrei“ und setzen uns für dessen Umsetzung ein. Die Schaffung weiterer verkehrsberuhigter Straßen, etwa in belebten Einkaufsstraßen wie der Friedrichstraße, wird die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt deutlich verbessern.

Kiezblocks fördern

Wir schaffen sogenannte „Kiezblocks“, also Wohnviertel, in denen der Autoverkehr so eingeschränkt wird, dass mehr Platz für Fußgänger:innen, Radfahrende und das Zusammenleben im Kiez entsteht. Diagonalsperren mit Pollern, Einbahnstraßen und Tempolimits sorgen dafür, dass weniger Autos durch Wohngebiete fahren. Ziel ist mehr Sicherheit und mehr Platz zum Spielen, Sitzen und Grün im Kiez sowie weniger Lärm und Abgase.

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einführen

Tempo 30 werden wir zur Regelgeschwindigkeit im gesamten Berliner Stadtgebiet machen. Diese Maßnahme reduziert Lärm und Schadstoffemissionen, senkt die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten und verbessert die Lebensqualität in den Kiezen. Für die Einhaltung dieser Geschwindigkeit werden wir deutlich mehr Kontrollen durchführen.

Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung einführen

Wir werden ein flächendeckendes Parkraumbewirtschaftungssystem einführen. Die Gebühren orien-

tieren sich dabei an der Fahrzeuggröße: Wer mehr Fläche beansprucht, zahlt entsprechend mehr, vergleichbar mit dem Modell in Paris. Auch die Gebühren für das Anwohner:innen-Parken werden wir anheben. Kraftfahrzeuge stehen in der Stadt den größten Teil des Tages still und belegen Flächen, die für klimagerecht umgestaltete Straßen, Grünflächen oder andere Nutzungen zur Verfügung stehen könnten.

City-Maut für die Innenstadt einführen

Wir treiben die Einführung einer City-Maut voran, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Andere europäische Großstädte haben gezeigt, wie ein solches Modell funktionieren kann. Als räumlichen Geltungsbereich bietet sich der S-Bahn-Ring an. Die Abrechnung soll über ein modernes, datenschutzkonformes Kamerateilungssystem erfolgen.

Ladeinfrastruktur ausbauen und vereinheitlichen

Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge werden wir weiter ausbauen. Gleichzeitig werden wir darauf hinwirken, dass die bislang unübersichtlichen Bezahlwege vereinheitlicht werden und private Anbieter ihre Ladeinfrastruktur besser gemeinsam betreiben. Das senkt die Einstiegshürden für den Umstieg auf Elektromobilität.

Emissionsarme Mobilität fördern

Wir unterstützen den Umstieg auf Elektromobilität, weil er Schadstoffemissionen und Lärm in der Stadt deutlich reduziert. Ergänzend setzen wir auf schadstoffreduzierende und energieerzeugende Straßenbeläge. Die wirksamste Maßnahme für mehr Lebensqualität bleibt jedoch eine spürbare Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs insgesamt, damit öffentliche Flächen gerechter zwischen Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr aufgeteilt werden können.

2.3 Fahrradverkehr

Radinfrastruktur konsequent ausbauen und sanieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Ausbau der Radinfrastruktur deutlich beschleunigen. An allen Hauptverkehrsstraßen werden geschützte Fahrradstreifen

als Standard eingeführt. Diese sollen mindestens 2,5 Meter breit und durch Poller, Bordsteine oder Grünstreifen baulich vom Autoverkehr getrennt sein. Das verhindert das Zuparken von Radwegen und erhöht die Sicherheit. Bestehende Radwege werden wir umfassend sanieren, damit Schlaglöcher, unebene Oberflächen, Wurzelschäden und zu enge Führungen nicht länger zu gefährlichen Hindernissen werden.

Radwege wirksam schützen und Netz systematisch erweitern

Das Blockieren von Radwegen durch falsch parkende Fahrzeuge werden wir durch konsequente Kontrollen und empfindliche Bußgelder wirksam unterbinden. Radwege müssen breit genug sein, um Überholvorgänge zu ermöglichen, ohne in den Autoverkehr ausweichen zu müssen. Bei Flächenkonkurrenz gilt der gesetzliche Vorrang der Radinfrastruktur vor Parkplätzen und Fahrstreifen. Jährlich werden wir mindestens 365 Kilometer neue Radwege schaffen. Straßen, die parallel zu Hauptverkehrsstraßen liegen, werden zu reinen Fahrradstraßen umgestaltet. Einbahnstraßen öffnen wir für den Radverkehr in beide Richtungen, Sackgassen machen wir durch Fahrradfurten durchlässig.

Radschnellverbindungen verlässlich finanzieren

Alle eingefrorenen Planungen für Radschnellverbindungen nehmen wir sofort wieder auf und stattdessen sie mit verlässlichen Mitteln aus. Radschnellwege werden je Richtung mindestens 3 Meter, Fahrradstraßen mindestens 4,5 Meter breit sein. Wir werden durchgehende Verbindungen vom Zentrum in die Außenbezirke schaffen sowie eine Nord-Süd- und eine Ost-West-Fahrradstraße mit Grüne-Welle-Ampelschaltungen einrichten. Anwohnende werden frühzeitig in die Planung einbezogen.

Kreuzungen sicher gestalten

Kreuzungen sind der kritische Punkt der Verkehrssicherheit für Radfahrende. Jährlich werden wir mindestens 30 besonders gefährliche Kreuzungen umbauen. Wir setzen dabei auf geschützte Kreuzungen nach niederländischem Vorbild, getrennte Ampelphasen für Rad- und Kraftfahrzeugverkehr sowie eine Bevorrechtigung des Radver-

kehrs an Knotenpunkten. Bessere Beleuchtung mit vertikalem Licht an rund 700 unfallträchtigen Kreuzungen, farbige Fahrbahnmarkierungen, Gehwegvorstreckungen und Fahrradbügel, die Kraftfahrzeugstellplätze im 5-Meter-Bereich vor Kreuzungen ersetzen, sollen die Sicherheit deutlich erhöhen. Wo kein Radweg vorhanden ist, werden aufgeweitete Radaufstellstreifen dafür sorgen, dass Radfahrende bei roter Ampel in voller Breite vor den Fahrzeugen warten können, was besonders das Linksabbiegen sicherer macht. Spiegel an unübersichtlichen Kreuzungen werden helfen, den toten Winkel sichtbar zu machen.

Ampeln fahrradfreundlich schalten

Fahrradfreundliche Ampelschaltungen sorgen für einen flüssigeren Radverkehr. Wir werden Grünphasen für Radfahrende verlängern und von den Ampelzyklen des Kraftfahrzeugverkehrs entkoppeln, sodass mindestens zwei aufeinanderfolgende Kreuzungen ohne Halt passiert werden können. VeloFlow-Anzeigen, die signalisieren, ob die nächste Ampel bei Grün erreicht wird, rollen wir berlinweit aus. Das seit 2019 laufende Pilotprojekt zum Grünpfeil für Radfahrende werden wir auswerten und ihn anschließend flächendeckend an konfliktfreien Kreuzungen einführen.

Abstellmöglichkeiten ausbauen und ÖPNV-Verknüpfung verbessern

Komfortables Abstellen am Ziel und am Wohnort ist entscheidend für die Attraktivität des Radverkehrs. Wir werden die Bike-and-Ride-Offensive mit gesicherten Fahrradboxen an S- und U-Bahnstationen ausbauen, große Fahrradstationen mit über 500 Stellplätzen und Serviceangeboten einrichten und neue Fahrradbügel bedarfsgerecht an ÖPNV-Haltestellen, Einkaufszentren sowie in Wohn- und Gewerbegebieten platzieren. Fahrradbügel ersetzen dabei gezielt Kraftfahrzeugstellplätze. Die ersten 24 Stunden an gesicherten Anlagen werden kostenfrei sein.

Fahrradmitnahme im ÖPNV erleichtern

Die Mitnahme von Fahrrädern in S- und U-Bahnen soll ganztägig kostenfrei sein. Um eine Überfüllung zu vermeiden, werden wir den Takt in den Zeiten erhöhen, in denen besonders viele Fahrräder transportiert werden, etwa im Berufsverkehr, an Wochenenden oder in den Sommermonaten. Den genauen Bedarf werden wir zuvor evaluieren.

Sichere Schulwege und familiengerechte Infrastruktur schaffen

Kinder benötigen besonders geschützte Radinfrastruktur. Radwege werden wir so breit gestalten, dass Eltern mit Kindern nebeneinander fahren können. Jugendverkehrsschulen werden auch in den Ferien regelmäßig geöffnet sein. Informationen zur sicheren Radnutzung stellen wir mehrsprachig bereit. Jede Schule erhält überdachte Fahrradbügel.

Lastenräder als Mobilitätsalternative fördern

Lastenräder sind für Familien und Gewerbetreibende eine echte Alternative zum Auto. Wir werden sozial gestaffelte Kaufprämien für Familien einführen, subventionierte Leasingmodelle anbieten und Unternehmen gezielt unterstützen, die auf Lastenräder umsteigen.

Radwege ganzjährig sicher befahrbar halten

Radwege müssen auch im Winter zuverlässig nutzbar sein. Den Winterdienst auf Radwegen regeln wir gesetzlich verbindlich und stellen sicher, dass er dieselbe Priorität erhält wie der Winterdienst auf Kraftfahrzeugstraßen, unterstützt durch ausreichend Personal und geeignete Spezialfahrzeuge. Eine digitale Meldeplattform ermöglicht es Radfahrenden, nicht geräumte Strecken zu melden, damit Mängel zeitnah behoben werden.

Radverkehrsbudget auf tragfähiges Niveau anheben

Um die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, werden wir das Radverkehrsbudget auf mindestens 50 Millionen Euro jährlich anheben. Die Mittel werden überjährig verfügbar sein, damit Projekte nicht unter Zeitdruck abgeschlossen werden müssen und nicht verwendete Gelder nicht verfallen. Bundesförderprogramme werden wir vollständig ausschöpfen und die Vorschläge der Berliner Fahrradverbände verbindlich umsetzen.

2.4 Sharing-Angebote

Stationsbasiertes Carsharing gezielt fördern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt auf Sharing-Angebote als Teil einer nachhaltigen Stadtmobilität.

Studien belegen, dass Carsharing zur Reduzierung privater Kraftfahrzeuge beiträgt, insbesondere was die Anschaffung von Zweitwagen betrifft. Dieser Effekt tritt vor allem beim stationsbasierten Carsharing auf. Die Wahrscheinlichkeit, ein verfügbares Fahrzeug in Wohnortnähe zu finden, ist höher, und reservierte Stellplätze machen das Angebot alltagstauglich. Um CO₂-Emissionen zu senken, die Zahl ungenutzter Fahrzeuge in der Stadt zu reduzieren und den Umstieg auf Elektromobilität zu erleichtern, werden wir das stationsbasierte Carsharing mit Elektrofahrzeugen stärker fördern, insbesondere am Stadtrand. Den Leitfaden „Carsharing-Stationen für Berlin“ werden wir evaluieren und prüfen, wie er weiterentwickelt werden kann, um weitere Anreize für Anbieter zu schaffen.

Bikesharing dauerhaft finanzieren und ausbauen

Das Bikesharing-Angebot wurde in Berlin gut angenommen und immer mehr genutzt. Der Berliner Senat hat das öffentlich geförderte Bikesharing allerdings beendet. Wir werden die Förderung von Leihfahrrädern fortführen und einen dauerhaften Fördervertrag mit einem privaten Anbieter wiederherstellen. Das Leihradsystem muss flächendeckend und dauerhaft finanziert sein, damit insbesondere Menschen in Randbezirken die Möglichkeit zum Bike-and-Ride erhalten. Vergünstigte Angebote wie der „Campus Bike Berlin Monatspass“ für Student:innen werden wir erhalten. In Kooperation mit dem nächsten Partneranbieter werden wir auf Grundlage von Studien ein Konzept erarbeiten, wie das Angebot weiterentwickelt werden muss, um eine realistische Alternative zu emissionsintensiverer Mobilität darzustellen. Die Förderung eines weiteren Anbieters zur flächendeckenden Verfügbarkeit von Lastenrädern werden wir prüfen.

E-Scooter-Angebot schrittweise beenden

E-Scooter werden zwar häufiger ausgeliehen als Leihräder, die Nutzungsdauer ist jedoch deutlich kürzer. Sie verursachen erheblich mehr Unfälle als andere Sharing-Angebote, besonders unter Alkoholeinfluss. Das Umweltbundesamt kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass E-Scooter

keinen Beitrag zu einer klimafreundlichen Mobilitätswende leisten. Die Mehrheit der Berliner:innen spricht sich zudem für ein E-Scooter-Verbot aus. Wir werden die Gesamtzahl der zugelassenen E-Scooter schrittweise reduzieren und das E-Scooter-Angebot in Berlin mittelfristig beenden, wie es in Paris bereits umgesetzt wurde.

Mobilitätsstationen konsequent nutzen und Anbieter in die Pflicht nehmen

Wir werden evaluieren, ob Mobilitätsstationen ausreichend genutzt werden und die angestrebten Vorteile tatsächlich erbringen. Sharing-Anbieter werden wir stärker in die Pflicht nehmen, dafür zu sorgen, dass ihre Kund:innen Fahrzeuge ordnungsgemäß abstellen.

2.5 Güterverkehr

Gesamtstrategie Güterverkehr für Berlin und Brandenburg entwickeln

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird eine „Gesamtstrategie Güterverkehr“ für Berlin und Brandenburg auf den Weg bringen. Berlin ist auf große Gütermengen angewiesen, die heute noch überwiegend per LKW transportiert werden. Die Strategie soll Schiffs-, Zug- und LKW-Verkehr sowie Lastenrad-, Transporter-, S-Bahn- und Tramverkehr koordinieren, um mehr Gütertransport auf Schiene, Wasser und Fahrrad zu verlagern. Dazu werden wir Gespräche mit Logistikunternehmen, der Deutschen Bahn, DB Cargo, dem Berliner Einzel- und Großhandel, der BVG, dem VBB und dem Land Brandenburg aufnehmen.

Netz von Micro-Hubs aufbauen

Für die Verteilung kleiner bis mittelgroßer Güter innerhalb der Stadt werden wir ein Netz von sogenannten „Micro-Hubs“ aufbauen. Diese dezentralen Umschlagpunkte ermöglichen eine effiziente und elektrische Belieferung ohne Fahrzeuge, die Geh- und Radwege oder Straßen verstopfen. Erfahrungen aus Stuttgart, München und anderen Städten werden wir nutzen, um zunächst das Gebiet innerhalb des S-Bahn-Rings zu versorgen und das Angebot schrittweise auf Randbezirke auszuweiten. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit Paketzusteller:innen und richtet sich am tatsächlichen Bedarf aus.

Güter-S-Bahn und Cargo-Tram prüfen und fördern

Konzepte wie die Güter-S-Bahn oder Cargo-Trams werden wir für den Transport großer Gütermengen erneut prüfen. Für daraus entstehende Infrastrukturprojekte, die Anschaffung von Fahrzeugen und die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Gleise werden wir Förderung für private Investitionen bereitstellen, finanziert aus dem Sondervermögen für Infrastruktur.

2.6 Fußverkehr

Verkehrstote auf Null reduzieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für eine konsequente Verkehrswende ein, bei der der Fußverkehr endlich die Priorität erhält, die ihm zusteht. Fußgänger:innen sind die am stärksten gefährdete Gruppe im Berliner Straßenverkehr. Etwa die Hälfte aller Verkehrstoten in Berlin sind Menschen, die zu Fuß unterwegs waren. Unser Ziel ist die sogenannte „Vision Zero“, also null Verkehrstote im Fußverkehr.

Gehwege sanieren, verbreitern und barrierefrei gestalten

Viele Berliner Gehwege sind zu schmal, in schlechtem Zustand oder fehlen ganz, besonders in den Außenbezirken. Wir werden diese Defizite beheben, Gehwege verbreitern und dafür gezielt Parkplätze zurückbauen. Barrierefreiheit muss überall selbstverständlich werden: Durch Bordsteinabsenkungen, ein engmaschiges barrierefreies Gehwegnetz und sichere Quermöglichkeiten. Poller und weitere bauliche Maßnahmen schützen Gehwege vor Falschparken. Die Ordnungsämter werden wir besser ausstatten, damit sie konsequent gegen das Parken auf Gehwegen und Eckparken vorgehen können. Radwege werden wir, wo immer möglich, auf geschützte Bereiche der Fahrbahn verlegen, damit Fußgänger:innen sicher bleiben.

Tempo 30 und höhere Bußgelder für mehr Sicherheit einführen

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Berliner Stadtgebiet erhöht die Sicherheit für Fußgänger:innen spürbar. Ergänzend werden wir

deutlich höhere Bußgelder für die Gefährdung von Fußgänger:innen einführen. Kreuzungen müssen übersichtlich und gut einsehbar gestaltet sein, insbesondere an Hauptverkehrsstraßen und an Orten mit hohem Aufkommen von Fußgänger:innen.

Mehr Querungsmöglichkeiten schaffen

Berlin hat Potenzial für über 500 zusätzliche Zebrastreifen. Dieses Potenzial werden wir konsequent nutzen. An allen Hauptverkehrsstraßen und stark frequentierten Knotenpunkten werden wir Mittelinseln und Gehwegvorstreckungen einrichten. Mittelinseln sind nachweislich besonders sicher und erleichtern das Queren breiter Straßen erheblich, insbesondere für Kinder, ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen.

Ampeln für Fußgänger:innen gerechter schalten

An vielen Berliner Ampeln warten Fußgänger:innen bis zu vier Minuten, erhalten dann aber nur fünf bis sieben Sekunden Grün. Für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen reicht diese Zeit oft nicht aus, um die Straße sicher zu überqueren. Wir werden Grünphasen deutlich verlängern und an eine realistische Gehgeschwindigkeit von 1,0 m/s anpassen statt der bisherigen 1,5 m/s. Gleichzeitig verkürzen wir die Wartezeiten, damit die im Berliner Mobilitätsgesetz verankerte Priorität für Fußgänger:innen in der Praxis auch tatsächlich gilt. An Kreuzungen mit geringem Kraftfahrzeugaufkommen werden wir fußgänger:innenfreundliche Bedarfsampeln einsetzen, die standardmäßig Grün für Fußgänger:innen zeigen.

Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessern

Damit Menschen gerne und selbstverständlich zu Fuß unterwegs sind, braucht es attraktive öffentliche Räume. Wir werden mehr Sitzgelegenheiten, zusätzliche Abfalleimer, öffentliche Toiletten und mehr Stadtgrün auf Gehwegen schaffen. So wird das Zufußgehen auch auf längeren Strecken attraktiv und für alle Generationen möglich.

2.7 Magnetschwebbahn

Magnetschwebbahn im Fernverkehr unterstützen und im Nahverkehr ablehnen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) erkennt das Potenzial der Magnetschwebbahn im europäischen Fernverkehr an. Wir werden mit anderen europäischen Hauptstädten und der Europäischen Union zusammenarbeiten, um innereuropäische Flüge durch Hochgeschwindigkeitsverbindungen dieser Technologie zu ersetzen. Als Teil des Berliner ÖPNV lehnen wir sie hingegen ab. Modellstrecken und Untersuchungen zeigen, dass Magnetschwebbahnen im Nahverkehr einen Großteil ihrer Effizienz einbüßen und unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen. Geplante Strecken wie zwischen Tegel und Spandau oder Messe Nord/ICC und Flughafen BER halten wir für Prestigeprojekte, die von den tatsächlichen Problemen des Berliner ÖPNV ablenken.

2.8 Flugverkehr

Flugemissionen deutlich reduzieren und Kurzstreckenflüge beenden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für einen maximalen Rückbau des Flughafenbetriebs und ein Verbot von Kurzstreckenflügen ein. Klimaschädliche Flüge zu weiter entfernten Zielen werden wir so weit wie möglich reduzieren. Die durch den Berliner Flugverkehr verursachten Klimafolgen sollen bis 2030 um mindestens 75 Prozent sinken. Eine kleine Minderheit überwiegend wohlhabender Vielfliegender verursacht den Großteil aller Flugemissionen und der damit verbundenen Schäden. Im Sinne von Klimagerechtigkeit werden wir hier konsequent gegensteuern. Der Flughafen BER muss sich vollständig selbst finanzieren. Steuergelder werden wir nicht einsetzen. Den geplanten Umbau des Regierungsterminals werden wir stoppen.

Fluglärm für Anwohnende wirksam begrenzen

Lärm beeinträchtigt Gesundheit und Lebensqualität erheblich. Anwohner:innen, die von Fluglärm betroffen sind, werden wir wirksam schützen. Wir werden das Nachtflugverbot zwischen 22:00

und 6:00 Uhr konsequent durchsetzen. Die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene, verbunden mit lärmmindernden Maßnahmen, trägt ebenfalls zur Entlastung bei.

2.9 Schiffverkehr

Emissionsarme Schifffahrt fördern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) erwartet auch von Berliner Reedereien Verantwortung für ihre Klimabilanz, ob im touristischen Betrieb oder bei Lieferfahrten. Wir werden die emissionsarme Schifffahrt durch den Einsatz von Rußpartikelfiltern, durch elektrische Tourist:innenboote und den Ausbau der Ladeinfrastruktur an den Anlegestellen fördern.

Wasserwege natur- und artenschutzgerecht nutzen

Jede Nutzung der Berliner Wasserwege, einschließlich Sport- und Freizeitboote, muss im Einklang mit Natur- und Artenschutz erfolgen. Klare und faire Regeln sorgen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erholung, Sicherheit und ökologischer Verträglichkeit. Wir werden Anordnungen zum Rückbau von Steganlagen, die Naturschutz- und Vogelschutzgebiete beeinträchtigen, durchsetzen.

Motorenlärm begrenzen

Zum Schutz von Anwohner:innen und ökologisch sensiblen Lebensräumen werden wir den Betriebslärm von Bootsmotoren auf Berliner Gewässern begrenzen.

3. BILDUNG

Berlins Bildungssystem steht unter erheblichem Druck: Kitas sind personell unterbesetzt, Schulgebäude sind marode, der Lehrkräftemangel wächst und soziale Herkunft entscheidet noch immer zu stark darüber, welche Bildungswege offenstehen. Ein System, das Kinder zu früh sortiert und zu viele zurücklässt, verfehlt seinen Auftrag gegenüber jedem einzelnen Menschen und der Gesellschaft insgesamt.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Bildung als gesellschaftliche Grundlage und politische Verantwortung – von der frühkindlichen Förderung bis zur Erwachsenenbildung. Gute Bildung schafft Chancengerechtigkeit, stärkt demokratische Werte und befähigt Menschen, die Herausforderungen unserer Zeit zu verstehen und zu meistern.

In Kitas verbessern wir Personalschlüssel, bauen Sprachförderung aus und integrieren Tierschutz und Naturerfahrungen in den Alltag. Das Schulsystem werden wir grundlegend reformieren. Schulen gestalten wir zu Orten gelebter Demokratie und echter Mitbestimmung. Wir setzen uns für mehr Schulsozial-

arbeit, ein kostenloses pflanzliches Mittagessen und die Abschaffung tierverbrauchender Lehrmethoden ein. Ausbildung und Studium stärken wir als gleichwertige Bildungswege. Um Studierende finanziell zu unterstützen, bauen wir das BAföG aus und fördern studentischen Wohnraum. Hochschulen transformieren wir ökologisch und sozial. Lebenslanges Lernen fördern wir durch ausgebaute Volkshochschulangebote und ein Umweltbildungszentrum in jedem Bezirk.

3.1 Kitas

Personalschlüssel verbessern und Fachkräfte entlasten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für eine weitere Verbesserung des Personalschlüssels in Kindertageseinrichtungen ein. Die aktuelle Relation von Fachkräften zu Kindern ermöglicht noch keine durchgehend individuelle und bedürfnisorientierte Pädagogik. Erzieher:innen werden wir stärker von Verwaltungsaufgaben entlasten. Auch kleine Einrichtungen sollen eine eigene Verwaltungskraft finanziert bekommen, damit sich das pädagogische Personal vollständig auf die Bildungsarbeit kon-

zentrieren kann. Gleichzeitig werden wir die Fortbildungsmöglichkeiten ausbauen, da spezialisierte Fachkräfte, etwa in der Sprachförderung oder für Integration und Inklusion, zunehmend gefragt sind.

Sprachförderung ausbauen

Sprache ist ein zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Die bisherige Orientierung an einem Mindestanteil von 40 Prozent an Kindern nicht-deutscher Herkunft wird dem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht, denn Sprachschwierigkeiten und -verzögerungen treten heute auch bei Kindern mit deutscher Muttersprache vermehrt auf. Wir werden die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen auf eine neue Grundlage stellen und dafür sorgen, dass alle Einrichtungen über Sprachförderkräfte verfügen.

Mehrsprachige Bildungsangebote fördern

Mehrsprachige Angebote in der frühkindlichen Bildung, wie sie in bilingualen und internationalen Kitas zu finden sind, werden wir stärker fördern.

Qualifikation und Ausbildung vereinheitlichen

Wir werden Qualifikationen aus anderen Bundesländern ohne Nachqualifikation anerkennen und uns für eine Vereinheitlichung der Erzieher:innenausbildung einsetzen. Berufliche Abschlüsse aus dem Ausland werden wir schneller prüfen und zulassen, um qualifiziertes Fachpersonal zeitnah gewinnen zu können. Qualifizierungsmöglichkeiten für Quereinsteiger:innen werden wir ausbauen. Für die Ausbildung selbst setzen wir uns für einheitliche Standards an staatlichen und privaten Schulen ein und befürworten den Ausbau staatlicher Erzieher:innenschulen, um ein gleichbleibend hohes Ausbildungsniveau sicherzustellen.

Freie Träger gleichwertig fördern

Die finanzielle Förderung freier Kita-Träger werden wir an die Förderung kommunaler Eigenbetriebe angleichen. Das würde freien Trägern erleichtern, ihre Mitarbeiter:innen nach Tarif zu entlohnen.

Betreuungsangebot ausweiten und Kita-Navigator verbessern

Wir unterstützen das Recht auf einen Ganztagsplatz in der Kinderbetreuung für alle Kinder ab einem Jahr, unabhängig davon, ob und wie viele Stunden die Eltern erwerbstätig sind. Den Kita-Navigator, der Eltern freie Plätze anzeigt, werden wir aktueller und zuverlässiger gestalten, damit er als Vermittlungsinstrument tatsächlich funktioniert.

Individuelle Betreuungsangebote erhalten

Tagesmütter und -väter sind eine unverzichtbare Alternative zu institutionellen Betreuungsangeboten. Ihre Arbeit werden wir weiterhin gezielt fördern.

Digitalisierung in der frühkindlichen Bildung fortsetzen

Die Digitalisierungsinitiative werden wir auch im Bereich der frühkindlichen Bildung fortsetzen. Digitale Werkzeuge können die Arbeit der Pädagog:innen erleichtern und zeitgemäßer gestalten. Gleichzeitig ist es wichtig, Kinder frühzeitig im Bereich Medienkompetenz zu stärken und ihnen einen bewussten Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln.

Tierschutz und Naturerfahrungen in den Kita-Alltag integrieren

Das Berliner Bildungsprogramm als Grundlage der Arbeit für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen werden wir um die Bereiche Tierschutz und Tierethik ergänzen. Viele Kinder in städtischen Umgebungen haben kaum noch Zugang zum direkten Erleben von Tieren, dem Zusammenhang zwischen Ernährung und Tieren sowie Naturerfahrungen, etwa dem Anbauen von Gemüse. Diese Erfahrungen werden wir gezielt in den Kita-Alltag integrieren.

Kita-Essen kostenfrei und pflanzenbasiert gestalten

Das Kita-Essen soll für alle Familien kostenfrei sein. In kommunalen Einrichtungen werden wir verstärkt auf eine gesunde, pflanzenbasierte Ernährung setzen.

3.2 Schulen

Schule als Ort gesellschaftlicher Verantwortung begreifen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) will ein Schulsystem, das für Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte gleichermaßen funktioniert. Schule ist der Ort, an dem Gesellschaft Gestalt annimmt. Was und wie Kinder dort lernen, prägt nicht nur ihre eigene Zukunft, sondern die Zukunft aller. Das Berliner Schulsystem wird dieser Verantwortung in zentralen Punkten nicht gerecht: Es sortiert zu früh, lässt zu viele zurück und hält an Strukturen fest, die längst überholt sind.

Gemeinschaftsschule schrittweise ausbauen

Das mehrgliedrige Schulsystem stößt in seiner jetzigen Form an klare Grenzen. Es legt Bildungswege zu einem Zeitpunkt fest, an dem sich die Potenziale von Kindern oft noch gar nicht vollständig entfaltet haben. Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus. Wir setzen uns für den schrittweisen Ausbau einer landesweiten Gemeinschaftsschule ein. Der erste Schritt sind sechs gemeinsame Grundschuljahre, der Entfall der 5. und 6. Klassen an Gymnasien und die Abschaffung der Gymnasialempfehlung als Selektionsinstrument. An ihre Stelle treten individuelle Beratungsgespräche, die Kinder und Familien begleiten statt einstufen. Die Vergabe von Schulplätzen werden wir stärker per Losverfahren regeln, um die soziale Durchmischung in den Klassen zu stärken. In der Übergangszeit werden wir Schulformwechsel erheblich erleichtern.

Schulreform in drei Schritten umsetzen

Langfristig muss neben der Schulstruktur das gesamte Schulsystem grundlegend erneuert werden. Deswegen sehen wir eine Schulreform in drei Schritten vor: Zunächst erarbeitet ein multiperspektiver Bildungsrat, frei von parteipolitischer Einflussnahme und mit eigenem Budget, ein konkretes Schulkonzept der Zukunft. Steht das Konzept, ergänzen Verwaltungsexpert:innen den Bildungsrat und erarbeiten, basierend auf jahrzehntelanger Evidenz, einen unabhängigen Gesetzesentwurf. Auf die Umsetzung folgt eine langjährige wissenschaftliche Evaluation. Dieser gesamte Prozess wird in Gesetzesform abgesichert.

Lehrkräftemangel und Personalpolitik angehen

Kein Reformvorhaben gelingt ohne Menschen, die es tragen. Lehrkräftemangel, Überlastung und ausufernde Bürokratie gefährden die Bildungsqualität täglich. Wir führen die Verbeamtung fort, reduzieren den Verwaltungsaufwand konsequent und bauen multiprofessionelle Teams aus. Supervision und Fortbildungen werden wir verlässlich und flächendeckend ausbauen. Ein duales Lehramtsstudium führen wir ein, um Theorie und Praxis enger zu verzahnen. Quer- und Seiteneinsteiger:innen begleiten wir durch erfahrene Mentor:innen. Wir begreifen die Schulaufsicht als unterstützendes und nicht als kontrollierendes Element und stärken die Verbindung zwischen Kollegien und Schulaufsicht.

Sprachförderung stärken und Übergang von Kita in die Schule besser begleiten

Beim Schuleintritt führen wir eine wissenschaftlich fundierte Sprachstandserhebung ein und verbinden sie mit verbindlichen, niedrigschwelligen Förderangeboten. Für Elterngespräche und -abende stellen wir Sprachmittler:innen bereit. Den Übergang von der Kita in die Grundschule begleiten wir pädagogisch, damit keine Brüche entstehen, die Kinder schon vor dem ersten Schultag benachteiligen.

Ganztagschule ausbauen und Lernzeiten integrieren

Berlin soll bei der Einführung des Rechts auf Ganztagsbetreuung eine Vorreiterrolle einnehmen und bestehende Rückstände konsequent abbauen. Deshalb unterstützen wir Schulen weiterhin dabei, Ganztagskonzepte zu entwickeln, umzusetzen und auszubauen. Gleichzeitig wollen wir Eltern gezielt ermutigen und darin unterstützen, ihre Kinder am Ganztagsangebot teilnehmen zu lassen. Noch immer nehmen vor allem Kinder aus sozial besser gestellten Familien am Ganztags teil. So kann dieses wichtige Instrument sein volles Potenzial für mehr Chancengerechtigkeit nicht entfalten. Lernzeiten integrieren wir stärker in den Schulalltag, damit nicht das Elternhaus darüber entscheidet, wer beim Lernen Unterstützung bekommt.

Schulorganisation an biologische Rhythmen anpassen

Die Erkenntnisse der Schlafforschung sind eindeutig: Jugendliche lernen besser, wenn sie nicht schon um 7:30 Uhr im Unterricht sitzen müssen. Wir setzen uns für einen späteren Schulstart ein und werden die starre 45-Minuten-Stunde schrittweise überwinden. Schulen entwickeln eigenständig ihre Hausaufgaben- und Lernzeitkonzepte. Lernzeiten integrieren wir stärker in den Ganzttag. Einen Methodenkoffer mit erprobten Best-Practice-Beispielen stellen wir bereit, damit Schulen ihren Alltag eigenständig und zeitgemäß gestalten können.

Materielle Grundlage für Bildungsgerechtigkeit schaffen

Wer hungrig in der Schule sitzt, kann sich nicht aufs Lernen konzentrieren. Wer sich kein Schulbuch leisten kann, kann dem Unterricht nicht folgen. Wir werden die Lernmittelbefreiung bis zum Schulabschluss sichern und ein kostenloses, regionales, pflanzliches Mittagessen an allen Schulformen einführen. Schulen in sozial belasteten Lagen erhalten dauerhafte Chancenbudgets und Brennpunktzulagen für das tätige Personal.

Schulgebäude sanieren und Lernumgebungen verbessern

Marode Schulgebäude, schlechte Luft und kaputte Toiletten sind das Ergebnis jahrelanger Vernachlässigung. Wir beschleunigen die Sanierung bestehender Schulgebäude und ergänzen sie nur dort durch Neubauten, wo eine Modernisierung nicht ausreicht. Dabei setzen wir auf Energieeffizienz, ausreichend Platz, gute Akustik, genügend Tageslicht und gesunde Raumluft. Die Schulgemeinschaft beteiligen wir an Bauplanungsprozessen. Damit Schulgebäude dauerhaft in einem guten Zustand bleiben, richten wir zweckgebundene Sondertöpfe für Reparaturen und Vandalismusprävention ein. Schulgärten bauen wir aus und öffnen Schulhöfe als Sozialräume für die Kieze.

Demokratische Werte im Schulalltag leben

Schulen müssen Orte sein, die nicht von vermeintlicher Neutralität geprägt sind, sondern von demokratischen Werten und einem dis-

kriminierungsfreien Umgang. Alle an Schulen tätigen Personen sind dazu verpflichtet, den Beutelsbacher Konsens einzuhalten und zu verteidigen. Demokratie- und menschenfeindliche Aussagen sowie Rechtsextremismus haben keinen Platz in Schulen und unserer Gesellschaft. Politische Bildung werden wir durch tagesaktuelle Themen bereichern, etwa durch das gemeinsame Verfolgen aktueller Nachrichtensendungen zu Unterrichtsbeginn.

Demokratische Mitbestimmung strukturell verankern

Echte Mitbestimmung braucht mehr als guten Willen. Schüler:innen, Eltern und Schulpersonal werden echte Mitsprache erhalten, nicht nur auf dem Papier, sondern mit Geld, Rechten und verbindlichen Strukturen. Wir werden die Entscheidungsgewalten der Schulkonferenz stärken und Zuständigkeiten klar regeln. Konflikte im Schulalltag, etwa über Handyregelungen, Hausaufgaben oder Vandalismus, werden wir als Gelegenheiten begreifen, demokratisches Aushandeln zu üben und zu leben. Die Senatsverwaltung für Bildung soll dafür konkrete Best-Practices und ein zweckgebundenes Budget für Demokratie- und Beteiligungsprojekte bereitstellen.

Vertretungsgremien finanziell und rechtlich stärken

Jede Schüler:innenvertretung erhält für ihre Arbeit ein dreistelliges Budget pro Jahr. Den Etat der Landesausschüsse von Schüler:innen, Eltern und pädagogischem Personal erhöhen wir. Da Schüler:innen den größten Teil der aktiven Schulgemeinschaft ausmachen, werden wir ihnen ein Antragsrecht in der Gesamtelternvertretung und der Gesamtkonferenz einräumen. Den Landesausschuss des pädagogischen Personals werden wir dazu verpflichten, seine Protokolle transparent online zugänglich zu machen und eine jährliche Tagung abzuhalten, um den Austausch mit den Kolleg:innen in der Praxis zu erhöhen. Ehrenamtliches Engagement von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften werden wir anerkennen, etwa durch die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg. Freistellungsregelungen für Vertretungsarbeit bauen wir aus und sichern das Ehrenamt im Schulgesetz ab.

Alltagskompetenzen und Berufsorientierung im Schulalltag verankern

Kochen, Werken, Finanzen und weitere Alltagskompetenzen werden wir an allen Schulformen verbindlich verankern, um alle Schüler:innen optimal auf das Leben vorzubereiten. Mindestens drei einwöchige Praktika in der Sekundarstufe I sowie eine strukturierte Begleitung beim Übergang in Ausbildung, Studium oder Freiwilligendienste sind für uns selbstverständlich.

Gesellschaftswissenschaften, Tierethik und Klimabildung stärken

Gesellschaftswissenschaftliche Fächer werden wir stärken. Den konfessionellen Religionsunterricht prüfen wir kritisch und streben seine Integration gemeinsam mit Tierethik und Tierrechten in das Fach Ethik/Philosophie an. Klimabildung verankern wir fächerübergreifend: Faktenbasiert, lösungsorientiert und handlungsbefähigend. Schule soll kein Gefühl der Ohnmacht erzeugen, sondern die Überzeugung, etwas bewirken zu können.

Leistungskultur und Notengebung differenzierter gestalten

Wir werden das Sitzenbleiben abschaffen, da es pädagogisch kaum wirksam und teuer ist und soziale Ungleichheiten verstärkt. Wer Lernrückstände hat, soll individuelle Förderung bekommen. Bei Leistungsproblemen ziehen wir Schulsozialarbeit hinzu, weil hinter schlechten Noten häufig mehr steckt als mangelnder Fleiß. Wir werden mehr Klassenarbeitsersatzleistungen ermöglichen und Mitarbeit sowie Lernhaltung stärker gewichten. In Musik, Kunst und Sport entwickeln wir alternative Bewertungsmaßstäbe, die Ausdrucksfähigkeit und Engagement honorieren. Leistungstabellen im Sportunterricht passen wir an eine vielfältige Gesellschaft an, anstatt überholte Rollenbilder zu reproduzieren. Schulrankings lehnen wir ab, da sie die Komplexität einer Schule nie vollständig abbilden können.

Tierverbrauchende Lehrmethoden abschaffen

Tierverbrauchende Lehrmethoden wie das Sezieren von Tieren im Biologieunterricht werden wir ab-

schaffen. Die Anatomie von Lebewesen lässt sich heute mit modernen, tierfreien Lehrmaterialien genauso anschaulich vermitteln.

Inklusion strukturell verankern

Inklusion bedeutet nicht, Kinder mit besonderen Bedarfen in bestehende Strukturen zu zwingen, sondern Strukturen so zu gestalten, dass alle darin ihren Platz finden. Wir werden Förder- und Regelschulen stärker vernetzen, uns an bewährten Best-Practices-Modellen orientieren und den Einsatz von Schulhelfer:innen sowie Assistenzkräften ausbauen. Die Beantragung von Unterstützung vereinfachen wir erheblich. Reizarme Klassenräume, ruhigere Schulhöfe und Rückzugsräume sind kein Luxus, sie sind Grundvoraussetzung für das Lernen vieler Kinder. Multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Assistenz sichern wir strukturell ab.

Mentale Gesundheit schützen

Psychische Belastungen bei Schüler:innen nehmen zu. Wir werden die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) tiefgreifend ausbauen, Resilienzstrategien im Schulrahmen vermitteln und verpflichtende Supervision für pädagogisches Personal sicherstellen. Wir fördern reizarme Unterrichtsmethoden und stellen Hilfsmittel wie Fidget Toys und Ohrenschützer niedrigschwellig bereit. Jede Schule erhält verbindliche institutionelle Schutzkonzepte gegen Gewalt und Machtmissbrauch. Unabhängige Beschwerde- und Beratungsstellen geben Schüler:innen, Eltern und Personal eine verlässliche Anlaufstelle. Unser Grundsatz bei Konflikten unter Schüler:innen lautet: Mediation vor Sanktion. Krisen- und Konfliktteams unterstützen Schulen, wenn Konflikte eskalieren. Gleichzeitig werden wir den Rechtsrahmen festigen, um Missbrauch durch Schulpersonal konsequent zu verfolgen und zu ahnden.

Digitale Bildung und Medienkompetenz stärken

Digitale Bildung muss ein wesentlicher Bestandteil in der Grundschule werden. Kritische Medienreflexion, Quellenverifikation, Suchtprävention, der kompetente und kritische Umgang

mit KI-Anwendungen sowie Grundkenntnisse in Datenschutz und digitalen Gefahren gehören für uns zu einem guten Schulprogramm. Pauschale Handyverbote lehnen wir ab und befürworten die pädagogische und demokratische Ausgestaltung durch die Schulen selbst.

Digitale Souveränität der Schulen sichern

Berliner Schulen dürfen nicht von einzelnen kommerziellen, insbesondere US-amerikanischen Anbietern abhängig sein. Wir setzen auf geprüfte, datenschutzkonforme Schulsoftware und treiben ein länderübergreifendes digitales Gesamtsystem voran, das Lehrkräfte entlastet und bürokratische Prozesse beschleunigt. Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) bauen wir dafür aus. Einen Rechtsanspruch auf schulische IT-Betreuung führen wir ein. Wir stellen mobile Endgeräte in ausreichender Anzahl bereit und modernisieren die Computerräume.

Bildung verlässlich finanzieren und länderübergreifend denken

Bildung braucht einen transparenten, langfristigen Finanzierungsrahmen. Wir werden ein konkretes Finanzierungsziel gesetzlich verankern, um die Bildungsfinanzierung auch bei Regierungswechseln zu sichern. Bei der Mittelvergabe berücksichtigen wir soziale Indikatoren, indem Schulen mit größerem Bedarf mehr bekommen. Maßnahmen evaluieren wir regelmäßig und partizipativ, ohne Ranking-Logik, die Schulen gegeneinander ausspielt. Langfristig braucht es eine engere Zusammenarbeit der Bundesländer. Prüfungen und Lerninhalte gleichen wir an, Schulgesetze harmonisieren wir schrittweise und eine digitale Infrastruktur bauen wir gemeinsam auf. Wer in Deutschland umzieht, darf nicht in ein bildungspolitisches Labyrinth geraten.

Externe Partner gezielt einbinden

Die Zusammenarbeit von Schulen mit Jugendclubs, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden wir stärken. Sie schlagen inhaltliche Brücken, die Lehrkräfte andernfalls zusätzlich belasten würden. Schulbesuche durch die Bundeswehr zu Werbezwecken lehnen wir entschieden ab.

3.3 Ausbildung und Studium

Ausbildung und Studium als gleichwertige Bildungswege stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für ein Bildungssystem, das faire Chancen für alle bietet und unterschiedliche Bildungswege gleichermaßen wertschätzt. Ausbildung und Studium sind beide tragende Säulen einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft. Eine berufliche Ausbildung im Handwerk, in der Pflege oder im technischen Bereich ist kein „Plan B“, sondern ein tragendes Fundament unserer Gesellschaft. Wir werden eine breite Kampagne starten, die beide Bildungswege sichtbar macht und gesellschaftlich anerkennt. Freiwilligendienste wie FSJ und FÖJ werden wir als wichtige Formen gesellschaftlichen Engagements ebenfalls hervorheben.

Faire Vergütung und Schutz für Auszubildende sichern

Im Sinne der Chancengleichheit werden wir eine Ausbildungsgarantie und eine Mindestausbildungsvergütung einführen. Jeder junge Mensch soll die Möglichkeit haben, ohne finanzielle Not eine gewünschte Ausbildung aufzunehmen. Verbindliche Standards für Ausbildungsvergütungen werden wir einführen. Faire Bezahlung muss in allen Branchen selbstverständlich sein, die Lebenshaltungskosten der Auszubildenden decken und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Unabhängige Beschwerdestellen werden wir einrichten, die niedrigschwellig erreichbar sind und Auszubildenden ermöglichen, Missstände vertraulich zu melden.

Ausbildungsbegleitende Hilfen flächendeckend ausbauen

Ausbildungsbegleitende Hilfen wie sozialpädagogische Begleitung, kostenfreie Nachhilfe sowie psychologische und finanzielle Unterstützung werden wir flächendeckend ausbauen. Kein Ausbildungsverhältnis soll an fehlender Betreuung oder Existenzsorgen scheitern. Betriebe, die sich aktiv für faire Arbeitsbedingungen, Diversität und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen, werden wir gezielt fördern.

Duale Ausbildung modernisieren und vernetzen

Duale Ausbildungen und Verbundausbildungen werden wir gezielt stärken, weil sie Theorie und Praxis eng verzahnen und jungen Menschen flexible, zukunftsfähige Bildungswege eröffnen. Dafür braucht es eine bessere Vernetzung von Berufsschulen, Betrieben und weiterführenden Bildungseinrichtungen. Kooperationen zwischen Betrieben unterschiedlicher Branchen werden wir fördern, um Auszubildenden vielfältige Lernfelder zu erschließen.

Berufsschulen digital und zukunftsfähig gestalten

Die Berufsschulen werden wir konsequent digitalisieren. Tablets, digitale Lernplattformen und Unterrichtskonzepte werden fester Bestandteil der Ausbildung. Sie sollen das Lernen modernisieren und Souveränität in einer zunehmend digitalen Welt ermöglichen, ohne den persönlichen Bezug zwischen Lehrkräften und Auszubildenden zu ersetzen.

Studium sozial absichern

Studieren darf kein Privileg sein. Wir werden das BAföG mit deutlich höheren Regelsätzen, einer größeren Zielgruppe und einer vereinfachten Beantragung umfassend ausbauen. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Langfristig streben wir eine Grundversicherung für Studierende an, die ein Studium unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht. Den Bau studentischen Wohnraums werden wir durch Neubauten nachhaltiger Wohnheime und den Ankauf bestehender Gebäude vorantreiben, um der Wohnungsnot unter Studierenden entgegenzuwirken.

Flexibles Studium für unterschiedliche Lebensrealitäten ermöglichen

Flexible Teilzeitstudiengänge werden wir flächendeckend ermöglichen, weil viele Studierende neben dem Studium arbeiten, Angehörige betreuen oder Kinder haben. Teilzeit- und Hybridstudiengänge, modulare Studienmodelle und digitale Lehrformate sind dabei zentrale Bausteine. Mehr Freiheiten in der Studiengestaltung, interdisziplinäre Wahlmöglichkeiten und projektbasiertes Lernen fördern Kreativität und Eigenverantwortung. Bachelor-Absol-

vent:innen werden wir einen verlässlichen Anspruch auf einen konsekutiven Masterplatz einräumen, um Studienverläufe planbarer und chancengerechter zu gestalten.

Hochschulen verlässlich finanzieren und Studium planbar machen

Da eine steigende Anzahl Studierender zusätzliche Lehrveranstaltungen und Parallelangebote erforderlich machen, muss eine Erhöhung der Zulassungszahlen mit entsprechend ausgebauten Lehrkapazitäten einhergehen. Die Finanzierung des Lehrpersonals wird sich daher an der Zahl der zugelassenen Studierenden orientieren, damit Pflichtveranstaltungen ohne Überschneidungen besucht werden können und ein Studium in der Regelstudienzeit möglich bleibt.

Hochschulen besser vernetzen

Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden wir intensivieren, damit Praxiswissen und akademische Forschung enger verzahnt werden.

Hochschulen ökologisch und sozial transformieren

Die klimaneutrale Transformation aller Berliner Hochschulen werden wir vorantreiben: Durch nachhaltige Energieversorgung, ressourcenschonende Gebäude und faire Beschaffung. Sozial-ökologische Forschung werden wir gezielt stärken.

Hochschulmensen gesund, tierleidfrei und ökologisch aufstellen

Hochschulmensen werden wir auf pflanzliches, regionales und biologisches Essen umstellen, um Tierleid zu vermeiden, die Umwelt zu schützen und nachhaltige Ernährungsweisen zu fördern.

3.4 Erwachsenenbildung

Lebenslanges Lernen fördern und Weiterbildung stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) sieht Erwachsenenbildung als unverzichtbaren Bestandteil einer zukunfts-

fähigen Gesellschaft. Gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen brauchen Menschen die Möglichkeit, sich kontinuierlich weiterzubilden. Volkshochschulkurse und außerschulische Bildungsangebote zu Digitalisierung, Medienkompetenz, Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Tierschutz werden wir gezielt ausbauen und für alle zugänglich machen. Weiterbildungs- und Umschulungsangebote werden wir stärken. Um Umweltbildung dauerhaft zu verankern, wird jeder Berliner Bezirk ein eigenes Umweltbildungszentrum erhalten. Senior:innen werden wir mehr Möglichkeiten eröffnen, sich in Projekten für Umweltschutz, Tierrechte und Tierschutz zu engagieren oder nachhaltige Initiativen an Schulen zu unterstützen.

3.5 Wissenschaft und Forschung

Hochschulen verlässlich finanzieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für eine zukunftsfähige Wissenschaft, die auf verlässlicher Finanzierung und fairen Arbeitsbedingungen aufbaut. Hochschulen und Universitäten werden wir umfassend staatlich fördern, um unabhängige, qualitativ hochwertige Forschung zu sichern und die finanzielle Unabhängigkeit der Berliner Wissenschaftslandschaft zu stärken. Externe Finanzierungsinteressen werden in einem Transparenzregister offengelegt.

Arbeitsbedingungen in Hochschulen verbessern

Doktorand:innen und wissenschaftliche Mitarbeiter:innen brauchen faire, planbare Arbeitsverhältnisse. Deshalb werden wir Befristungen im akademischen Mittelbau deutlich reduzieren und freie Lehrbeauftragte angemessen vergüten. Wir sorgen für familienfreundliche und barrierefreie Hochschulen, damit Wissenschaft für alle zugänglich bleibt.

Open Science umsetzen

Alle Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung müssen frei zugänglich sein. Forschungsprojekte werden wir regelmäßig auf ihre Nachhaltigkeit prüfen, nicht tragfähige oder schädliche Vorhaben werden eingestellt. Gleichzeitig braucht es eine klare wissenschaftliche Verantwortung

im Umgang mit Informationen. Berlin wird Forschung stärken, die aktiv zur Aufklärung beiträgt, Desinformation entgegenwirkt und evidenzbasierte Entscheidungsgrundlagen schafft. Open Science bedeutet damit nicht nur freien Zugang zu Wissen, sondern auch den Schutz der Gesellschaft vor manipulativen oder unwissenschaftlichen Inhalten.

Bibliotheken als Bildungsinfrastruktur erhalten

Berliner Bibliotheken werden wir erhalten und der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich machen. Der kostenfreie Zugang zu Lehrmaterialien wie Büchern und anderen Medien ist Grundlage für Allgemeinbildung und wissenschaftliches Arbeiten gleichermaßen.

Forschungsschwerpunkte gezielt stärken

Um den großen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen, werden wir Forschung vor allem zu Nachhaltigkeit, Klima, erneuerbaren Energien, Umwelt und Mobilität gezielt fördern. Berlin soll zu einem führenden Zentrum freier, öffentlich finanzierter Klimaforschung werden, die alle relevanten Disziplinen, wie Umwelt- und Naturwissenschaften, Datenschutz, Verbraucher:innenschutz, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Ressourcenverbrauch und Tierschutz umfasst. Forschung und Entwicklung zu Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologien und Cellular Agriculture werden wir dort unterstützen, wo diese Technologien zu gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Zwecken eingesetzt werden. Forschung zu Rüstungsgütern, Waffentechnologien oder fossilen Brennstoffen lehnen wir entschieden ab.

4. GESELLSCHAFT UND ZUSAMMENLEBEN

In Berlin erfahren viele Menschen täglich Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt – aufgrund von Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderung, Aufenthaltsstatus oder sozialer Lage. Strukturelle Ungleichheiten bestehen in Bildung, Wohnen, Gesundheit und Arbeit fort, während Schutzangebote zu oft unterfinanziert und politische Teilhabe ungleich verteilt bleiben. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht von selbst. Er erfordert eine Politik, die Machtverhältnisse hinterfragt und aktiv gegensteuert.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Antidiskriminierung, Inklusion und Gleichstellung als Grundlagen einer gerechten Stadtpolitik. Selbstbestimmung und Würde sind keine Privilegien, sondern grundlegende Rechte für alle Menschen und Tiere. Wir erkennen Speziesismus als eigenständige Form der Diskriminierung an, denn der Schutz aller fühlenden Lebewesen ist fester Bestandteil unserer gesellschaftspolitischen Haltung.

Wir stärken Antidiskriminierungsstellen und bauen niedrigschwellige Beratungsangebote aus. Geflüchteten sichern wir gleichen Zugang zu Bildung, Arbeit und würdigem Wohnen und beseitigen bürokratische Hürden. Queere und feministische Räume und Schutzangebote fördern wir dauerhaft in allen Bezirken. Für Menschen mit Behinderung sorgen wir für umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, im ÖPNV und in digitalen Angeboten, ergänzt durch inklusive Bildung von Anfang an. Die Förderung von Demokratieprojekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus bauen wir flächendeckend aus und gestalten so eine Stadt, die Vielfalt, Teilhabe und Zusammenhalt stärkt.

4.1 Antidiskriminierung

Antidiskriminierungsbeauftragte stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für eine konsequente Antidiskriminierungspolitik auf allen Ebenen ein, denn Berlin muss eine Stadt für alle sein. Die

Stelle des:der Antidiskriminierungsbeauftragte:n erhält mehr Einfluss und Ressourcen, um wirksam gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Betroffene brauchen anonyme Beschwerdestellen und niedrigschwellige Beratungsangebote, die schnell und unkompliziert erreichbar sind.

Mobbing und Cybermobbing an Schulen wirksam bekämpfen

Wir werden konsequente Anti-Mobbing-Strategien an Schulen und Bildungseinrichtungen einführen, um Gewalt und Ausgrenzung zu verhindern. Dazu gehören regelmäßige Workshops für Schüler:innen, Lehrkräfte und Eltern, damit psychische Gewalt frühzeitig erkannt und verhindert wird. Leicht zugängliche, anonyme Meldeplattformen sowie gut geschulte Schulsozialarbeiter:innen und Vertrauenspersonen ermöglichen schnelle und kompetente Intervention. Eine enge Anbindung schulischer an außerschulische Frühinterventionsstellen ist dabei unverzichtbar, um eine ganzheitliche und bedürfnisorientierte Betreuung dauerhaft zu gewährleisten.

Demokratieprojekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus flächendeckend fördern

Jugend- und Demokratieförderprojekte werden flächendeckend bezirklich abgesichert und ausgebaut. Initiativen gegen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus, einschließlich Opferberatungsstellen, stärken wir gezielt und strukturell.

Diversität und Antidiskriminierung in Bildung und Ausbildung verankern

Vielfalt und Antidiskriminierung werden verpflichtende Bestandteile der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Sozialarbeitenden und anderen pädagogischen Fachkräften. Gleichzeitig bauen wir die Qualifizierung und Weiterbildung für Engagierte und Mitarbeitende in sozialen und kulturellen Einrichtungen aus.

Koloniale Vergangenheit kritisch aufarbeiten

Wir werden die kritische Aufarbeitung der Kolonialverbrechen vorantreiben, die Provenienzforschung zur Herkunft kolonialer Kulturgüter

stärken und die Erinnerungskultur durch laufende Ausstellungen, Bildungsinitiativen und Maßnahmen wie die Umbenennung kolonial belasteter Straßennamen sichtbar machen. Öffentliche Kultureinrichtungen und der Bildungssektor werden noch aktiver über die Folgen kolonialer Gewalt informieren als bisher.

Klimagerechtigkeit als Teil der Antidiskriminierung verstehen

Wir erkennen die Verantwortung Berlins an, solidarisch mit Menschen und Ländern umzugehen, die von neo-kolonialer Ausbeutung und den Folgen der Klimakrise besonders betroffen sind. Diese globale Perspektive ist Teil unseres Verständnisses von Antidiskriminierung.

Zum Landesantidiskriminierungsgesetz bekennen

Wir stehen klar zum Landesantidiskriminierungsgesetz und lehnen jede Rückabwicklung oder Abschwächung dieses wichtigen Instruments ab.

Speziesismus als Form der Diskriminierung anerkennen

Speziesismus bezeichnet die Diskriminierung von Tieren aufgrund ihrer Artzugehörigkeit. Wir werden uns für eine Gesellschaft einsetzen, die Tierausbeutung und Tierdiskriminierung erkennt und beendet. Der Schutz aller fühlenden Lebewesen ist uns ein zentrales Anliegen.

4.2 Menschen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung

Gleichen Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Teilhabe schaffen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Sprachkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten – auch für diejenigen, die durch das Raster bundesweiter Programme fallen. Für ältere Geflüchtete schaffen wir gezielte Qualifizierungsangebote, die auf ihre Lebenslage zugeschnitten sind. Unternehmen, die Menschen mit Fluchterfahrung beschäftigen, erhalten mehr Unterstützung und Begleitung. Bürokratische Hürden bauen wir ab, damit die Integration in den Arbeitsmarkt einfacher und schneller gelingt.

Migrant:innenorganisationen stärken und Mitbestimmung sichern

Migrant:innenorganisationen leisten wichtige Arbeit in den Kiezen. Sie vermitteln Vertrauen und bieten konkrete Hilfe. Ihre Arbeit werden wir besser finanzieren, strukturell absichern und politisch aufwerten. Ihre Beteiligung in Beiräten auf Landes- und Bezirksebene wird gestärkt und verbindlich ausgestaltet. Der öffentliche Dienst in Berlin soll die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln. Deshalb setzen wir uns für eine verbindliche Quote für Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrungen ein, orientiert am Anteil dieser Gruppen an der Stadtbevölkerung. Zusätzlich etablieren wir Beauftragte für Menschen mit Migrationsgeschichte, die in Behörden aktiv an Einstellungsverfahren und Fördermaßnahmen mitwirken und mit vergleichbaren Rechten ausgestattet werden, wie sie heute Frauenvertretungen haben.

Schutz, Begleitung und Beratung für Geflüchtete sicherstellen

Geflüchtete Menschen brauchen Schutz, Perspektiven und eine Versorgung, die ihre oft schwierige Lebenslage berücksichtigt. Besonders schutzbedürftige Gruppen – darunter traumatisierte Menschen, Frauen, queere Menschen sowie ethnische und religiöse Minderheiten – erhalten psychosoziale Unterstützung und spezialisierte Anlaufstellen. Die Clearingstelle für traumatisierte Geflüchtete wird ausgebaut und besser mit Fachstellen im Gesundheits- und Sozialwesen vernetzt. Übersetzungsdienste, insbesondere im medizinischen Bereich, müssen flächendeckend verfügbar gemacht werden. Die unabhängige Asylverfahrensberatung bauen wir aus, um faire Verfahren zu garantieren und Betroffene besser zu begleiten.

Menschenwürdiges Wohnen statt Sammelunterkünfte ermöglichen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die dauerhafte Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften ist keine akzeptable Lösung. Wir setzen uns für dezentrale, individuelle Wohnformen ein, in denen Privatsphäre und gesellschaftliche Teilhabe möglich sind. Auch Geflüchtete ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sollen Zugang zu einem Wohnberechtigungsschein erhalten. Wir setzen uns sowohl

auf Bundes- als auch auf Landesebene dafür ein, die notwendigen Gesetze anzupassen und die rechtlichen Grundlagen hierfür zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnprojekte, auch im genossenschaftlichen Bereich, werden wir fördern. Niemand soll durch Herkunft, Fluchterfahrung oder Aufenthaltstitel vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen werden.

Verbindliche Qualitätsstandards in Unterkünften durchsetzen

Wo Unterbringung notwendig ist, müssen verbindliche Qualitätsstandards gelten, die regelmäßig kontrolliert und um ein starkes Kinderschutzkonzept ergänzt werden. Das Personal in den Unterkünften verdient faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung. Flächendeckender WLAN-Ausbau, transparente Beschwerdestrukturen und funktionierende Schutzkonzepte für besonders gefährdete Bewohner:innen sind dabei selbstverständlich.

Berufsabschlüsse schneller und zentraler anerkennen

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist entscheidend für eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt. Zwar existieren in Berlin Beratungsangebote, die informieren und unterstützen, doch die Abläufe sind weiterhin komplex. Wir wollen ein Berliner Anerkennungszentrum für Berufsqualifikationen schaffen, das alle Schritte zentral koordiniert, digitale Antragstellungen ermöglicht und mehrsprachige Beratung anbietet. Auf diese Weise werden Zuständigkeiten klarer, Bürokratie reduziert und die Wege in den Beruf deutlich verkürzt.

Diskriminierung bekämpfen und Teilhabe sichern

Bestehende Unterstützungsangebote müssen alle Menschen erreichen – unabhängig von Sprache, Aufenthaltsstatus oder sozialem Hintergrund. Sie werden besser bekannt gemacht, barrierefrei zugänglich und mehrsprachig gestaltet. Diskriminierung bei der Wohnungssuche begegnen wir mit gezielter Aufklärung, rechtlicher Beratung und Sensibilisierungsprogrammen für Vermieter:innen. Die Anlaufstelle „Fair mieten – Fair wohnen“ wird berlinweit ausgebaut. Die Umstellung

auf Sachleistungen für Asylsuchende lehnen wir entschieden ab. Sie ist entmündigend und entspricht nicht unserem Verständnis von Menschenwürde.

4.3 LGBTQIA+

Safe Spaces für queeres Leben erhalten und ausbauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für den langfristigen Erhalt und die strukturelle Förderung bestehender queerer Einrichtungen ein. Dazu zählen Beratungsstellen, Wohnprojekte, Schutzwohnungen, Clubs und Kulturzentren. Berlin ist für viele LGBTQIA+-Personen (lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, inter- und asexuelle sowie weitere queere Identitäten) ein Ort der Hoffnung. Doch sichere Räume sind für diese Menschen zunehmend bedroht. Wir werden den gezielten Ausbau solcher Safe Spaces in allen Bezirken vorantreiben.

Queere Clubkultur als eigenständige Kulturform anerkennen

Queere Clubs sind kulturelle, politische und emotionale Schutzräume. Wir werden sie als festen Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft anerkennen, schützen und fördern. Damit sie bestehen können, berücksichtigen wir sie bei der Stadtentwicklung, sichern ihre Förderung durch Kulturprogramme und unterstützen sie beim Umgang mit Lärmschutzregelungen.

Queere Wohnformen und Schutzangebote ausbauen

Queere Wohnkonzepte – ob WGs, generationsübergreifende Hausprojekte oder Schutzwohnungen für marginalisierte Gruppen – werden gefördert, abgesichert und weitergedacht. Wir schaffen mehr Plätze in Schutzunterkünften, spezifische Wohnprojekte für queere Geflüchtete und gezielte Unterstützung für queere Menschen in Wohnungsnot.

Queere Bildungsprojekte und Jugendzentren langfristig fördern

Queere Bildungsprojekte werden wir langfristig und verlässlich finanzieren, damit Aufklärungsarbeit, Sensibilisierung und Beratung nachhaltig wirken. Queere Jugendzentren stärken wir und

bauen sie aus, um jungen Menschen sichere Räume zu bieten, in denen sie Unterstützung, Orientierung und Gemeinschaft finden. Ziel ist eine Stadt, in der alle Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen anerkannt und respektiert werden und in der Diskriminierung keinen Platz hat.

Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen konsequent stärken

Wir treten für die Selbstbestimmung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen ein. Im Bundesrat setzen wir uns für den Erhalt des Selbstbestimmungsgesetzes ein und dafür, dass Änderungen im Personenstandsregister ohne verpflichtende Angabe von Gründen möglich sind. Freie Namenswahl, geschützte medizinische Versorgung und der Zugang zu nicht-pathologisierenden Verfahren werden gewährleistet.

Antidiskriminierung durch Aufklärung verankern

Diskriminierung gegen LGBTQIA+-Personen ist leider nach wie vor Alltag. Wir setzen auf umfassende Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen in Schulen, Verwaltung, Polizei und Gesundheitswesen. Lehrkräfte und pädagogisches Personal werden verpflichtend für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sensibilisiert. Queerfeindlichkeit darf nirgends einen Platz haben.

Das Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln

Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wird erhalten und konsequent weiterentwickelt. Wir sorgen für flächendeckende Aufklärung, regelmäßige Evaluationen und verbindliche Richtlinien für Schulen, Behörden und Polizeidienststellen. Öffentliche Informationskampagnen machen die Rechte, die das LADG bietet, für alle sichtbar.

Gewaltprävention und Krisenhilfe queer denken

Homo-, trans- und interfeindliche Gewalt ist ein strukturelles Problem. Wir sichern die dauerhafte Finanzierung und den Ausbau von Präventionsarbeit, Krisenhotlines, Schutzunterkünften und psychosozialen Hilfsangeboten ab, insbesondere für mehrfach diskriminierte queere Personen.

Sprachliche Freiheit beim Gendern garantieren

Genderneutrale Sprache ermöglicht es, Menschen jeglicher Geschlechtsidentität gleichermaßen anzusprechen. Diese Freiheit werden wir in der Berliner Landesverfassung verankern. In Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen darf sie nicht durch Vorschriften oder Verbote eingeschränkt werden.

4.4 Feminismus

Feministische Stadtpolitik als Grundhaltung verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) stellt Selbstbestimmung, Sicherheit und soziale Teilhabe unabhängig von Geschlechtsidentität in den Mittelpunkt ihrer Stadtpolitik. Der Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, geschlechtsspezifische Gewalt und ökonomische Ungleichheit wird auf allen Ebenen konsequent geführt.

Schutzräume ausbauen und Gewalt gegen Frauen beenden

Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein strukturelles Problem. Berlin braucht ausreichend Schutzräume und Unterstützungsangebote für Betroffene, darunter flächendeckend Frauenhäuser, Schutzwohnungen und spezialisierte Beratungsstellen. Die Istanbul-Konvention verlangt mindestens 2,5 Frauenhausplätze pro 10.000 Einwohner:innen. Dieses Ziel ist in Berlin weiterhin nicht erfüllt. Wir sichern die langfristige Finanzierung professioneller Täterarbeit und bauen Präventions- und Interventionsprojekte flächendeckend aus, die gezielt an gewaltfreiem Verhalten arbeiten. Berlin muss diese Programme strukturell fördern und in das Gewaltschutzkonzept integrieren. Polizei, Justiz und Verwaltung werden für Hate Speech, Stalking, sexualisierte Übergriffe und Femizide besser sensibilisiert und geschult. Niedrigschwellige Onlineberatungsangebote werden gestärkt.

Körperliche Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit sichern

Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein fundamentales Recht. Berlin setzt sich klar für reproduktive Gerechtigkeit und körperliche Autonomie ein. Nach der Abschaffung von § 219a

muss auch § 218 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafrecht. Ungewollt schwanger gewordene Menschen müssen barrierefreien und diskriminierungsfreien Zugang zu Informationen und umfassender, ergebnisoffener Beratung erhalten. Diese Leistungen werden wir klar, niedrigschwellig und als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung umsetzen.

Geburtshilfliche Versorgung ausbauen

Wir bauen wohnortnahe Hebammenangebote und Geburtshäuser aus und stellen Übersetzungsleistungen im geburtshilflichen Bereich sicher, damit eine zuverlässige und diskriminierungsfreie Versorgung aller Gebärenden gewährleistet ist.

Medizin und Forschung geschlechtergerecht gestalten

Medizinische Forschung orientiert sich noch immer häufig am männlichen Normkörper. Dies hat gravierende Folgen für die Gesundheit nicht-männlicher Personen. Studien, Diagnostik und medizinische Lehrmittel werden die körperliche Vielfalt der Bevölkerung abbilden müssen: Durch geschlechtergerechte Datenerhebung, inklusive Dummies und verbindlicher Repräsentanz nicht-männlicher Körper in Forschung und Ausbildung. Die Vergabe von Fördermitteln im Gesundheitswesen und der Wissenschaft knüpfen wir an die Einhaltung dieser Standards.

Periodenarmut beenden

Viele menstruierende Menschen in Berlin können sich regelmäßig keine Menstruationsprodukte leisten. Wir schaffen den kostenfreien Zugang zu Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten und Verwaltungsgebäuden. Periodenarmut hat in einer gerechten Stadt keinen Platz.

Feministische Bildung und Empowerment strukturell fördern

Feministische Bildungs- und Empowermentangebote mit einem intersektionalen Blick auf Diskriminierung, Rollenbilder und Machtverhältnisse werden in Schulen, Jugendzentren und der außerschulischen Bildungsarbeit strukturell ausgebaut. Junge Menschen werden früh darin bestärkt, für Gleichberech-

tigung, Selbstbestimmung und Solidarität einzutreten. Spezifische Förderprogramme qualifizieren Mädchen gezielt für digitale Zukunftsfelder. Feministische Projekte, Mädchenarbeit und queere Jugendarbeit erhalten eine langfristig gesicherte Förderung.

Repräsentation von Frauen und queeren Menschen in Stadtbild und Kultur stärken

Frauen und queere Menschen sind im öffentlichen Raum noch immer massiv unterrepräsentiert. Ihre Leistungen, Kämpfe und Perspektiven werden kaum abgebildet. Wir setzen uns für eine feministische Erinnerungskultur ein. Straßen, Plätze, Gebäude und Schulen werden beispielsweise gezielt nach weiblichen und queeren Aktivist:innen oder Künstler:innen benannt. Auch in kulturellen Räumen, wie zum Beispiel Museen oder Galerien, sollen ihre Geschichten, Perspektiven und Werke stärker sichtbar werden. Repräsentation schafft Vorbilder und macht politische Kämpfe sichtbar.

Ökonomische Gerechtigkeit für Frauen herstellen

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen, insbesondere von Müttern und Alleinerziehenden, zeigt sich deutlich im Arbeitsmarkt. Wir schaffen gezielte Unterstützungsangebote für Alleinerziehende und alleinstehende Schwangere – durch Betreuungslösungen außerhalb regulärer Kita- und Hortzeiten, Teilzeitausbildungen in Kooperation mit Betrieben sowie barrierefreie Beratung über Rechtsansprüche und beruflichen Wiedereinstieg. Teilzeitausbildung, existenzsichernde Beschäftigung und gezielte Programme für Gründerinnen, insbesondere in MINT- und Digitalberufen, müssen massiv ausgebaut werden. Tariflücken im öffentlichen Dienst und in landeseigenen Betrieben werden geschlossen, der Gender Pay Gap durch Tarifbindung und Entgelttransparenz abgebaut. Care-Arbeit wird gerecht auf beide Elternteile verteilt. Wir bauen flexible Betreuungsangebote, Kitaplätze, Stadtteilmütterprojekte und mobile Kinderbetreuung aus.

Feminismus intersektional denken

Wir fördern queere, migrantische und intersektional arbeitende feministische Initiativen. Intersektional bedeutet, dass unterschiedliche For-

men von Diskriminierung – etwa aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Behinderung oder sexueller Orientierung – zusammenwirken und die Lebensrealitäten von Menschen prägen. Deshalb muss auch die Repräsentation vielfältiger werden. Politik, Verwaltung und Unternehmen sollen paritätisch besetzt sein, sowohl in Aufsichtsräten als auch in Vorständen und Gremien.

4.5 Inklusion und Barrierefreiheit

Inklusion als verbindliche Querschnittsaufgabe umsetzen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) bekennt sich ausdrücklich zur UN-Behindertenrechtskonvention und wird sie vollständig, überprüfbar und konsequent auf Landesebene umsetzen. Inklusion und Barrierefreiheit sind Querschnittsaufgaben, die in allen Bereichen staatlichen Handelns verbindlich berücksichtigt werden. Ziel ist eine Stadt, in der Selbstbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen gewährleistet sind.

Barrierefreie Stadt und Mobilität schaffen

Berlin wird eine Stadt, in der sich alle Menschen frei bewegen und selbstbestimmt wohnen können. Öffentliche Gebäude, Verkehrseinrichtungen, Plätze und Wohnungen werden wir barrierefrei gestalten: Mit stufenlosen Zugängen, funktionierenden Aufzügen, taktilen Leitsystemen, barrierefreien Sanitäranlagen und ausreichend breiten Gehwegen. Visuelle Fahrgastinformationen wie schriftliche Einblendungen von Durchsagen in Bahnhöfen und Fahrzeugen sowie Lichtsignalanlagen für Alarmer werden konsequent eingeführt. Wo immer möglich, stellen wir Informationen in Deutscher Gebärdensprache bereit. Neubauten werden grundsätzlich barrierearm oder barrierefrei errichtet. Den Berliner ÖPNV werden wir bis 2030 vollständig barrierefrei nutzbar machen – von Bahnhöfen und Haltestellen bis hin zu Fahrgastinformationen.

Digitale Barrierefreiheit konsequent gewährleisten

Digitale Angebote der Stadt werden für alle Menschen zugänglich und verständlich gestaltet. Webseiten, Formulare und Verwal-

tungsportale sind barrierefrei zu gestalten und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Sämtliche schriftliche Informationen und Dokumente stellen wir in Leichter Sprache und in Deutscher Gebärdensprache bereit. Behörden halten zudem notwendige Assistenz- und Übersetzungsdienste vor, um einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu staatlichen Leistungen zu sichern.

Inklusive Bildung von Anfang an ermöglichen

Kitas und Schulen werden wir barrierefrei gestalten und personell so ausstatten, dass gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung selbstverständlich wird. Dafür braucht es ausreichend Fachpersonal, therapeutische Unterstützung und inklusive Lehr- und Lernmaterialien.

Gezielte Unterstützung für taube und hörbehinderte Kinder schaffen

Befindet sich ein taubes oder hörbehindertes Kind in einer Einrichtung, wird gebärdensprachkompetente Assistenz oder taubes Fachpersonal verfügbar gemacht, um sprachlicher und sozialer Isolation wirksam vorzubeugen. Erzieher:innen, Lehrkräfte sowie Kinder im unmittelbaren Umfeld werden durch gezielte Kurse in die Lebenswelt tauber und hörbehinderter Kinder eingeführt und erwerben grundlegende Kommunikationskompetenzen. Diese Schulungen werden, sofern verfügbar, von tauben oder schwerhörigen Fachpersonen durchgeführt. Diese Maßnahmen leisten einen wesentlichen Beitrag zu Verständigung, Inklusion und einem gelingenden Miteinander in der Gesellschaft.

5. FAMILIEN- UND GENERATIONENPOLITIK

Kinder wachsen in Berlin unter sehr unterschiedlichen Bedingungen auf. Während manche Familien gut versorgt sind, fehlt es anderen an Betreuungsplätzen, finanzieller Unterstützung oder verlässlichen Anlaufstellen. Jugendliche haben zu wenig Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr Leben direkt betreffen. Alleinerziehende tragen doppelte Verantwortung mit zu wenig Rückhalt. Und ältere Menschen stoßen in einer Stadt, die auf Tempo ausgerichtet ist, zu oft auf soziale, digitale und räumliche Barrieren.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Familien- und Generationenpolitik als Querschnittsaufgabe, die Wohnen, Bildung, Mobilität, Gesundheit und soziale Infrastruktur gleichermaßen umfasst. Jede Lebensform verdient Anerkennung und Unterstützung, unabhängig davon, ob Menschen in klassischen Familienstrukturen, als Alleinerziehende, in Regenbogenfamilien oder im Alter allein leben.

Wir setzen auf Unterstützung, die Menschen wirklich im Alltag erreicht. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen bauen wir aus, Familienzentren und passende Beratungsangebote sichern wir dauerhaft in allen Bezirken, Spielplätze gestalten wir barrierefrei und mit ausreichend Schatten und Schutz vor Hitze. Älteren Menschen ermöglichen wir eine vollwertige Teilnahme am Stadtleben durch eine barrierefreie Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und gezielte Angebote gegen Einsamkeit. Die Möglichkeit, auch im Alter Tiere zu halten, unterstützen wir ausdrücklich, denn der Kontakt zu Tieren tut Menschen nachweislich gut.

5.1 Kinder und Jugendliche

Kinderrechte in der Landesverfassung verankern und durchsetzen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, Kinderrechte in der Berliner Landesverfassung zu verankern und ihre Einhaltung verbindlich zu kontrollieren. Das Wohl des Kindes ist bei allen staatlichen Maßnahmen vorrangig zu berücksichtigen. Kinder haben das Recht, sich zu eigenverantwortlichen

Persönlichkeiten zu entwickeln, und müssen bei Entscheidungen, die sie betreffen, entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife angehört werden – auch bei gerichtlichen Entscheidungen in familiären Angelegenheiten.

Echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherstellen

Kinder- und Jugendparlamente, wie Jugendbeiräte der Bezirksverordnetenversammlungen, werden gestärkt. Außerdem ermöglichen wir an möglichst allen Schulen Probewahlen, um Kinder und Jugendliche früh an demokratische Prozesse heranzuführen.

Amt einer/eines Landesjugendbeauftragten schaffen

Wir schaffen die Stelle einer/eines Landesjugendbeauftragten. Dieses Amt wird von der AG 78, der Arbeitsgemeinschaft aller Träger der Jugendhilfe, gewählt. Das Amt ist Minderjährigen vorbehalten und wird mit einer Aufwandsentschädigung vergütet. Die Person wird als beratendes Mitglied in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie eingesetzt, muss zu allen offiziellen Terminen eingeladen werden, die Kinder und Jugendliche betreffen, und erhält ein dauerhaftes Besprechungsrecht mit dem/der Senator:in sowie besondere schulrechtliche Entschuldigungsrechte. Um Interessenskonflikte zu vermeiden, darf die Person kein höheres Amt in einer Kinder- oder Jugendorganisation, einer Schüler:innenvertretung oder einem Jugendgremium bekleiden.

Diskriminierung von Kindern aus Regenbogenfamilien beenden

Wir werden jede Form der Diskriminierung von Kindern aus Regenbogenfamilien beenden und die Rechte von trans*- und inter*geschlechtlichen Kindern und Jugendlichen gezielt stärken.

Geflüchtete Kinder und Familien sofort versorgen

Geflüchtete Kinder und Familien werden weiterhin aufgenommen und erhalten sofortigen Zugang zum Gesundheitssystem sowie zu Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen.

Mobilität von Kindern und Jugendlichen verbessern

Die kostenfreie ÖPNV-Nutzung für Schüler:innen werden wir beibehalten. Wir unterstützen den Ausbau von Rad- und Fußwegen sowie die Reduzierung des Autoverkehrs, um Mobilität für jüngere Verkehrsteilnehmer:innen sicherer und umweltfreundlicher zu gestalten.

Berliner Spielplätze modernisieren und für alle attraktiv gestalten

Berlins Spielplätze werden wir hinsichtlich Attraktivität, Barrierefreiheit und Hitzeschutz modernisieren. Eine Kombination verschiedener Angebote erhöht die Aufenthaltsqualität für alle. Dazu zählen Spielmöglichkeiten für Kleinkinder mit Wasserelementen, Sport- und Fitnessgeräte für ältere Kinder und Jugendliche sowie Sitzgelegenheiten für Erwachsene und Senior:innen. Gegen zunehmende Hitzebelastung setzen wir auf Trinkbrunnen und großzügige Beschattung durch Bepflanzung. Öffentliche Toiletten an und auf Spielplätzen werden ausgebaut. Spielmöglichkeiten schaffen wir auch in und vor Behördengebäuden.

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ausbauen

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen werden wir deutlich ausbauen, personell aufstocken und stärker fördern. Das Angebot umfasst sportliche, künstlerische, handwerkliche und mediengestaltende Aktivitäten sowie die Vermittlung ethischer, ökologischer und sozialer Werte. Das SEZ in Friedrichshain soll modernisiert und wiedereröffnet werden, statt die Flächen für teure Wohnungen herzugeben.

Sportvereinsmitgliedschaft für alle Kinder ermöglichen

Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Mitglied eines Sportvereins zu sein. Da es vielerorts an Trainer:innen mangelt, werden wir die Ausbildung zur/zum Sporttrainer:in stärker bewerben und besser vergüten. Ehrenamtliche Trainer:innen erhalten mehr Anerkennung durch finanzielle Anreize.

Ganztagsbetreuung und Nachhilfe sichern

Eine garantierte, möglichst kostenfreie Ganztagsbetreuung für alle Grundschulkinder bis Klasse 6 werden wir einführen. Nachhilfeange-

bote werden ausgeweitet und insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Familien kostengünstig oder kostenfrei angeboten.

Jugendämter stärken und besser ausstatten

Die Berliner Jugendämter wurden durch massive Kürzungen geschwächt. Wir schaffen verbesserte Rahmenbedingungen: Mit dem Recht auf Supervision, regelmäßiger Fort- und Weiterbildung sowie angemessener räumlicher und digitaler Arbeitsplatzausstattung für alle Beschäftigten.

5.2 Familie

Alleinerziehende gezielt entlasten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Alleinerziehende besser unterstützen. Dazu zählen unter anderem Maßnahmen wie kostenfreier Eintritt in alle öffentlich geförderten Kultureinrichtungen und die Berliner Bäderbetriebe für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre, um diese Familien im Alltag zu entlasten.

Familienförderungsgesetz verabschieden

Wir werden ein Familienförderungsgesetz verabschieden, das Familienzentren, Familienservicebüros und Beratungsstellen als verbindliche Qualitätsstandards in allen Bezirken festschreibt. Bewährte Angebote sichern wir ab, Netzwerke für Alleinerziehende werden gestärkt.

Armutsbetroffene Familien stärken

Kinder können sich ihre Eltern nicht aussuchen und haben keinen Einfluss auf deren wirtschaftliche Lage. Eine zentrale, einfach gestaltete Website wird armutsbetroffenen Familien eine übersichtliche Anlaufstelle für schnelle Hilfsangebote bieten.

Familien durch Patenschaften und Unterstützung durch Großeltern entlasten

Da Menschen immer älter werden, lohnt es sich, Großeltern dabei zu unterstützen, mehr Verantwortung für ihre Enkelkinder zu übernehmen. Wo leibliche Großeltern nicht verfügbar sind, sollen mehr Patenschaftsprogramme ins Leben gerufen werden. Die ehrenamtliche Unterstützung berufstätiger Familien werden wir angemessen honorieren.

5.3 Senior:innen

Berlin seniorengerecht gestalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, Berlin konsequent seniorengerecht zu gestalten. Dazu gehören der verpflichtende barrierefreie Aus-, Um- und Neubau von Wohnungen, Kultureinrichtungen und öffentlichen Gebäuden sowie die Förderung von Mehrgenerationenhäusern und Senior:innen-WGs. Wohnangebote müssen für jede:n Rentner:in bezahlbar sein. Kurze Wege und barrierefreie Zugänge zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Verkaufsstellen, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie Ämtern und Behörden, werden in der Stadtplanung verbindlich berücksichtigt. Barrierefreie, kostenlose öffentliche Toiletten in Bahnhöfen, Umstiegspunkten und Parks gehören ebenso dazu wie ausreichend lange Ampelphasen, die es jedem Menschen ermöglichen, eine Straße vollständig und sicher zu überqueren.

Spezialisierte Ansprechpartner:innen vor Ort etablieren

Wir werden spezialisierte Ansprechpartner:innen vor Ort einsetzen, die Senior:innen bei der Organisation von Arztterminen für Hausbesuche, bei konkreter Amtshilfe oder bei behördlichen Terminen persönlich oder per Hotline unterstützen.

Nähe und Bindung mit Tieren für Senior:innen ermöglichen

Die Nähe zu Tieren tut Menschen nachweislich gut. Gerade im Alter soll der Kontakt zu Tieren überall leicht möglich sein, sofern dies

gewünscht ist. Deshalb setzen wir uns in Senioren- und Pflegeeinrichtungen dafür ein, dass sogenannte „Haustiere“ unkompliziert und tiergerecht gehalten werden können.

Bildung und Teilhabe für ältere Menschen sichern

Ältere Menschen haben das Recht auf Bildung und soziale Teilhabe. Wir schaffen Schulungsangebote und Unterstützung beim Zugang zu digitalen Geräten und Online-Services. Bewegungs-, Ernährungs- und Präventionsangebote, wie Sturzprophylaxe oder Gedächtnistraining, werden speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten. Projekte gegen Einsamkeit im Alter werden wir gezielt fördern. Vergünstigter Eintritt in öffentliche Einrichtungen des Landes Berlin und der Ausbau sozialer Infrastruktur – mit Stadtteilzentren, Beratungsstellen und Begegnungsstätten – gehören zur selbstverständlichen Grundlage sozialer Teilhabe.

Digitalisierung der Verwaltung inklusiv und flexibel gestalten

Die Digitalisierung der Verwaltung wird transparent und unter Berücksichtigung älterer Bürger:innen gestaltet. Der Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen soll digital, telefonisch, schriftlich oder persönlich möglich und damit frei wählbar sein. In der Pflege und Gesundheitsversorgung hat persönlicher Kontakt Vorrang. Robotik und Telemedizin sollen ausschließlich ergänzende Angebote darstellen. Digitale Kompetenzen älterer Menschen fördern wir über Bibliotheken, Stadtteilzentren und Senior:inneneinrichtungen.

6. GESUNDHEIT UND PFLEGE

Berlins Gesundheits- und Pflegesystem steht unter erheblichem Druck. Der Rettungsdienst ist überlastet, Therapieplätze für psychische Erkrankungen sind unzureichend, Pflegekräfte arbeiten unter schwierigen Bedingungen und der Zugang zur Versorgung hängt zu oft von Einkommen, Wohnort oder Versicherungsstatus ab. Gleich-

zeitig dominieren wirtschaftliche Interessen zunehmend ein System, das eigentlich dem Wohl der Menschen dienen sollte. Prävention kommt zu kurz und soziale sowie gesundheitliche Ungleichheiten wachsen.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Gesundheit als gemeinschaftliche Aufgabe, die soziale, ökologische und ethische Verantwortung einschließt. Kranken-

häuser und Pflegeeinrichtungen sollten nicht von privaten Gewinninteressen geleitet werden. Hilfe muss erreichbar sein, bevor Krisen eskalieren. Und sie muss allen Menschen ohne Ausnahme offenstehen.

Wir stärken die medizinische Versorgung in Berlin und richten Krankenhäuser konsequent am Gemeinwohl aus. Mehr psychosoziale Unterstützungsangebote, mehr Therapieplätze und eine rund um die Uhr erreichbare Krisenhilfe sorgen dafür, dass Menschen schneller Hilfe bekommen. In der Pflege setzen wir verbindliche Personalschlüssel durch, verbessern die Arbeitsbedingungen und entlasten Pflegebedürftige finanziell. Unsere Drogenpolitik richten wir stärker an Gesundheit und Prävention aus statt an Repression, denn Sucht ist in erster Linie eine gesundheitliche und soziale Herausforderung. Deshalb bauen wir Suchthilfe und Beratung flächendeckend aus und entkriminalisieren Konsumierende.

6.1 Gesundheitssystem

Rettungsdienst stärken und medizinische Grundversorgung sichern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) stärkt den Rettungsdienst und die medizinische Grundversorgung entlang der gesamten Versorgungskette. Dazu gehören eine bessere Ausstattung und Koordination von Rettungsdienst und Krankentransporten sowie Qualitätsverbesserungen vom Notruf bis zur Übergabe. Bereits in Kitas und Grundschulen sollen Erste-Hilfe-Schulungen für jedes Kind angeboten werden. Erste-Hilfe-Kurse für sogenannte „Haustiere“ werden an allen Volkshochschulen eingeführt. Eine schrittweise Elektrifizierung von Einsatzfahrzeugen halten wir für sinnvoll, um auch hier umwelt- und gesundheitsbewusst zu agieren.

Gesundheitsversorgung für alle zugänglich machen

Gesundheit darf nicht vom Wohnort oder Versicherungsstatus abhängen. Wir erleichtern den Zugang zur Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung, verbessern die medizinische Versorgung in den Außenbezirken und bauen Medizinische Versorgungszentren sowie integrierte Gesundheitszentren aus.

Krankenhäuser am Gemeinwohl ausrichten

Krankenhäuser dürfen nicht länger dem Ziel wirtschaftlicher Gewinnmaximierung folgen. Wir setzen uns für eine Entprivatisierung und Entprofitisierung zentraler Bereiche ein und richten das System konsequent an der Gesunderhaltung der Menschen aus, nicht an Fallzahlen oder schneller Wiederbelegung.

Gesunde Ernährung in Krankenhäusern verankern

Eine gesunde, pflanzliche Verpflegung in allen Krankenhäusern ist uns ein zentrales Anliegen. Da wichtige Behandlungsmaßnahmen im Bereich der Ernährungstherapie häufig fehlen, werden wir in jedem Krankenhaus ein Ernährungsteam einrichten. Multiresistente Erreger, die durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der konventionellen Tierhaltung entstehen, verursachen lebensbedrohliche Infektionen. Eine pflanzliche Krankenhausverpflegung trägt dazu bei, dieses Risiko zu senken.

Psychosoziale Gesundheit stärken

Die psychosoziale Gesundheit stärken wir durch frühe Interventionen in Zusammenarbeit mit Schulen, Kitas sowie Jugend- und Stadtteileinrichtungen. Wo es therapeutisch sinnvoll ist, setzen wir uns für die Mitnahme von sogenannten „Haustieren“ in Krankenhäusern und Gemeinschaftseinrichtungen ein. Zur besseren Terminvermittlung stellen wir ein digitalisiertes Therapeut:innen-Register bereit. Menschen mit Behinderung erhalten konsequente Unterstützung durch barrierefreie Angebote, Hilfsmittel und verbesserte Mobilität.

Gesundheitswesen digital, sozial und klimagerecht modernisieren

Wir modernisieren das Gesundheitswesen sozial, digital und klimagerecht. Dazu gehören die Digitalisierung der Gesundheitsämter, der Ausbau virtueller Sprechstunden und hohe Sicherheitsstandards für Patient:innen- und Pflegedaten. Die IT-Infrastruktur in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden wir modernisieren und Gesundheitsgebäude energetisch sanieren. Ziel ist es, möglichst resiliente und autarke Einrichtungen zu schaffen.

6.2 Mentale Gesundheit

Niedrigschwelligen Zugang zu psychosozialer Versorgung für alle ermöglichen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Berlin unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Aufenthaltsstatus einen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu Beratung, Therapie und Krisenhilfe erhalten. Psychische Belastungen müssen frühzeitig erkannt und präventiv begleitet werden, bevor sie sich verfestigen. Dafür schaffen wir mehr wohnortnahe, kostenfreie und mehrsprachige Angebote in allen Bezirken.

Mehr Therapieplätze durch höhere Kassensitzzahlen schaffen

Der massive Mangel an Therapieplätzen ist eine der größten Barrieren in der psychischen Gesundheitsversorgung. Wir werden auf eine deutliche Erhöhung der Kassensitze für Psychotherapeut:innen in Berlin hinwirken, insbesondere für Kinder- und Jugendtherapie, Traumatherapie und queersensible Versorgung. Im Bundesrat werden wir dafür eintreten, dass die Bedarfsplanung endlich der Realität einer wachsenden Großstadt angepasst wird.

Psychosoziale Zentren in allen Bezirken ausbauen

Wir bauen psychosoziale Zentren flächendeckend in allen Berliner Bezirken aus. Diese bieten Beratung, Krisenintervention, Gruppenangebote und Weitervermittlung unter einem Dach an. Lange Wege und monatelange Wartezeiten dürfen kein Hindernis für Hilfe sein.

Krisenhilfe rund um die Uhr sichern

Wir bauen die Krisenhilfe, wie den Berliner Krisendienst, weiter aus, damit Menschen rund um die Uhr Unterstützung erhalten. Angebote sollen telefonisch, online oder vor Ort zur Verfügung stehen. Mobile Krisenteams müssen berlinweit zur Verfügung stehen, um Menschen in akuten Notlagen direkt zu unterstützen, ohne dass Polizei oder Zwangsmaßnahmen zum ersten Mittel werden.

Mentale Gesundheit an Schulen und Kitas stärken

Psychische Gesundheit beginnt in der Kindheit. Wir werden mehr Schulpsycholog:innen, Sozialarbei-

ter:innen und Therapeut:innen an Berliner Schulen und Kitas einsetzen. Präventionsprogramme zu Stress, Mobbing, Angststörungen und Depressionen werden verbindlich in den Bildungsalltag integriert. Diese werden altersgerecht, diskriminierungssensibel und kostenfrei sein.

Wohnungslose, Geflüchtete und armutsbetroffene Menschen gezielt erreichen

Wohnungslose Menschen, Geflüchtete und Menschen in prekären Lebenslagen sind überdurchschnittlich oft von psychischen Erkrankungen betroffen. Wir schaffen aufsuchende psychologische Hilfe und mehrsprachige Angebote gezielt für diese Gruppen.

Kostenfreie Erstberatungen und Kurzzeittherapien ausbauen

Den Ausbau kostenfreier Erstberatungsstellen und kurzfristiger Therapieangebote werden wir vorantreiben, damit Menschen nicht monatelang ohne Hilfe bleiben. Kurzzeitinterventionen stabilisieren Betroffene und verhindern, dass sich psychische Krisen zuspitzen.

6.3 Körperliche Gesundheit HIV bis 2030 überwinden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass HIV und die daraus resultierende Erkrankung AIDS bis spätestens 2030 in Berlin überwunden werden. Dieses Ziel, das auch von den Vereinten Nationen verfolgt wird, ist erreichbar, wenn Prävention, frühzeitige Diagnose und medizinische Versorgung konsequent ausgebaut werden. Wir stärken die Berliner Infrastruktur im Kampf gegen HIV und AIDS, etwa durch den langfristig abgesicherten Ausbau von Einrichtungen wie dem Checkpoint BLN sowie eine bedarfsgerechte Finanzierung von Beratung, Testung und Präventionsangeboten. Eine medizinisch optimale Behandlung aller HIV-positiven Menschen muss möglich sein, sodass niemand mehr an AIDS stirbt. Dies geht einher mit der konsequenten Verhinderung von Neuinfektionen durch Aufklärungskampagnen. Die Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung werden wir ausbauen,

um vollständige Behandlung unabhängig vom Versicherungsstatus zu gewährleisten.

Bewegung und Sport für alle im Alltag verankern

Regelmäßige Bewegung ist ein zentraler Schlüssel zur körperlichen und seelischen Gesundheit. Wir schaffen vielfältige, leicht zugängliche Möglichkeiten für Sport und Bewegung im Alltag. Dies umfasst kostenlose, niedrigschwellige Angebote im öffentlichen Raum, eine bessere Nutzung von Parks, Grünflächen und Stadtwäldern sowie den Ausbau öffentlicher Fitnessgeräte, Bewegungsparcours und offener Sportflächen für alle Altersgruppen. Alle Angebote werden konsequent barrierefrei gestaltet. Besonders Kinder und Jugendliche brauchen Bewegung als Ausgleich zum schulischen Alltag. Deshalb bauen wir Sportangebote an Schulen aus, insbesondere im Nachmittags- und Ganztagsbereich und stärken die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen als wichtige Orte für Gesundheitsförderung, Integration und Gemeinschaft.

6.4 Pflege

Pflege menschenwürdig und gemeinwohlorientiert gestalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt auf eine menschenwürdige, gemeinwohlorientierte Pflege, die Pflegebedürftige schützt, Angehörige entlastet und gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte schafft. Die aktuelle Pflegekrise ist das Ergebnis von Personalmangel, jahrelanger Überlastung und zunehmender Ökonomisierung. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Gute Arbeitsbedingungen und faire Ausbildung in der Pflege sichern

Damit Pflegeberufe attraktiv werden und bleiben, schaffen wir mit verbindlichen, gesetzlich festgeschriebenen Personalschlüsseln in Krankenhäusern, Altenheimen, Hospizen und der ambulanten Pflege verlässliche Rahmenbedingungen. Bessere Bezahlung, insbesondere für ungünstige Arbeitszeiten, sowie mehr Flexibilität und Mitsprache bei Dienstplänen müssen selbstverständlich sein. Faire Ausbildungsbedingungen in allen Pflegeberufen werden wir durchsetzen.

Dies umfasst auch eine angemessene Vergütung während der Ausbildung. Die Arbeitsbedingungen von Hebammen verbessern wir, freiberufliche Hebammen erhalten eine bessere Vergütung und staatliche Unterstützung bei ihren hohen Haftpflichtversicherungsbeiträgen.

Pflege bedarfsgerecht, wohnortnah und bezahlbar organisieren

Pflege muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht an wirtschaftlichem Druck. Wir bauen ambulante Pflegeangebote und pflegeunterstützende Wohnformen aus und schaffen neue wohnortnahe stationäre Pflegeeinrichtungen. Wir stärken die öffentliche Trägerschaft im Pflegebereich, passen Pflegeleistungen an und senken den Eigenanteil in der ambulanten Pflege deutlich. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Eine dauerhafte Finanzierung von Selbsthilfeinitiativen in der Pflege trägt dazu bei, dass Unterstützung überall erreichbar bleibt.

6.5 Ernährung

Pflanzliche Ernährung in öffentlichen Einrichtungen verbindlich anbieten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass pflanzliche Ernährung in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert wird. Eine pflanzliche Ernährungsweise reduziert Tierleid, schont Ressourcen, verringert Treibhausgasemissionen und beugt Krankheiten vor. Jede dritte Person, die in Deutschland an Herz-Kreislauf-Erkrankungen stirbt, stirbt aufgrund einer unausgewogenen Ernährung. Rotes und verarbeitetes Fleisch gilt als gesichert krebserregend. Die öffentlichen Gesundheitskosten durch deren Konsum sind enorm, hinzu kommen Umwelt- und Klimaschäden bei der Fleischerzeugung. Deshalb führen wir ein verbindliches Angebot pflanzlicher Gerichte zu jeder Mahlzeit in allen öffentlichen Einrichtungen ein, wie zum Beispiel in Kantinen, Kitas, Schulen, Mensen, Senior:innen-, Pflegeheimen und Krankenhäusern. Schüler:innen aller Klassen erhalten kostenlosen Zugang zu vollwertigen veganen Mahlzeiten, damit gesunde Ernährung von Anfang an gefördert wird. Nicht-pflanzliche Gerichte in Kantinen werden nicht länger steuerlich gefördert.

Förderprogramme und Beratungsangebote für gesunde Ernährung einführen

Damit die Umstellung gelingt, führen wir Förderprogramme und Beratungsangebote für Kantinen und Mensen zu gesunder, ethischer und klimafreundlicher Ernährung ein. Fortbildungen für medizinisches Personal werden zur Pflicht.

Nachhaltige Gastronomie und regionale Produktion fördern

Wir fördern regionale und biologische Lebensmittel, um kurze Transportwege zu sichern, die regionale Landwirtschaft zu stärken und die Qualität der Nahrungsmittel zu verbessern. Nachbarschaftsgärten, Urban Farming und solidarische Landwirtschaft auf landeseigenen Flächen werden gefördert. Supermärkte, Restaurants und Caterer werden verpflichtet, überschüssige Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen oder die Bevölkerung weiterzugeben statt sie wegzuworfen. Überproduktion von Lebensmitteln bauen wir schrittweise ab.

EU-Schulmilchprogramm beenden und pflanzliche Alternativen einführen

Das EU-Schulmilchprogramm ist nicht mehr zeitgemäß. Wir beenden Berlins Teilnahme und rufen die damit verbundenen Fördermittel nicht mehr ab. Statt tierlicher Milch erhalten Schulen, Kitas und andere öffentliche Einrichtungen pflanzliche, tierleidfreie Alternativen.

6.6 Drogenpolitik

Aufklärung, Prävention und Safer Use in den Mittelpunkt stellen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt in ihrer Drogenpolitik auf Gesundheit, Aufklärung und Hilfe, statt auf Bestrafung und Ausgrenzung. Deshalb braucht es umfassende, frühzeitige und zielgerichtete Aufklärung über Drogenkonsum in Schulen, Jugendzentren und anderen sozialen Einrichtungen, einschließlich digitaler Angebote und Peer-to-Peer-Ansätze. Gleichzeitig fördern wir den sogenannten „Safer Use“, also den möglichst risikoarmen Umgang mit Drogen für Konsumierende.

Konsumierende entkriminalisieren und unterstützen

Konsumierende dürfen nicht länger kriminalisiert werden. Die Entkriminalisierung des Besitzes geringer Mengen entlastet Polizei und Justiz und schafft Raum für die Verfolgung schwerer Straftaten. Konsumierende brauchen Unterstützung und medizinische Versorgung, keine Strafe. Repressive Maßnahmen verschärfen soziale Probleme und können Menschen davon abhalten, Hilfe anzunehmen. Eine gesundheitsorientierte Drogenpolitik ermöglicht frühzeitige Intervention, reduziert Folgeschäden und entlastet das System insgesamt. Ausstiegs-, Therapie- und Beratungsangebote werden wir flächendeckend stärken. Gegen organisierte, gewinnorientierte Drogenkriminalität gehen wir konsequent und rechtsstaatlich vor, ohne sozial benachteiligte Menschen zu stigmatisieren.

Suchthilfe ausbauen und flächendeckend finanzieren

Träger der Drogen- und Suchthilfe werden dauerhaft und ausreichend finanziert. Wir bauen niedrigschwellige Hilfsangebote aus, insbesondere in besonders betroffenen Bezirken: Durch mobile Dienste, mehr Straßen- und Parksozialarbeit sowie bedarfsgerechte Öffnungszeiten bestehender Einrichtungen. Drogenkonsumräume werden in allen Berliner Bezirken verfügbar sein und durch mobile Angebote ergänzt. Sie retten Leben, reduzieren Infektionen und entlasten den öffentlichen Raum. Drug Checking wird stadtweit ausgebaut, damit Konsumierende wissen, welche Substanzen sie zu sich nehmen, und Überdosierungen vermieden werden.

Sucht im Strafvollzug konsequent behandeln

Auch im Strafvollzug werden Suchtprävention, Beratung und Substitutionsangebote konsequent ausgebaut. Sucht ist eine Krankheit und darf im Gefängnis nicht ignoriert werden, wenn Rückfälle und erneute Straffälligkeit wirksam verhindert werden sollen.

Öffentliche Räume sauber und sicher gestalten

Gleichzeitig setzen wir uns für saubere und sichere öffentliche Räume ein, ohne Konsumierende zu verdrängen. Die flächendeckende Bereitstellung

von Abfallbehältern zur sicheren Entsorgung von Drogengebrauchsutensilien schützt Anwohnende, Kinder, Familien und Tiere.

Alkohol- und Tabakprävention stärken

Alkohol und Tabak sind legale, aber besonders gesundheitsschädliche Drogen. Wir werden alkoholische Getränke und Tabakprodukte aus dem unmittelbaren Kassenbereich entfernen lassen, um Impulskäufe zu reduzieren und den Jugendschutz zu stärken. Wir setzen uns für ein Verbot von Alkoholwerbung insbesondere im öffentlichen Raum ein. Rauchfreie Bereiche, vor allem in der Nähe von Spielplätzen, Schulen, Bahnhöfen und Haltestellen, werden ausgeweitet.

Konzept „Berlin kippenfrei“ entwickeln

Wir entwickeln das Konzept „Berlin kippenfrei“, das Gesundheitsprävention stärkt und Zigarettenmüll im öffentlichen Raum reduziert. Schwerpunkte sind mehr rauchfreie Zonen an sensiblen Orten, gezielte Aufklärungskampagnen, ein Ausbau gut sichtbarer Aschenbecher sowie ein entschiedeneres Vorgehen gegen das Wegwerfen von Zigarettenstummeln. Zigarettenbehälter sollen spielerische Elemente erhalten, um zu einer ordnungsgemäßen Entsorgung zu motivieren.

6.7 Sterbehilfe und Palliativversorgung

Selbstbestimmtes Lebensende respektieren und begleiten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass Menschen selbstbestimmt über ihr Lebensende entscheiden können. Wir stärken die Beratung und Begleitung

von Menschen in schweren Lebenssituationen und unterstützen Pflegekräfte, Ärzt:innen und soziale Einrichtungen dabei, einfühlsame Entscheidungen zu ermöglichen. Informationsangebote und Aufklärung werden verbessert, damit Menschen frühzeitig wissen, welche Möglichkeiten der Unterstützung, palliativen Versorgung und Hospizbegleitung ihnen offenstehen.

6.8 Bestattungsrecht

Bestattungsrecht modernisieren und individuelle Wahlfreiheit ermöglichen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für eine grundsätzliche Modernisierung des Berliner Bestattungsrechts nach dem Vorbild von Bremen und Rheinland-Pfalz ein. Der derzeitige Friedhofszwang schränkt viele Menschen in ihrer persönlichen Entscheidung über ihren letzten Weg unnötig ein. Wir werden ermöglichen, dass Menschen frei wählen können, was mit ihren Überresten geschehen soll: Etwa eine Urne im eigenen Zuhause aufzubewahren, Ascheverstreuerung oder vollständig kompostierbare Naturbestattungen, solange Umwelt und Wildtiere nicht beeinträchtigt werden. Wir werden zudem prüfen, ob Mensch-Tier-Bestattungen zugelassen werden können, um die enge Bindung zwischen Menschen und ihren Tieren auch im Abschied würdig abzubilden.

7. SOZIALPOLITIK

Berlins soziale Infrastruktur steht unter Druck. Sozialämter sind überlastet und unterbesetzt, soziale Berufe werden schlecht bezahlt, Fachkräfte gehen verloren und wohnungslose Menschen finden selten schnelle, unbürokratische Hilfe. Soziale Angebote sind ungleich über die

Bezirke verteilt und viele Menschen erhalten Unterstützung erst dann, wenn Krisen längst eskaliert sind.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Sozialpolitik als präventive, bedarfsgerechte und menschenrechtsorientierte Aufgabe. Hilfe darf nicht an Bürokratie,

Sprache oder Aufenthaltsstatus scheitern. Wer soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, muss soziale Infrastruktur als das behandeln, was sie ist: Ein unverzichtbarer Bestandteil des städtischen Lebens. Berlin soll eine Stadt sein, in der niemand durchs soziale Netz fällt.

Wir stärken Sozialämter mit mehr Personal und modernisieren ihre Strukturen, damit Beratung und Versorgung direkt bei hilfesuchenden Menschen ankommen. Straßensozialarbeit wollen wir in ganz Berlin fördern und finanziell absichern, damit von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen direkte und unbürokratische Unterstützung erhalten. Gleichzeitig begegnen wir dem Fachkräftemangel in sozialen Berufen durch faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Ehrenamtliches Engagement unterstützen wir gezielt, damit freiwillige Hilfe dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.

7.1 Soziale Infrastruktur und Existenzsicherung

Sozialämter personell und strukturell stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Berliner Sozialämter personell deutlich aufstocken, denn sie bilden das Rückgrat der sozialen Daseinsvorsorge. Um Menschen in Notlagen schnell, unbürokratisch und zuverlässig unterstützen zu können, werden Strukturen modernisiert, Verwaltungsprozesse digitalisiert und die interne Koordination verbessert. Mitarbeitende werden gezielt durch Schulungen in Kommunikation, Fallmanagement und Antidiskriminierung gefördert, damit Beratung und Unterstützung noch professioneller und respektvoller gestaltet werden können.

Regelbedarf für Leistungsberechtigte erhöhen

Der aktuelle Regelbedarf für Leistungsberechtigte reicht häufig nicht aus, um ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben in Berlin zu führen. Leistungsberechtigte sind Menschen, deren Einkommen nicht ausreicht, um die grundlegenden Kosten des Lebens zu decken. Wir setzen uns daher für eine Erhöhung des

Regelbedarfs ein, damit alle Menschen ihre Grundbedürfnisse decken und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Berlin-Pass wieder einführen

Der Berlin-Pass hat vielen Menschen mit geringem Einkommen den unkomplizierten Zugang zu Mobilität, Kultur, Bildung und Freizeit ermöglicht. Seine Abschaffung hat zu einer deutlichen Benachteiligung für Betroffene geführt. Sie müssen derzeit bei Fahrkartenkontrollen ihren Leistungsbescheid vorzeigen. Wie die LADG-Ombudsstelle (zentrale Beratungs- und Schlichtungsstelle des Landes Berlin bei Diskriminierung) festgestellt hat, verstößt dies gegen das Landesantidiskriminierungsgesetz. Wir setzen uns daher für die Wiedereinführung des Berlin-Passes ein. Sozialtickets werden so gestaltet, dass sie diskriminierungsfrei nutzbar sind, damit niemand beim Zugang zu wichtigen Angeboten benachteiligt wird.

Bedingungsloses Grundeinkommen erproben und prüfen

Das Bedingungslose Grundeinkommen bietet allen Menschen eine verlässliche finanzielle Basis, damit sie frei von Existenzangst leben und selbstbestimmt über Arbeit und Lebensweg entscheiden können. Es ist sozial ausgerichtet, nachhaltig und eine sinnvolle Antwort auf die ökonomischen Herausforderungen der Zukunft. Wir werden das Bedingungslose Grundeinkommen daher in Berlin testweise erproben und prüfen, inwiefern eine Einführung rechtlich und ökonomisch in Berlin umsetzbar ist.

7.2 Soziale Arbeit

Soziale Berufe aufwerten und Fachkräftemangel entgegenreten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für eine starke Soziale Arbeit. Ob in der Kinder- und Jugendhilfe, der Wohnungslosenhilfe, Familienberatung oder der Straßensozialarbeit: Die Beschäftigten leisten täglich essenzielle Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, oft unter prekären Bedingungen und mit wachsender Belastung. Soziale Arbeit ist systemrelevant und muss auch so behandelt werden. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen,

nen, braucht es eine faire Bezahlung, verbesserte Arbeitsbedingungen und weniger Befristungen. Wir werden die Tarifbindung und die Gleichstellung der Bezahlung zwischen freien und öffentlichen Trägern durchsetzen, denn gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden. Die Finanzierung freier und gemeinnütziger Träger wird nachhaltig verbessert, damit Qualität, Fachlichkeit und Kontinuität in der sozialen Arbeit gesichert sind. Eine praxisnahe, qualitativ hochwertige Ausbildung mit bezahlten Pflichtpraktika sowie Spezialisierungsmöglichkeiten, etwa für Aufgaben in Jugendämtern, ist die Grundlage dafür, dass neue Fachkräfte gut vorbereitet in die sozialen Berufe eintreten. Außerdem müssen mehr Studienplätze geschaffen werden, damit insgesamt mehr Menschen die Chance erhalten, in sozialen Berufen tätig zu werden.

Soziale Angebote dauerhaft und verlässlich finanzieren

Viele soziale Angebote wie Beratungsstellen oder Straßensozialarbeit hängen derzeit von projektbasierter Finanzierung ab. Dadurch entstehen Unsicherheiten für Fachkräfte und für die Menschen, die auf diese Hilfen angewiesen sind. Um Qualität, Kontinuität und langfristige Planung zu gewährleisten, müssen diese Angebote künftig als Regelangebote verlässlich finanziert werden, statt jedes Jahr neu um Mittel konkurrieren zu müssen.

Mobile, niedrigschwellige Hilfe im Kiez ausbauen

Soziale Angebote müssen dort sein, wo die Menschen leben. Wir setzen auf mobile Kiez-Teams mit aufsuchender Beratung und Straßensozialarbeit, die Menschen in ihrer jeweiligen Sprache erreichen und besonders suchtkranke oder wohnungslose Menschen unterstützen. Der Zugang zu Hilfe darf nicht an Behörden oder Sprachbarrieren scheitern. Außerdem setzen wir uns für Familienservicebüros in allen Jugendämtern ein, die Leistungen bündeln und beratend begleiten.

Kinder, Jugendliche und Familien besser unterstützen

Wir bauen die Schulsozialarbeit flächendeckend aus und finanzieren sie dauerhaft, statt sie jedes Jahr aufs Neue zur Disposition zu stellen. Frühzei-

tige, bedarfsgerechte Hilfen zur Erziehung, unterstützt durch Flexi-Budgets, werden weitergeführt und gestärkt. Flexi-Budgets ermöglichen niedrigschwellige, präventive Unterstützung für Familien und junge Menschen in belasteten Lebenslagen, bevor umfangreiche Hilfen zur Erziehung notwendig werden. Besonders junge Volljährige sollen beim Übergang aus der Jugendhilfe in Ausbildung, Studium oder eigenes Wohnen gezielt unterstützt werden. Dazu gehören verlängerte Hilfen, vernetzte Übergangsstrukturen und verlässliche finanzielle Unterstützung, um ihnen klare Perspektiven und Anschlussmöglichkeiten zu bieten.

Soziale Infrastruktur stärken und Einsamkeit bekämpfen

In einer wachsenden Stadt brauchen wir mehr soziale Infrastruktur im Quartier. Wir unterstützen Instrumente wie einen Kiezfonds für zivilgesellschaftliche Projekte in der Nachbarschaft. Einsamkeit, gerade unter älteren oder isolierten Menschen, ist eine reale soziale Not. Wir setzen eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit um, einschließlich der Einsetzung einer/eines Einsamkeitsbeauftragten.

7.3 Von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen

Wohnungslosigkeit frühzeitig verhindern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt auf frühzeitige Intervention bei Mietschulden, um Wohnungsverlust zu verhindern. Niedrigschwellige Angebote zur Mediation zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen sowie eine flächendeckende, kostenlose Schuldenberatung werden ausgebaut. Modelle, wie der Einsatz von Sozialarbeitenden bei landeseigenen Wohnungsunternehmen zur Stabilisierung von Mietverhältnissen, werden berlinweit verstetigt und ausgeweitet. Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, erhalten frühzeitig, unbürokratisch und verbindlich Unterstützung.

Housing First als Grundprinzip verankern

In einer reichen Stadt wie Berlin darf niemand gezwungen sein, auf der Straße zu leben. Dennoch steigt die Zahl wohnungsloser und obdachloser

Menschen seit Jahren. Wir setzen uns für das Housing-First-Prinzip ein. Menschen erhalten zuerst eine eigene Wohnung – ohne Vorbedingungen. Erst wenn Menschen ein festes Zuhause haben, können sie gesundheitliche, soziale oder berufliche Herausforderungen nachhaltig angehen. Studien und Praxiserfahrungen zeigen, dass dieses Modell langfristig erfolgreicher und kosteneffizienter ist als Notunterkünfte oder Übergangslösungen.

Soziale Wohnhilfe personell und finanziell stärken

Die soziale Wohnhilfe der Berliner Sozialämter spielt eine zentrale Rolle bei der Verhinderung und Überwindung von Wohnungslosigkeit. Wir stocken sie personell deutlich auf und stellen sie ausreichend finanziell aus. Nur mit qualifiziertem Personal können individuelle Hilfen schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht gewährt werden, insbesondere für Menschen in akuter Wohnungsnot oder mit mehrfachen sozialen, gesundheitlichen oder psychischen Belastungen. Kontinuierliche Schulungen in Kommunikation und Gesprächsführung sind dabei unverzichtbar, denn viele Betroffene befinden sich in hochbelastenden Lebenssituationen und benötigen eine respektvolle und empathische Ansprache.

Tee- und Wärmestuben ausbauen

Gerade in den Wintermonaten sind Orte der Wärme und Begegnung überlebenswichtig. Tee- und Wärmestuben bieten weit mehr als Schutz vor Kälte. Sie sind Rückzugsorte, soziale Anlaufstellen und oft der erste Zugang zu weiterführender Hilfe. Das Angebot werden wir deutlich ausbauen und gleichmäßig über alle Berliner Bezirke verteilen, damit niemand lange Wege in Kauf nehmen muss. Öffnungszeiten werden ausgeweitet, auch in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen.

Standards in ASOG-Unterkünften verbindlich kontrollieren

Bestehende Standards in Unterkünften nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) werden systematisch überprüft, aktualisiert und verbindlich umgesetzt. Viele Vorgaben zu Wohnqualität, Hygiene, Sicherheit und sozialer Betreuung existieren auf dem Papier, werden aber

in der Praxis kaum kontrolliert. Eine unabhängige Stelle überprüft regelmäßig die Einhaltung der Standards, dokumentiert Mängel und verpflichtet Betreiber:innen zur Nachbesserung, damit Bewohner:innen menschenwürdige Bedingungen vorfinden und ihre Rechte gewahrt bleiben.

Medizinische Versorgung für Wohnungslose niedrigschwellig sichern

Wohnungslose haben oft keinen Zugang zu regulärer medizinischer Betreuung. Fehlende Krankenversicherung, bürokratische Hürden, Angst vor Behörden und schlechte Erfahrungen im Gesundheitssystem führen dazu, dass notwendige Behandlungen zu spät oder gar nicht stattfinden. Wir setzen deshalb auf kostenfreie, unbürokratische Angebote. Mobile Teams mit medizinischem Fachpersonal können Hilfe direkt dort leisten, wo sie gebraucht wird – auf der Straße, in Notunterkünften oder an bekannten Treffpunkten. Sie bieten medizinische Erstversorgung, Behandlung bei akuten Erkrankungen und eine Vermittlung in weiterführende Versorgung. Ergänzend werden niedrigschwellige telefonische Anlaufstellen eingerichtet.

Straßensozialarbeit nachhaltig stärken

Damit Unterstützung wirklich bei allen ankommt, müssen wir den Zugang zu Beratungsstellen und Behörden erleichtern. Straßensozialarbeit ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur Berlins. Streetworker:innen sind direkt im öffentlichen Raum ansprechbar, bauen langfristig Vertrauen auf und begleiten Menschen niedrigschwellig in passende Hilfsangebote. Dafür braucht es deutlich mehr Personal und verlässliche, mehrjährige Förderstrukturen. Projekte der Straßensozialarbeit dürfen nicht von befristeten, jährlichen Projektmitteln abhängen.

Übergang von Jugend- zu Erwachsenenhilfe nahtlos gestalten

Der Übergang von der Jugendhilfe in die Erwachsenenhilfe ist häufig problematisch. Viele junge Menschen finden nach dem Ende stationärer Einrichtungen oder Jugendhilfemaßnahmen keine adäquaten Angebote und landen nicht selten

auf der Straße. Wir schaffen passgenaue Wohn- und Unterstützungsangebote für junge Erwachsene, die individuell zugeschnitten sind und nahtlos an die Jugendhilfe anschließen.

7.4 Ehrenamt

Ehrenamt anerkennen, fördern und besser ausstatten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Tierschutz, in der Kultur, bei der Feuerwehr oder in sozialen Projekten: Ehrenamtliche tragen wesentlich dazu bei, dass unsere Stadt funktioniert und zusammenhält. Wir fördern dieses Engagement durch finanzielle Unterstützung für Vereine, eine gelebte Anerkennungskultur und unbürokratische Hilfen.

Ehrenamt im öffentlichen Raum sichtbar machen

Um mehr Menschen für freiwilliges Engagement zu gewinnen, wird das Land Berlin kontinuierliche Informations- und Werbekampagnen im öffentlichen Raum durchführen. Dabei werden konkrete Mitmachmöglichkeiten vor Ort sichtbar gemacht, statt nur allgemein für Ehrenamt zu werben.

Die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg wird besser beworben, damit engagierte Bürger:innen stärker von den damit verbundenen Vorteilen profitieren.

Kostenfreien ÖPNV für Ehrenamtliche einführen

Wer ehrenamtlich aktiv ist, soll auch kostenfrei zum Einsatzort gelangen können. Wir werden den ÖPNV für alle Träger:innen einer Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg kostenfrei machen, solange er noch nicht für alle kostenlos ist.

Zentrale Ehrenamtsplattform für Berlin schaffen

Wir schaffen eine zentrale, barrierefreie Berliner Ehrenamtsplattform, auf der sich Initiativen vorstellen, Unterstützung suchen und Engagierte passgenau vermittelt werden. So wird Ehrenamt nicht nur gewürdigt, sondern nachhaltig gestärkt.

8. ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Berlins Wirtschaft wächst. Doch von diesem Wachstum profitieren nicht alle gleichermaßen. Prekäre Beschäftigung, fehlende Tarifbindung und ungleiche Entlohnung prägen den Alltag vieler Arbeitnehmer:innen. Wer Vollzeit arbeitet, kann in einer der teuersten deutschen Städte dennoch kaum die Miete bezahlen. Gleichzeitig orientiert sich Wirtschaftspolitik noch immer zu stark am reinen BIP-Wachstum – auf Kosten von Mensch, Tier, Umwelt und Klima.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für eine ökosoziale Wirtschaft, die Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und

faire Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt stellt. Arbeit soll nicht krank machen, sondern Sinn stiften und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen – für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlechtsidentität oder Lebenslage.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt menschlicher Arbeit stellt und ökologische Grenzen einhält. Wir schaffen faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und zukunftsfähige Arbeitsmodelle. Deshalb heben wir den Landesmindestlohn an, fördern mobiles Arbeiten und die Vier-Tage-Woche. Wir machen Jobcenter zu Orten, die Menschen gezielt beraten, fördern und für Ausbildung und Qualifizierung stark machen, statt sie mit Sanktionen unter Druck zu setzen. Weiterhin unterstützen wir nachhaltige Unternehmen, die auf erneuerbare Energien, vegane Produkte oder Kreislauf-

wirtschaft setzen. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft, soziale Teilhabe ermöglicht und ökologische Verantwortung übernimmt.

8.1 Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen

Tarifbindung stärken und faire Löhne durchsetzen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Landesmindestlohn auf mindestens 16 Euro anheben und jährlich an die Inflation anpassen. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Mieten belasten Berliner:innen zunehmend. Faire Löhne sind deshalb keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Die Einhaltung des Mindestlohns in landeseigenen Unternehmen und bei öffentlicher Auftragsvergabe wird stärker kontrolliert. Zudem müssen die niedrigsten Gehälter in diesen Unternehmen mindestens ein Zwanzigstel der Spitzengehälter des Vorstands betragen. Für landeseigene Betriebe und Unternehmen, die öffentliche Gelder erhalten, gilt eine Transparenzpflicht über Einkommensstrukturen.

Faire Arbeitsbedingungen sichern

Sachgrundlose Befristungen werden in allen Bereichen verboten, in denen das Land Berlin Arbeitgeberin ist. Leiharbeit, Werkverträge und Null-Stunden-Verträge schränken wir im Einflussbereich des Landes ein, etwa bei Auftragsvergabe und öffentlichen Beteiligungen. Wir stellen sicher, dass in landeseigenen Unternehmen für alle Beschäftigten, unabhängig von ihrer Herkunft, gleiche und faire Arbeitsbedingungen gelten. Wir fördern gezielt Frauen für Führungspositionen und verankern barrierefreie Arbeitsplätze in allen landeseigenen Betrieben.

Work-Life-Balance verbessern

Betriebe mit Vier-Tage-Woche oder 32-Stunden-Modell fördern wir durch landeseigene Programme und Vergabevorteile. Das Recht auf mobiles Arbeiten wird in allen Bereichen des Landes Berlin eingeführt. So kann Bürofläche für Wohnen und Gemeinschaft umgewidmet werden. Die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes wird verstärkt kontrolliert und Verstöße werden konsequent sanktioniert. Väter werden durch gezielte Anreize dazu ermutigt, mehr Elternzeit zu nehmen, um

die Last zu teilen und Karrierechancen für beide Elternteile zu verbessern.

8.2 Arbeitsmarktintegration und Arbeitsvermittlung

Berliner Jobcenter neu ausrichten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) richtet die Berliner Jobcenter konsequent auf individuelle Beratung, Qualifizierung und Unterstützung aus, statt auf Sanktionen. Passgenaue Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Langzeitarbeitslose werden sich an tatsächlichen Kompetenzen und Interessen orientieren. Zwangsvermittlungen in prekäre oder nicht-tarifgebundene Jobs werden abgeschafft. Arbeitsvermittlung erfolgt nur noch in Stellen mit fairen Löhnen, Tarifstandards und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. In allen Berliner Jobcentern werden Clearing- und Ombudsstellen eingerichtet. Mitarbeitende werden gezielt fortgebildet, um sensibel mit sozialen Ängsten, Diskriminierungserfahrungen und Traumata umzugehen. Mehrsprachiges Personal baut Sprachbarrieren ab. Kommunale Beschäftigungsprogramme mit existenzsichernden Löhnen, Weiterbildung und Anschlussmöglichkeiten werden ausgebaut. Soziale und ökologische Unternehmen sowie Genossenschaften, die gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze schaffen, werden wir gezielt fördern.

Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrant:innen erleichtern

Beratungsstellen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse werden ausgebaut und durch landeseigene Ergänzungsqualifizierungen ergänzt. Sprachförderung verknüpfen wir mit Jobcoachings und Berufsanbindung in Kooperation mit Bezirken, Kammern und Bildungsträgern. Mentoring-Programme für Migrant:innen und Geflüchtete werden staatlich gefördert und in Zusammenarbeit mit Betrieben, Gewerkschaften und Ehrenamtsinitiativen umgesetzt.

Inklusion und Teilhabe am Arbeitsmarkt stärken

Werkstätten für Menschen mit Behinderung werden so weiterentwickelt, dass sie faire Entlohnung mindestens auf Mindestlohniveau bieten, die Teilnahme freiwillig bleibt und Wahlfreiheit in

der Tätigkeit gewährleistet ist. Inklusive Betriebe werden finanziell gefördert und Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt gezielt unterstützt. Integrationsbetriebe werden ausgebaut und eine Inklusionsquote in öffentlichen Einrichtungen eingeführt.

Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung ausbauen

Die Jugendberufsagentur werden wir ausbauen, um jungen Menschen den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Ein Recht auf Weiterbildung und Umschulung mit staatlicher Unterstützung wird eingeführt, insbesondere für Berufe der Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Pflege und Bildung und im Tierschutz. Staatliche Empowerment-Programme unterstützen Frauen, Alleinerziehende, ältere Erwerbslose und Jugendliche ohne Ausbildung durch Mentoring, Qualifizierung und soziale Begleitung. Für Alleinerziehende schaffen wir familiengerechte Programme mit Teilzeitausbildungen, flexiblen Arbeitszeiten und der Möglichkeit zum mobilen Arbeiten. In Kooperation mit Handwerkskammern, Hochschulen und Betrieben entwickeln wir neue klimagerechte Ausbildungsberufe.

8.3 Gemeinwohlorientierte Wirtschaft

Donut-Ökonomie als wirtschaftspolitisches Leitbild verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) nimmt die Donut-Ökonomie als Leitbild für ihre Wirtschaftspolitik. Das Modell zeigt, wie eine Wirtschaft das Wohlergehen der Menschen sichern kann, ohne die ökologischen Grenzen des Planeten zu überschreiten. Der Name leitet sich von der Form eines Donuts ab: Der Ring steht symbolisch für den sicheren und gerechten Handlungsraum der Menschheit – zwischen sozialen Mindeststandards und ökologischen Belastungsgrenzen. Nur innerhalb dieses Rahmens kann Berlin eine Stadt sein, die allen ein gutes Leben ermöglicht und auch kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft bietet. Berlin wird Modellregion für diesen Ansatz, in enger Partnerschaft mit anderen Pionieren wie Amsterdam.

Gemeinwohlbilanz als verbindliches Steuerungsinstrument einführen

Öffentliche Unternehmen und landeseigene Betriebe werden zur Erstellung einer Gemeinwohlbilanz verpflichtet. Die Gemeinwohlbilanz – ein standardisiertes Verfahren zur Bewertung des gesellschaftlichen Nutzens eines Unternehmens – wird zudem als Kriterium für öffentliche Aufträge eingesetzt. Unternehmen, die eine solche Bilanz erstellen und sich an EU-Nachhaltigkeitskriterien orientieren, erhalten Fördermittel oder steuerliche Erleichterungen. Ein Berliner Zentrum für Gemeinwohlökonomie wird als Beratungs- und Vernetzungsstelle aufgebaut.

Nachhaltige und gemeinwohlorientierte Unternehmen gezielt fördern

Wir fördern kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-ups durch Investitionsprämien und Steuervorteile. Unternehmen, die sich veganen bzw. tierfreundlichen Produkten, erneuerbaren Energien, Nachhaltigkeit oder Digitalisierung widmen, werden steuerlich begünstigt. Für die Finanzierung schaffen wir einen „Social Impact Fonds“. Eine Zertifizierung für ökologisch und sozial ausgerichtete Unternehmen wird geprüft. Genossenschaften erhalten bei der Vergabe von Flächen und Immobilien Vorrang, insbesondere für Wohnen, Energie und Nahversorgung.

Wohlstandsindikatoren jenseits des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einführen

Das Wachstumsparadigma wird aus allen rechtlich bindenden Verträgen und Gesetzen gestrichen. Berlin wird Modellregion für Postwachstum – eine Wirtschaftsweise, die Lebensqualität, Ressourcenschonung und soziale Teilhabe in den Mittelpunkt stellt, statt auf reines Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu setzen. Wir führen Wohlstandsindikatoren ein, die Gesundheit, Bildung, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe messen. Städtische Kampagnen fördern bewusstes Konsumieren und eine Ernährungswende hin zu pflanzlichen, regionalen und saisonalen Lebensmitteln.

Innovationen für Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit stärken

Staatliche Förderung muss sich auf soziale und ökologische Innovationen konzentrieren,

nicht auf rein technologisches Wachstum. Innovationscluster für Kreislaufwirtschaft, pflanzenbasierte Ernährung, nachhaltige Mobilität und Ressourcenschonung werden aufgebaut. Open-Source-Projekte werden wir fördern. Künstliche Intelligenz und Quantentechnologien werden durch öffentliche Förderprogramme vorangetrieben, wenn sie dem Gemeinwohl dienen und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Öffentliche Unternehmen und landeseigene Betriebe verpflichten sich zu fairen Lieferketten und nachhaltiger Beschaffung unter Berücksichtigung ökologischer Standards und Fair Trade.

Donut Action Lab als partizipatives Instrument einrichten

Wir errichten ein „Donut Action Lab“. Dort entwickeln Bürger:innen gemeinsam Ideen und Regeln für eine Wirtschaft, die soziale Bedürfnisse sichert und gleichzeitig die ökologischen Grenzen respektiert. Ausgehend von den Ergebnissen werden Gesetzgebung und Förderpolitik neu ausgerichtet. So entsteht eine Wirtschaftspolitik, die nicht von oben verordnet, sondern gemeinsam entwickelt wird.

9. HAUSHALT UND FINANZEN

Berlins Haushalt steht vor wachsenden Anforderungen: Klimaschutz, soziale Infrastruktur, Bildung und Tierschutz brauchen verlässliche Finanzierung, während gleichzeitig Investitionsstaus aus Jahren der Unterfinanzierung abgebaut werden müssen. Sparpolitik auf Kosten öffentlicher Daseinsvorsorge hat in der Vergangenheit Schäden hinterlassen, die teuer zu beheben sind. Gleichzeitig wächst die Vermögensungleichheit.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Haushaltspolitik als Gestaltungsaufgabe. Öffentliche Mittel müssen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen für Menschen, Tiere und Umwelt entfalten. Generationengerechtigkeit bedeutet dabei nicht, Schulden um jeden Preis zu vermeiden, sondern sicherzustellen, dass kommende Generationen eine Stadt vorfinden, die ökologisch intakt, sozial gerecht und finanziell handlungsfähig ist. Wer heute nicht in Klimaschutz, Bildung und soziale Infrastruktur investiert, schiebt Kosten auf, die morgen weitaus höher ausfallen.

Den haushaltspolitischen Schwerpunkt setzen wir auf bezahlbares Wohnen, Mobilität, Bildung, Klimaschutz, Tierschutz und soziale

Infrastruktur. Ein Bürger:innenhaushalt soll Berliner:innen direkt mitentscheiden lassen, wofür ihr Geld verwendet wird. Haushaltstransparenz werden wir durch eine öffentlich zugängliche Plattform herstellen. Gleichzeitig werden wir Steuerverschwendung und Kostenexplosionen bei Großprojekten eindämmen. Damit Projekte sozial gerecht finanzierbar sind, werden wir uns für die Wiedereinführung der Vermögensteuer einsetzen. Grundsteuer und Grunderwerbsteuer entwickeln wir progressiv weiter.

9.1 Haushalt

Berliner Haushalt sozial, klimagerecht und tierfreundlich ausrichten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) gestaltet den Berliner Haushalt so, dass er das soziale Miteinander, die Erreichung von Klimaneutralität und das Wohl von Tieren gleichermaßen berücksichtigt. Berlin darf nicht erneut durch Sparzwänge ausgehöhlt werden. Wir nehmen den Dialog mit sozialen Trägern, Bezirksbehörden, Beschäftigten des Landes und der Stadtgesellschaft wieder auf, besonders mit denen, die von einer tier- und klimafreundlichen Wirtschaftspolitik betroffen sind. Wir stellen den Haushalt so auf, dass er langfristig stabile Finanzrahmen schafft und gleichzeitig Mittel für artgerech-

te Tierhaltung, den Ausbau von Grünflächen und den Schutz heimischer Arten bereitstellt. Gemeinsam sichern wir die wichtigsten Aufgaben, finanzieren sie zuverlässig und verhindern unkontrolliertes Ausgabenwachstum.

Investitionen gezielt und nachhaltig einsetzen

Investitionen dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Wir investieren bevorzugt in bezahlbaren Wohnraum, in Bildung, in Klima- und Tierschutz, eine nachhaltige Mobilität sowie dort, wo es im sozialen Bereich besonders dringend nötig ist, etwa bei Frauenhäusern und der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe. Der Bodenfonds, der Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum, Schulen, Kitas und Grünflächen sichert, wird fortgeführt. Der Anteil des Landeshaushalts für die Bezirke wird nicht gekürzt.

Klimabudget fortführen und Tierbudget einführen

Den bereits gestarteten Prozess zu einem wirklichen Klimabudget im Rahmen des Klimapakts führen wir fort und passen ihn an den Emissionspfad Berlins an. Der Senat wird verpflichtet, konkrete Maßnahmen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung umzusetzen. Darüber hinaus stärken wir das Gender-Budgeting und führen außerdem ein eigenständiges Tierbudget ein, das gezielt Mittel für den Ausbau von Tier- und Naturschutzprojekten sowie für Forschung zu tierfreundlichen Technologien bereitstellt.

Unabhängige Kommission gegen Kostenexplosionen bei Großprojekten einsetzen

Eine Expert:innenkommission wird eingesetzt, um verbindlich festzulegen, wie Kostenexplosionen bei Groß- und Infrastrukturprojekten künftig verhindert werden können. Die Kommission prüft dabei insbesondere, welche Verfahren, Vertragsmodelle und Risikomanagementstrategien eingesetzt werden müssen, um Kostenüberschreitungen frühzeitig zu erkennen und zu begrenzen. Auf umstrittene und teure Prestigeprojekte wird verzichtet. Der Kulturetat soll künftig vorrangig für soziokulturelle Initiativen und Projekte eingesetzt werden, nicht für kostspielige Prestigevorhaben.

Haushaltstransparenz für alle Berliner:innen herstellen

Alle Berliner:innen haben das Recht, zu erfahren, wofür ihre Steuergelder verwendet werden. Wir schaffen eine öffentlich zugängliche Plattform, auf der die Verwendung öffentlicher Mittel transparent und nachvollziehbar einsehbar ist.

9.2 Finanzen

Vermögensteuer über den Bundesrat wiedereinführen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass sehr hohe Vermögen wieder zur Finanzierung unserer gemeinsamen Zukunft beitragen. Die Aussetzung der Vermögensteuer seit 1996 hat der Gemeinschaft laut Oxfam und dem Netzwerk Steuererechtigkeit über 380 Milliarden Euro gekostet, während das Vermögen der 100 reichsten Deutschen im gleichen Zeitraum um rund 460 Milliarden Euro wuchs. Die oft geäußerte Sorge vor Steuerflucht ist unbegründet. Deutschland hat wirksame Regeln etabliert, die Steuerflucht massiv erschweren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Berlin über den Bundesrat eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer startet, um gezielt Investitionen in klimafreundliche Mobilität, Bildung, soziale Infrastruktur und Tierschutz zu ermöglichen.

Tourismusabgabe beibehalten und bedarfsgerecht anpassen

Die Berliner Tourismusabgabe werden wir weiterhin beibehalten und bei Bedarf behutsam erhöhen. Seit dem 1. Januar 2025 liegt sie bei 7,5 Prozent des Netto-Übernachtungspreises und trägt bereits deutlich zum städtischen Gemeinwohl bei.

Grundsteuer fair und zeitgemäß weiterentwickeln

Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer an moderne Bewertungsgrundlagen angepasst wird, weg von veralteten Einheitswerten hin zu bodenwertbasierten Modellen mit Abschlägen für klimafreundliche und soziale Nutzung. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer in den Nebenkosten wird gestrichen, um Mieter:innen zu entlasten. Wohnungs- und Gewerbesektor werden gerecht bewertet und Hebesätze nachvollziehbar

gestaltet. Ziel ist ein Modell, das Wohnen bezahlbar hält, steuerliche Gerechtigkeit stärkt und Raum für nachhaltige Stadtentwicklung schafft.

Grunderwerbsteuer progressiv gestalten

Die Grunderwerbsteuer werden wir progressiv weiterentwickeln. Berlin erhebt derzeit 6 Prozent Grunderwerbsteuer. Wer wenig Landeigentum besitzt, soll Freibeträge erhalten, größerer Besitz zieht höhere Sätze nach sich. So verbessern wir den Zugang zu innerstädtischen Flächen für Wohnprojekte, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Vorhaben und dämpfen Bodenspekulation ein. Eine progressive Staffelung entlastet dort, wo sie gebraucht wird und stärkt eine demokratische Stadtentwicklung.

Öffentliche Finanzen nachhaltig anlegen

Von Finanzinstituten wie der Postbank und der Landesbank, die weiterhin in Kohlekraft oder

Rüstungsindustrie investieren, trennen wir uns und wechseln zu sozial-ökologischen Banken. Die Finanzflüsse des Landes müssen konsequent an den Klimazielen ausgerichtet werden.

Berlinweiten Bürger:innenhaushalt nach Pariser Vorbild einführen

Wir führen einen berlinweiten Bürger:innenhaushalt ein. Projekte werden von Einwohner:innen eingereicht, von der Verwaltung auf Umsetzbarkeit und Zuständigkeit geprüft und anschließend stadtweit oder bezirklich online und vor Ort zur Abstimmung gestellt. In Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg funktioniert dieses Modell bereits erfolgreich. Wir werden es auf ganz Berlin ausweiten.

10. INNERE SICHERHEIT UND JUSTIZ

Innere Sicherheit ist mehr als Polizeipräsenz und Strafverfolgung. Sie entsteht dort, wo Menschen in stabilen sozialen Verhältnissen leben, wo öffentliche Räume funktionieren und wo staatliche Institutionen vertrauenswürdig handeln. Anlasslose Kontrollen, biometrische Überwachung und ein Strafrecht, das Armut bestraft, schaffen keine Sicherheit, sie untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. Gleichzeitig braucht es wirksame Instrumente gegen organisierte Kriminalität und Extremismus, die Grundrechte achten und demokratisch kontrolliert werden.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht innere Sicherheit als gesellschaftliche Aufgabe, die Prävention, soziale Stabilität und einen handlungsfähigen Rechtsstaat gleichermaßen erfordert. Überwachung ist kein Ersatz für gute Sozialpolitik. Und ein Sicherheitsapparat, der selbst zum Risiko für Grundrechte wird, verfehlt seinen Auftrag.

Wir werden das polizeiliche Handeln kontrollieren und die digitale Überwachung begrenzen, um die Grundrechte der Menschen zu schützen. Den Verfassungsschutz reformieren wir grundlegend und bekämpfen Extremismus konsequent. Unsere Kriminalpolitik richten wir präventiv aus. Lebensräume gestalten wir so, dass Konflikte gar nicht erst entstehen. Zusätzlich setzen wir auf die Förderung psychischer Gesundheit, um Eskalationen zu verhindern. Konflikte sollen vorrangig durch Mediation und Dialog gelöst werden.

10.1 Polizei

Digitale Überwachung begrenzen und Grundrechte schützen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) stellt sich entschieden gegen die Ausweitung von Überwachung. Die Digitalisierung der Polizei werden wir so gestalten, dass sie der Transparenz, Effizienz und Nachvollziehbarkeit dient. Biometrische Überwachungssysteme wie Gesichtserkennung im öffentlichen Raum lehnen wir ab, da sie Grundrechte gefährden. Bodycams

kommen nur bei Zwangsmaßnahmen zum Einsatz, unterliegen strengen Datenschutzvorgaben und verbindlichen Löschfristen. In privaten Wohnräumen sollen sie ausgeschlossen sein, eine automatische Aktivierung ist ausschließlich beim Gebrauch der Dienstwaffe zulässig. Online-Durchsuchungen und Quellen-Telekommunikationsüberwachung werden ausgeschlossen. Der Drohneinsatz erfolgt ausschließlich innerhalb klarer gesetzlicher Grenzen und unterliegt unabhängiger Datenschutzkontrolle. Statt anlassloser Vorratsdatenspeicherung wird das Quick-Freeze-Verfahren angewendet. Daten dürfen demnach nur bei konkretem Verdacht und nach richterlicher Anordnung gesichert werden.

Polizeiliches Handeln kontrollieren

Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle sowie ein:e Polizeibeauftragte:r sollen transparente Anlaufstellen für Bürger:innen schaffen. Ein Quittungssystem nach Polizeieinsätzen sorgt für Nachvollziehbarkeit und Kontrolle polizeilichen Handelns. Anlasslose Kontrollen werden wir beenden, denn polizeiliche Maßnahmen müssen stets begründet, verhältnismäßig und rechtlich überprüfbar sein. Schmerzgriffe und unverhältnismäßige Gewaltmittel werden wir verbieten, da sie ein hohes Verletzungsrisiko bergen und Eskalationen begünstigen. Die demokratische Kontrolle über Polizei und Sicherheitsbehörden werden wir ausbauen. Regelmäßige Rotation und Kontrolle in sensiblen Einheiten wie Staatsschutz oder Spezialeinsatzkommandos beugen Machtmissbrauch vor. Außerhalb des Dienstes werden wir das Tragen privater Waffen durch Polizist:innen nicht erlauben.

Niedrigschwellige Anlaufstellen und diskriminierungsfreie Polizeiarbeit stärken

Gleiche Rechtssicherheit muss in allen Stadtteilen und für alle sozialen Gruppen gelten. Diskriminierende Unterschiede in der Polizeipraxis werden wir abbauen. Dezentrale Polizeistationen, insbesondere in Außenbezirken, müssen ausgebaut werden. Quartierspolizist:innen sorgen durch sichtbare Präsenz und präventive Arbeit für Vertrauen und Ansprechbarkeit im Wohnumfeld. Sogenanntes „Community Policing“ fördert den dauerhaften Austausch zwischen Poli-

zei, Bürger:innen und marginalisierten Gruppen. Fuß- und Fahrradstreifen erhöhen Sichtbarkeit und Erreichbarkeit im Alltag. Mehr Diversität innerhalb der Polizei, insbesondere durch Frauen, queere Menschen und Personen mit Migrationsgeschichte, fördert Vertrauen und verbessert die gesellschaftliche Repräsentation. Rassistischen und extremistischen Strukturen innerhalb der Polizei werden wir aktiv entgegentreten. Kriseninterventionsteams unterstützen oder übernehmen Einsätze bei sozialen und psychischen Notlagen, um Gewalt zu vermeiden.

10.2 Feuerwehr

Feuerwehr als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht die Feuerwehr als unverzichtbaren Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Menschen, Tiere und die Umwelt schützt. Wir werden die digitale Vernetzung der Leitstellen von Feuerwehr und Polizei technisch und organisatorisch angleichen, damit Informationen schneller ausgetauscht und Einsätze besser koordiniert werden können. Nachhaltige Investitionen in Ausbildung und Ausrüstung sollen einen wirksamen Schutz gewährleisten. So stärken wir eine zentrale Säule der öffentlichen Sicherheit.

10.3 Verfassungsschutz

Extremismus konsequent bekämpfen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) bekennt sich uneingeschränkt zu Demokratie, Menschenrechten und einer freiheitlichen Gesellschaft. Jede Form von Extremismus, egal ob politisch, religiös oder ideologisch motiviert, lehnen wir entschieden ab. Gleichzeitig darf staatliche Sicherheitspolitik selbst kein Risiko für Freiheit, Transparenz und Grundrechte darstellen. Extremistische Bestrebungen werden wir konsequent und unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung bekämpfen. Dabei muss jedes staatliche Handeln strikt rechtsstaatlich, demokratisch legitimiert und überprüfbar erfolgen. Finanzströme, die extremistische Gruppierungen unterstützen, werden wir wirksam kontrollie-

ren. Gleichzeitig müssen zivilgesellschaftliche Strukturen zur Prävention, politischen Bildung und Opferberatung gezielt gestärkt werden.

Verfassungsschutz grundlegend reformieren

Den Verfassungsschutz werden wir grundlegend reformieren. Er muss transparent, unter stärkerer parlamentarischer Kontrolle und ethisch überprüfbar sein. Geheimdienstliche Kompetenzen werden wir klar begrenzen. Ein unabhängiges Ethik-Gremium wird die Arbeit dauerhaft begleiten. Mitarbeitende erhalten umfassenden Whistleblower-Schutz. Der Einsatz verdeckter Informant:innen in politischen Parteien, Vereinen oder zivilgesellschaftlichen Bewegungen darf nur in eng begrenzten sicherheitsrelevanten Ausnahmefällen, nach richterlicher Genehmigung und unter parlamentarischer Kontrolle zulässig sein. Bestehende Einsätze werden offengelegt und missbräuchliche Maßnahmen rechtlich aufgearbeitet. Das Informationsfreiheitsgesetz werden wir in angepasster Form auf den Berliner Verfassungsschutz anwenden. Bürger:innen und Organisationen, die auf Transparenz staatlichen Handelns bestehen, werden unterstützt. Werden Auskünfte verweigert oder Informationen zurückgehalten, ermöglichen und fördern wir strategische Klagen.

Informationelle Selbstbestimmung schützen

Freiheit, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung sind Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft. Flächendeckende Überwachung der Bevölkerung lehnen wir ab. Vorratsdatenspeicherung, automatisierte algorithmische Überwachung, umfassende Telekommunikationsüberwachung sowie satellitengestützte Erfassung personenbezogener Daten werden wir verbieten oder strikt auf das absolut notwendige Maß begrenzen.

10.4 Überwachung

Videoüberwachung im öffentlichen Raum ablehnen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) lehnt Videoüberwachung im öffentlichen Raum und Vorratsdatenspeicherung

grundsätzlich ab, da sie die Privatsphäre einschränken, Misstrauen erzeugen und einen hohen Energieverbrauch haben. Überwachungstechnologien aus Drittstaaten, die gegen europäische Datenschutzstandards verstoßen, werden wir einschränken oder untersagen. Automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum schließen wir aus. Biometrische Identifikation wird nur in eng begrenzten Ausnahmefällen und ausschließlich mit richterlicher Genehmigung zulässig sein. Bei der Entwicklung von Smart-City-Technologien werden wir sicherstellen, dass keine verdeckte oder flächendeckende Überwachung entsteht. Kinder und Jugendliche werden wir vor kommerzieller Überwachung, Tracking und Manipulation schützen. Gleichzeitig untersagen wir die Profilbildung von Minderjährigen vollständig.

Drohneneinsatz streng regulieren

Den Einsatz von Drohnen werden wir streng rechtsstaatlich regulieren. Drohnen und Sensoren zur Umweltbeobachtung dürfen nicht unbegrenzt eingesetzt werden. In Tier- und Naturschutzgebieten müssen klare Schutzgrenzen gelten. Überwachungstechnologien zu Umweltzwecken werden ausschließlich in demokratisch legitimierte und transparente Kontrollmechanismen eingebunden. Behörden müssen regelmäßig Transparenzberichte über Umfang, Zweck und rechtliche Grundlage von Drohnen- und Überwachungsmaßnahmen veröffentlichen. Unabhängige Kontrollinstanzen sollen staatliche und polizeiliche Einsätze prüfen und Missbrauch verhindern. Tiere dürfen durch Überwachungsmaßnahmen weder in ihrem Verhalten noch in ihrem Lebensraum beeinträchtigt werden. Künstliche Beleuchtung, Kameras oder Sensoren in Rückzugsräumen werden wir untersagen, wenn sie Stress oder Störungen verursachen.

KI-Einsatz verantwortungsvoll regeln

Personenbezogene Daten dürfen nur innerhalb der EU gespeichert werden. DNA- und Gesundheitsdaten begrenzen wir strikt auf medizinische oder wissenschaftliche Zwecke unter strengem Datenschutz. Die Verwendung genetischer Daten zu kommerziellen, polizeilichen oder Überwachungszwecken werden wir untersagen. Gemeinwohlorientierte digitale Infrastrukturen wie Open

Source Lösungen, Open Data und öffentliche Cloud-Alternativen müssen gefördert werden. Wir setzen uns für die Reduzierung digitaler Abhängigkeiten von großen Technologiekonzernen ein, um digitale Souveränität zu erreichen. Intransparente, diskriminierende oder unkontrollierte KI-Systeme werden wir wirksam begrenzen. Der Einsatz von KI in Verwaltung, Polizei und Justiz darf ausschließlich unter klarer menschlicher Aufsicht erfolgen. Alle KI-Systeme müssen nachvollziehbar, überprüfbar und ethisch verantwortlich sein. Für Algorithmen wird eine verbindliche Transparenzpflicht gelten. Automatisierte Bewertungssysteme wie Social Scoring oder Risikoprofile sowie KI-gestützte Verhaltensanalyse im öffentlichen Raum schließen wir aus.

10.5 Kriminalität

Kriminalpolitik präventiv ausrichten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Kriminalpolitik als Teil einer umfassenden Sozial- und Präventionspolitik. Sicherheit entsteht nicht durch Härte oder Ausgrenzung, sondern durch soziale Stabilität, Teilhabe, Bildung und einen funktionierenden Rechtsstaat. Ziel ist es, die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen, nicht nur ihre Symptome.

Justiz sozial gerecht gestalten

Bagatelldelikte wie das Fahren ohne gültigen Fahrschein werden wir entkriminalisieren. Die Ersatzfreiheitsstrafe schaffen wir ab, da Armut kein Straftatbestand ist. So werden Polizei und Justiz entlastet und können sich auf schwere Straftaten konzentrieren. Strafverfahren bei Alltagskriminalität müssen zügig und rechtsstaatlich geführt werden. Der Zugang zum Rechtssystem muss unabhängig vom Einkommen gewährleistet sein. Beratungsangebote, Prozesskostenhilfe und faire Pflichtverteidigungsmodelle sichern gleiche Rechte für alle.

Konfliktlösung durch Mediation und Dialog stärken

Mediation, Gemeinwesenarbeit und zivilgesellschaftliche Beteiligung bieten Alternativen zur strafzentrierten Konfliktbearbeitung. Bei Nachbarschafts-, Jugend- und Alltagskonflikten stellen wir dialogorientierte Lösungen in den Vorder-

grund. Der Täter-Opfer-Ausgleich, ein Verfahren, bei dem Verantwortung, Wiedergutmachung und Verständigung im Mittelpunkt stehen, werden wir ausbauen, um Opfer aktiv einzubeziehen und nachhaltige Konfliktlösungen zu schaffen. Diese Ansätze entlasten Gerichte und stärken die Rechte der Betroffenen.

Organisierte Kriminalität gezielt bekämpfen

Organisierte Kriminalität werden wir entschieden bekämpfen, ohne ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen. Herkunft oder familiäre Zugehörigkeit dürfen nicht Grundlage staatlichen Handelns sein. Den Schwerpunkt legen wir auf die Zerschlagung illegaler Finanz- und Vermögensstrukturen sowie auf Bildungs-, Integrations- und Ausstiegsangebote. Ein Immobilien- und Vermögensregister wird Transparenz schaffen und ein wirksames Instrument gegen Geldwäsche sein.

Kriminalprävention durch Stadtgestaltung und psychische Gesundheit fördern

Kriminalprävention ist eine zentrale kommunale Aufgabe. Lebensräume müssen so gestaltet werden, dass Konflikte gar nicht erst entstehen. Gute Stadtplanung, sichere öffentliche Räume, soziale Infrastruktur, Quartiersarbeit und Jugendangebote fördern Sicherheit nachhaltig. Durch den Ausbau des Modells der Nachtbürgermeister:innen sollen Konflikte zwischen Anwohnenden, Kommunen und der Kulturszene frühzeitig moderiert werden. Auch ist die psychische Gesundheit ein zentraler Bestandteil wirksamer Kriminalprävention. Frühzeitige Unterstützung bei psychischen Belastungen verhindert Eskalationen. Sozialtherapeutische Angebote im Straf- und Maßregelvollzug fördern Resozialisierung und senken Rückfallquoten.

Digitale Sicherheit ausbauen

Wir werden den Schutz vor Cyberkriminalität insbesondere durch spezialisierte Einheiten und eine höhere staatliche IT-Kompetenz ausbauen. Sicherheit im digitalen Raum darf dabei nicht auf Kosten von Datenschutz und Freiheitsrechten erreicht werden.

11. VERWALTUNG UND DIGITALISIERUNG

Verwaltung und Digitalisierung stehen mit dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel, steigenden Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit sowie der ökologischen Verantwortung des öffentlichen Sektors vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig warten Berliner:innen oft wochenlang auf einen Behördentermin, Senat und Bezirke arbeiten zu oft aneinander vorbei und IT-Systeme sind veraltet. Tierschutzverstöße bleiben mangels Personal in den Veterinärämtern zu häufig ohne Konsequenzen. Eine Verwaltung, die nicht funktioniert, untergräbt das Vertrauen in den Staat und belastet besonders diejenigen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Verwaltungsreform und Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Tierschutz. Eine leistungsfähige, barrierefreie, transparente und bürger:innennahe Verwaltung ist kein Luxus, sondern Grundlage dafür, dass politische Entscheidungen tatsächlich wirken.

Wir werden die Verwaltung grundlegend reformieren und transparenter gestalten. Die Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken werden wir stärken, während Zuständigkeiten klar verteilt sein müssen und Bezirke mehr Entscheidungskompetenzen bekommen. Die Verwaltung muss schnell, aber sicher digitalisiert werden und dabei auf deutsche oder zumindest europäische Lösungen setzen, um digitale Souveränität herzustellen. Berlin werden wir in eine digital-nachhaltige Modellstadt verwandeln. Den Berliner Katastrophenschutz werden wir auf wissenschaftlicher und ethischer Basis modernisieren, um Berliner:innen und Tiere im Ernstfall zu schützen. Den Tierschutz in der Verwaltung stärken wir durch eine unabhängige Landestierschutzbeauftragte mit klaren Befugnissen und mehr Amtstierärzt:innen.

11.1 Verwaltungsreform

Verwaltungsreform als politische Priorität verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, der Verwaltungsreform deutlich höhere Priorität einzuräumen – organisatorisch, finanziell und politisch. Bürokratische Prozesse werden durch personelle Aufstockung und effizientere Abläufe verkürzt. Alle Berliner:innen sollen innerhalb von 14 Tagen einen Termin in einem Bürgeramt ihrer Wahl erhalten können. Reform bedeutet dabei nicht nur, neue Gesetze zu schaffen, sondern auch veraltete, überflüssige und widersprüchliche Regelungen abzuschaffen. Der bestehende Rechtsrahmen wird systematisch auf den Prüfstand gestellt.

Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken stärken

Die Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken werden wir durch eine klare Aufgabenverteilung und vereinfachte Verwaltungsabläufe stärken. Da die Bezirke häufig näher an den Problemen der Menschen vor Ort sind, werden Schwerpunktsetzungen durch die Bezirke erleichtert und Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen erhalten mehr Rechtswirkung.

Transparente Verwaltung schaffen

Die Verwaltung muss für die Menschen da sein, nicht andersherum. Deshalb werden wir Entscheidungsprozesse nachvollziehbar gestalten und alle dafür notwendigen Informationen öffentlich zugänglich machen. Über ein Portal sollen Informationen landeseigener Unternehmen öffentlich einsehbar sein. Verträge ab 100.000 Euro zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und der Privatwirtschaft müssen dort gebührenfrei nachzulesen sein. Bestehende Berichte über gesellschaftliche, ökologische und soziale Parameter (wie z. B. der sogenannte „Armutsbericht“) werden zusammengeführt, interdisziplinär ausgewertet und entsprechende Handlungsfelder identifiziert.

11.2 Verwaltungsdigitalisierung

Digitalisierung von innen heraus gestalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) lehnt die Einrichtung einer eigenen Senatsverwaltung für Verwaltungsdigitalisierung

ab. Veränderung kann nicht wirksam von einer außenstehenden Einheit verordnet werden. Sie muss aus der Verwaltung selbst heraus erfolgen. Es braucht eine klare, übergeordnete Steuerung der Verwaltungsmodernisierung mit verbindlichen Standards und Zielvorgaben für alle Verwaltungseinheiten. Die digitale Vernetzung aller Verwaltungsebenen, von den Senatsverwaltungen bis zu den Bezirken, ist dabei unverzichtbar, um durch einfachen Datenaustausch den Aufwand auf Seiten der Bürger:innen zu reduzieren. Zentrale Rahmenverträge mit externen Dienstleistern sollen von allen Behörden genutzt werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Gleichzeitig setzen wir auf Inhouse-Kompetenzen, um Kosten zu senken, Wissen zu sichern und Fluktuation zu verringern. Digitalisierung muss auf allen Führungsebenen als Chance begriffen werden, nicht als Bedrohung.

Digitale Souveränität und sichere IT-Infrastruktur aufbauen

Digitale Verwaltung muss souverän, sicher und gemeinwohlorientiert sein. Wir bevorzugen deutsche und europäische IT-Lösungen, um Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern zu minimieren. Daher lehnen wir ein Angebot von PayPal als Zahlungsmittel ab und prüfen die Einführung einer europäischen Alternative wie z. B. Wero. Open Source Software werden wir bevorzugt einsetzen. Eigene oder gemeinsam betriebene Lösungen werden, wo sinnvoll, entwickelt. Dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) werden wir die notwendigen Mittel und Kompetenzen bereitstellen. Eigenentwicklungen werden stets nach dem Grundsatz „Public Money, Public Code“ als Open Source zur Verfügung gestellt. Bewährte digitale Lösungen aus anderen Bundesländern oder Kommunen werden auf ihre Übertragbarkeit geprüft. Adaptieren statt neu entwickeln spart Ressourcen, Zeit und Steuergelder. Datenschutz und IT-Sicherheit müssen höchste Priorität haben. Besonders im Bereich Cybersicherheit stellen wir sicher, dass die Verwaltung immer handlungsfähig bleibt. Hardwarebestände und Daten werden mit Backups und redundanter Infrastruktur nach modernsten Standards geschützt. Investitionen in Digitalisierung werden von Anfang an als langfristige Aufgabe geplant, inklusive regelmäßiger Wartung und Weiterentwicklung.

Digitalisierung ökologisch denken

Digitalisierung wird genutzt, um Prozesse zu vereinfachen und Ressourcen zu sparen. Ressourcenschonung und Umweltschutz sind Querschnittsaufgaben, insbesondere bei der nachhaltigen Beschaffung und dem Betrieb von Hard- und Software. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz erfolgt ausschließlich nach sorgfältiger Prüfung der Auswirkungen auf Datenschutz, Umwelt, Kosten und gesellschaftliche Folgen. Automatisierte Einzelentscheidungen mit verbindlicher Wirkung für Betroffene lehnen wir ab.

Bürger:innennahe digitale Services entwickeln

Alle Verwaltungsleistungen werden, wo möglich, digital verfügbar gemacht – priorisiert nach den am häufigsten genutzten Dienstleistungen. Verbindliche Standards gelten dabei für barrierefreies und nutzer:innenfreundliches Design, ein mehrsprachiges Angebot und für mobile Nutzung optimierte Webseiten. Alle neuen Prozesse werden von Beginn an digital gedacht. Das E-Government-Gesetz wird endlich konsequent umgesetzt. Chatbots in der Verwaltung lehnen wir ab. Services für Menschen müssen von Menschen kommen. Ergänzend setzen wir auf mobile Bürgeramts-Einheiten, insbesondere für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, wo digitale Angebote einen persönlichen Zugang nicht ersetzen können.

11.3 Digital-nachhaltige Modellstadt

Berlin als digitale und ökologisch nachhaltige Modellstadt etablieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass Berlin beim Thema Digitalisierung eine Vorreiterrolle bei ökologischer Nachhaltigkeit übernimmt und als Musterbeispiel für andere Städte fungiert. Grundlage dafür ist die Weiterführung der Förderung des Glasfaserausbaus, auch in weniger dicht besiedelten Gebieten. Das Projekt „Free Wifi Berlin“ wird wiederaufgenommen, mit dem Ziel, kostenlose, öffentlich verfügbare WLAN-Netzwerke an sinnvollen Hotspots auszubauen, insbesondere in und an öffentlichen Gebäuden.

Datenzentren ökologisch einbinden und Abhängigkeiten reduzieren

Für die Berliner Verwaltung werden wir datenschutzorientierte und energieeffiziente Rechenzentren aufbauen, die Unabhängigkeit von außereuropäischen Anbietern schaffen. Bestehende und neu geplante Datenzentren werden wir in den Wärmekreislauf der Stadt einbinden, um Abwärme zu nutzen. Die Rebound-Effekte von Digitalisierungsmaßnahmen, also unbeabsichtigte Mehrverbräuche durch Effizienzgewinne, werden eng überwacht. Die Anschaffung und der Betrieb digitaler Endgeräte aus nachhaltiger Produktion wird gefördert. Wiederaufbereiteten Geräten wird dabei der Vorrang vor Neukäufen gegeben.

11.4 Katastrophenschutz und Krisenvorsorge

Modernen Katastrophenschutz auf wissenschaftlicher und ethischer Basis aufbauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass Berlin seine Bürger:innen wirksam schützt. Hierfür braucht Berlin einen modernen Katastrophenschutz auf wissenschaftlicher und ethischer Basis. Dazu gehören Schutzräume gegen Hitze, digitale und analoge Gefahrenwarnung, Wasser- und Nahrungsvorräte für den Ernstfall sowie klare Notfall- und Stufenpläne für Pandemien. Erste-Hilfe-Kurse werden wir kostenfrei für alle anbieten. Regelmäßige gemeinsame Übungen mit allen beteiligten Akteur:innen erproben und stärken das Zusammenspiel der Behörden. Dafür muss klar definiert werden, welche kritischen Infrastrukturen es zu schützen gilt und wie der aktuelle Schutzstatus ist. Dabei werden wir die Zusammenarbeit mit dem Bund verstärken.

Vorfälle am Berliner Stromnetz aufarbeiten und Schutzmaßnahmen aktualisieren

Angesichts der Brandanschläge auf das Berliner Stromnetz im September 2025 und Januar 2026 werden wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, um die Vorfälle aufzuarbeiten und Handlungsfelder zu identifizieren. Dabei werden Perspektiven aller relevanten Gruppen wie Bürger:innen, Politik, THW, ehrenamtliche Helfer:innen, Polizei, Feuerwehr und Netzbetreiber einbezogen. Bestehende Kata-

strophenschutzpläne werden entsprechend aktualisiert. Wir sorgen dafür, dass alle Katastrophenschutz-Leuchttürme dauerhaft betriebsbereit sind.

11.5 Tierschutz in der Verwaltung

Unabhängige Landestierschutzbeauftragte wieder einstellen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für die Wiedereinstellung einer unabhängigen, rechtlich abgesicherten, Landestierschutzbeauftragten mit klaren Befugnissen ein. Sie muss weisungsfrei, unabhängig und mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sein. Ihre Aufgabe ist es, Missstände offen zu benennen, wissenschaftlich fundierte Alternativen zu tierschutzwidrigen Praktiken aufzuzeigen und sich konsequent für den Schutz aller Tiere einzusetzen. Öffentlichkeitsarbeit und kritische Stellungnahmen dürfen dabei nicht sanktioniert werden. Ein wirksamer Tierschutz braucht eine starke, unabhängige Stimme auf Landesebene.

Kontrollen und Sanktionen im Tierschutz verschärfen

Verstöße gegen das Tierschutzgesetz werden wir konsequenter ahnden und höher bestrafen. Häufig scheitert die Umsetzung von Tierschutzvorgaben an überlasteten Veterinärämtern. Wir setzen deshalb deutlich mehr Amtstierärzt:innen ein, erhöhen die Kontrollfrequenz und stellen sicher, dass das Tierschutzgesetz im Mittelpunkt der Ausbildung und Arbeit von Amtstierärzt:innen steht. Ordnungsämter werden wir für Tierschutzkontrollen fortbilden und personell aufstocken.

Tierschutzverbandsklagerecht stärken

Das Berliner Tierschutzverbandsklagerecht schließt eine grundlegende Lücke im Rechtsschutz. Tierschutzorganisationen können stellvertretend für Tiere auf die Einhaltung des Tierschutzrechts klagen. Das Gesetz gewährleistet Transparenz, stärkt die Kontrolle behördlicher Entscheidungen und macht den verfassungsrechtlichen Auftrag zum Tierschutz praktisch wirksam. Wir bekennen uns ausdrücklich zur bestehenden Ausgestaltung des Verbandsklagerechts und stellen sicher, dass dessen Anwendung verlässlich funktioniert.

12. KULTUR UND SPORT

Kultur und Sport prägen unseren Alltag, unser Zusammenleben und ermöglichen Austausch. In einer vielfältigen Stadt wie Berlin sind sie ein zentraler Bestandteil demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gleichzeitig stehen viele kulturelle Angebote und Kulturschaffende unter Druck. Clubs und freie Kulturräume kämpfen gegen Verdrängung, ökologische Standards fehlen in vielen Einrichtungen, kulturelle Teilhabe hängt nach wie vor zu oft vom Einkommen ab und Kulturschaffende arbeiten häufig unter prekären Bedingungen. Auch Sportangebote sind nicht in allen Bezirken gleichermaßen barrierefrei zugänglich.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Kultur als öffentliches Gut und Sport als Ort der Begegnung und Teilhabe. Beides muss allen Menschen offenstehen, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder körperlichen Voraussetzungen. Kulturpolitik darf sich nicht auf wenige Leuchttürme beschränken, sondern muss die gesamte Breite des kulturellen Lebens stärken und dabei ökologische Verantwortung übernehmen.

Wir werden die Berliner Kultur für alle zugänglich, ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und kulturell vielfältig gestalten. Berlins Kulturräume werden rechtlich gestärkt und langfristig gefördert. Kunst im öffentlichen Raum wird fester Bestandteil eines lebendigen Stadtbildes. Den Tourismus gestalten wir ökologisch verantwortungsvoll und sorgen für eine gleichmäßige Verteilung über die Stadt. Den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk reformieren wir grundlegend. Sport machen wir für alle Berliner:innen barrierefrei zugänglich. Eine Bewerbung Berlins für die Ausrichtung der Olympischen Spiele lehnen wir ab.

12.1 Kultur

Kulturelle Teilhabe sozial absichern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Kultur als öffentliches Gut, das allen Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter oder Behinderung offenstehen muss. Wir werden bauliche, digitale und

soziale Barrieren abbauen. Bibliotheken werden als niedrigschwellige Kultur- und Bildungsorte modernisiert, digital ausgebaut und vollständig barrierefrei gestaltet. Digitale Angebote wie virtuelle Rundgänge, offene Archive oder frei zugängliche Mediatheken erweitern kulturelle Teilhabe über räumliche Grenzen hinaus. Bestehende Instrumente, wie den BuT-Pass, Kulturgutscheine und eintrittsfreie Tage, bauen wir aus und entwickeln sie weiter.

Kulturelle Bildung ausbauen

Kultur wird fester Bestandteil des schulischen und außerschulischen Bildungswesens. Wir sichern die dauerhafte Förderung von Workshops, Theater- und Musikprojekten sowie Kooperationen zwischen Schulen und lokalen Kultureinrichtungen. Öffentlich geförderte Kultur begreift Menschen nicht nur als Publikum, sondern als Mitgestaltende. Partizipative, emanzipatorische und inklusive Projekte erhalten besondere Unterstützung. Kulturpolitik muss aktivierend wirken und gesellschaftliche Debatten begleiten.

Kulturelle Verantwortung für Umwelt und Tierethik stärken

Der Umgang mit Tieren sowie die Klima- und Umweltkrise gehören zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit und müssen sich auch in der Kulturpolitik widerspiegeln. Kunst- und Kulturprojekte, die sich mit Tierethik, Nachhaltigkeit und ökologischer Transformation auseinandersetzen, werden in der Berliner Kulturförderung gezielt unterstützt. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen bauen klimafreundliche Betriebsstandards aus und setzen nachhaltige Konzepte um. Dazu gehört auch die Förderung veganer Speiseangebote in Kulturstätten und Veranstaltungsorten.

Kreative Räume ausbauen und faire Bedingungen schaffen

Eine lebendige Kulturlandschaft braucht Räume, Planungssicherheit und soziale Stabilität. Wir stellen mehr Proberäume, Ateliers, Werkstätten und Projekträume zur Verfügung. Leerstehende Immobilien im Landesbesitz werden zügig und transparent für kulturelle Zwischennutzungen geöffnet, wobei langfristige Perspektiven für die Projektträger gewährleistet werden. Gleichzeitig setzen wir uns für faire Honorare, verbindliche

Mindeststandards bei öffentlich geförderten Projekten und einen verbesserten Zugang zu sozialen Sicherungssystemen für Kulturschaffende ein. Leitungs- und Programmentscheidungen in öffentlich finanzierten Kulturinstitutionen müssen transparent, divers und partizipativ erfolgen. Die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft muss sich in Gremien, Programmen und Führungsstrukturen widerspiegeln.

Kulturelle Vielfalt feiern und ökologisch gestalten

Veranstaltungen, wie der Karneval der Kulturen oder die Fête de la Musique, stehen für Offenheit, Begegnung und gelebte Demokratie. Wir setzen uns für ihre langfristige öffentliche Förderung ein, auch jenseits kommerzieller Interessen. Gleichzeitig müssen klare ökologische Standards für Großveranstaltungen gelten. Mehrwegverpflegung, vegane Angebote, emissionsarme Mobilität und klimabewusste Veranstaltungsplanung werden wir verbindlich machen. Öffentliche Beratungs- und Förderangebote unterstützen Kultureinrichtungen bei der ökologischen Transformation, insbesondere kleine und freie Kultureinrichtungen, die bislang kaum Zugang zu entsprechender Expertise oder finanziellen Ressourcen haben. Die landeseigene Film- und Festivalförderung wird mit vereinfachten Antragsverfahren sowie einer aktiven Förderung von Diversität, Barrierefreiheit und nachhaltiger Produktion gerechter ausgestaltet.

Aktive Erinnerungskultur fördern

Wir setzen uns für eine vielfältige, kritische Auseinandersetzung mit Geschichte ein, insbesondere mit der NS-Zeit, dem DDR-Unrecht und kolonialer Gewalt. Die Kooperation zwischen Schulen und Gedenkstätten wird ausgebaut. Projektwochen, Zeitzeug:innen-Gespräche und digitale Lernformate werden langfristig gesichert und finanziell unterstützt. Dezentrale Formen des Erinnerns stärken wir gezielt, etwa durch Kiez-Gedenkprojekte, digitale Stadtrundgänge und die öffentliche Kontextualisierung historischer Orte. Dabei sind Straßennamen und Denkmäler kritisch zu prüfen. Theater, Film, Literatur und Performance können historische Zusammenhänge neu erfahrbar machen. Wir fördern gezielt Projekte, die Erinnerung intersektional, inklusiv und zukunftsorientiert denken.

Kulturgüter gerecht zurückführen

Die Rückgabe unrechtmäßig erworbener Kulturgüter, insbesondere aus kolonialen Kontexten, ist ein Akt kultureller Gerechtigkeit. Berlin trägt als Kulturmetropole besondere Verantwortung. Wir setzen uns für eine konsequente, transparente und gut ausgestattete Restitutionspraxis ein. Die Museen und Sammlungen des Landes werden systematisch auf problematische Bestände überprüft, arbeiten kooperativ mit Herkunftsgesellschaften zusammen und ermöglichen Rückgaben zügig.

Vielfalt der Herkunftskulturen sichtbar machen

Kulturelle Vielfalt ist ein unverzichtbarer Bestandteil Berlins. Postmigrantische und diasporische Communities sowie jüdische und muslimische Kultur prägen das kulturelle Leben der Stadt. Wir setzen uns für eine gezielte öffentliche Förderung in Museen, Theatern, Festivals und Bildungsprojekten ein, um diese Kulturen sichtbarer zu machen und ihnen mehr Raum zur freien und sicheren Entfaltung zu geben.

12.2 Kulturräume

Clubs rechtlich als Kulturorte gleichstellen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Clubs mit Theatern, Konzerthäusern und soziokulturellen Zentren ein. Baurechtlich werden wir Clubs als Kulturorte anerkennen und vor Verdrängung durch Bebauung oder restriktive Lärmschutzregelungen schützen. Das Land Berlin muss seine rechtlichen Spielräume konsequent für eine clubfreundliche Stadtentwicklungspolitik nutzen. Clubs, die soziale Teilhabe ermöglichen, Nachwuchskünstler:innen fördern und kulturelle Vielfalt sichtbar machen, leisten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Gemeinwohl. Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass Berlin sich für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts stark macht, durch die kulturell relevante Musikspielstätten als gemeinnützig anerkannt werden können. Unabhängig davon werden wir gemeinwohlorientierte Clubs durch landeseigene Förderprogramme strukturell unterstützen.

Open-Air-Kultur im Einklang mit Mensch, Tier und Umwelt sichern

Open-Air-Locations sind ein wichtiger Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft. Wir setzen uns für ihren langfristigen Erhalt ein, gegebenenfalls durch eine Anpassung der Lärmschutzverordnung im Rahmen landesrechtlicher Spielräume. Konflikte mit Anwohnenden werden nicht konfrontativ, sondern durch verbindliche, kompromissorientierte Mediation gelöst. Gleichzeitig tragen wir dem Ruhebedürfnis von Mensch und Tier Rechnung. Moderne Lärmschutzvorrichtungen, die mit luftfilternden und frostresistenten Pflanzen begrünt werden, sollen Lärmschutz mit Klimaanpassung und ökologischer Stadtgestaltung verbinden.

Langfristige Grundförderung für kulturelle Räume sichern

Kulturelle Räume dürfen nicht von kurzfristigen Projektmitteln abhängen. Wir setzen uns für eine langfristige, vertraglich gesicherte Grundförderung ein, auch für kleine Bühnen, Clubs und selbstverwaltete Häuser. Mehrjährige Fördervereinbarungen gewährleisten Planungssicherheit und stabilisieren Personalstrukturen.

Öffentliche Liegenschaften für Kultur öffnen

Un- oder untergenutzte öffentliche Gebäude werden wir für kulturelle Zwecke auch außerhalb üblicher Öffnungszeiten öffnen. Dazu zählen Ausstellungen, Proberäume, Lesekreise als auch Jugendkulturprojekte. Ein transparentes Online-Register landeseigener Immobilien erleichtert kulturelle Zwischennutzungen und baut bürokratische Hürden ab.

Kulturstätten ökologisch umbauen, statt abreißen

Wir schaffen spezielle Beratungs- und Förderprogramme für Kulturbetriebe, die auf erneuerbare Energien, nachhaltige Baustoffe und klimaschonende Betriebsmodelle umstellen. Der Abriss historischer Kulturorte ist nicht nur ein Verlust an Geschichte, sondern auch ökologisch nicht vertretbar. Sanierung hat Vorrang vor Neubau. Bei Modernisierungen müssen ökologische Standards verbindlich berücksichtigt werden, von Dämmung über Energieversorgung bis zur Begrünung von Fassaden und Außenflächen.

Kostenlose Museumssonntage wieder einführen

Wir setzen uns für die Wiedereinführung und dauerhafte Finanzierung des kostenlosen Museumssonntags als festen Bestandteil kultureller Teilhabe ein.

12.3 Kunst

Street Art als Kunstform anerkennen und fördern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass künstlerische Ausdrucksformen im öffentlichen Raum erlaubt und geschützt werden. Wir bauen legale Graffitiwände aus, erhalten urbane Kunstorte und bauen repressive Regelungen gegenüber nichtkommerzieller Street Art ab.

Zivilgesellschaftlich organisierte Kunstformate langfristig sichern

Zivilgesellschaftlich organisierte Kunst- und Bildungsveranstaltungen brauchen langfristige Förderung, unabhängig vom politischen Klima oder Sponsor:inneninteressen.

12.4 Tourismus

Tourismus klimaverträglich ausrichten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für eine Tourismuspolitik ein, die ökologische Aspekte in den Mittelpunkt stellt und nicht allein wirtschaftliche Wachstumszahlen. Reisen darf nicht losgelöst von Klima- und Umweltverantwortung gedacht werden. Wir werden aktiv für klimafreundliche Reiseformen und stärkere Kooperationen mit nachhaltigen Reiseanbietern werben. Regionale und stadtnah gelegene Ausflugsziele werden gezielt gefördert, um emissionsintensive Reisewege zu reduzieren.

Ökologische Betriebe und nachhaltige Infrastruktur fördern

Wir schaffen gezielte Förderprogramme für Hotels und touristische Einrichtungen, die durch Energieeffizienz, vegane Gastronomie, Müllvermeidung und Wassereinsparung ressourcenschonend wirtschaften und die tierfreundliche Konzepte anbieten. Nachhaltigkeit darf kein Mar-

ketinginstrument sein, sondern muss verbindlicher Standard werden. Den Tourismus werden wir außerhalb des S-Bahn-Rings stärker entwickeln, um innerstädtische Belastungen zu reduzieren. Dezentralisierung, Radinfrastruktur, naturnahe Erholungsräume und kulturelle Angebote in den Außenbezirken werden gezielt ausgebaut.

Nachhaltiges Verhalten belohnen

Wir prüfen und pilotieren Anreizmodelle, bei denen nachhaltiges Verhalten, etwa die Anreize mit der Bahn, die Nutzung des ÖPNV oder das Fahrradfahren, durch Vergünstigungen bei Kultur- und Freizeitangeboten honoriert wird. Gleichzeitig setzen wir uns für eine angemessene Erhöhung der Tourismusabgabe sowie höhere Parkgebühren ein, um Investitionen in öffentlichen Nahverkehr, Radwege und nachhaltige Infrastruktur zu finanzieren.

Übertourismus vorbeugen

Wir setzen uns für ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept gegen Übertourismus ein, das gemeinsam mit Bezirken, Stadtgesellschaft und Tourismusbranche erarbeitet wird. Ziel sind eine ausgewogene Besucherlenkung, der Schutz von Wohnquartieren und Grünflächen sowie der Erhalt der Lebensqualität für Mensch und Tier.

12.5 Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk reformieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) bekennt sich klar zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk als staatsferne und unabhängige Alternative zu privatwirtschaftlichen Medienangeboten. Gleichzeitig sehen wir Reformbedarf. Doppelstrukturen und übermäßige Bürokratie werden wir abbauen, insbesondere beim RBB. Die Struktur der Steuerungsgremien wird überarbeitet und die Aufsicht konsequent professionalisiert.

Transparenz, Mitbestimmung und faire Strukturen sichern

Öffentliche Gelder müssen gewissenhaft und gemeinwohlorientiert verwendet werden. Ein Monitoring-Verfahren beim Medienboard stellt die

Einhaltung von Tarifstandards sicher. Die Mitbestimmung für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte beim RBB wird ausgebaut, insbesondere für programmgestaltende „feste Freie“.

Freien Zugang zu öffentlich-rechtlichen Inhalten dauerhaft sichern

Wir setzen uns für freien und dauerhaften Zugang zu öffentlich-rechtlichen Inhalten durch offene Lizenzen wie Creative Commons und die Abschaffung der Depublikationspflicht ein. Inhalte sollen mehr Diversität in Redaktionen und Produktionen sicherstellen und mehr Lebensrealitäten abbilden. Eine zentrale Mediathek und Audiothek der öffentlich-rechtlichen Berliner Medienangebote spart Kosten und Pflegeaufwand. Als Antwort auf zunehmende Desinformation werden bestehende Faktenchecks ausgebaut und ausgeweitet.

12.6 Sport

Sport als Ort der Begegnung und Teilhabe gestalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass alle Berliner:innen, unabhängig von Geschlechtsidentität, Alter, Religion, Herkunft, körperlichen oder geistigen Einschränkungen und sozialem Stand, am Sport teilhaben können. Sportvereine und -stätten sollen als Orte der gelebten Demokratie fungieren und Extremismus aktiv entgegentreten. Niedrigschwellige Programme, wie „Sport im Park“, werden wir weiter stärken. Sportstätten müssen in allen Bezirken barrierefrei auffindbar, erreichbar und nutzbar sein. Unser Ziel ist mindestens eine vollinklusive Sportanlage pro Bezirk. Wir unterstützen die Weiterentwicklung zentraler Anlagen wie des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks zu einem inklusiven, modernen Sportareal. Dazu gehört auch die Diskussion über eine mögliche Umbenennung, da Friedrich Ludwig Jahns chauvinistische, antisemitische und nationalistische Ideologie mit einer Ehrung durch einen Stadionnamen unvereinbar ist. Außerdem soll jedes Kind schwimmen lernen. Ausreichend Schwimmkurse, Wasserflächen und Kooperationen stellen sicher, dass kein Kind aus Kapazitäts- oder Kostengründen auf diese grundlegende Fähigkeit verzichten muss.

Berliner Olympiabewerbung zugunsten von Mensch, Tier und Umwelt ablehnen

Olympische Spiele können punktuell Vorteile mit sich bringen, etwa die Modernisierung von Sportstätten und Infrastruktur. Doch diese Investitionen dürfen nicht an ein Großevent gebunden sein, sondern müssen unabhängig davon erfolgen. Olympia ist mit enormen Kosten verbunden, die letztlich die Steuerzahler:innen tragen, während das Internationale Olympische Komitee steuerfreie Einnahmen erzielt, ohne finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Hinzu kommen erhebliche soziale Folgen. Großveranstaltungen wie Olympia treiben die Wohnkosten in die Höhe, ausgerechnet in einer Stadt, in der bezahlbarer Wohnraum ohnehin knapp ist. Aus ökologischer Sicht verursachen zusätzlicher Verkehr, umfangreiche Baumaßnahmen und neue Infrastruktur massive CO₂-Emissionen. Neben Sportstätten werden Parkplätze, Sicherheitszonen, Medienzentren und ein Olympisches Dorf benötigt, was wertvolle städtische Flächen bindet. Nicht zuletzt sind bei Olympia weiterhin Sportarten vertreten, die auf der Nutzung von Tieren beruhen und bei denen es immer wieder zu Tiergeschützverstößen kommt. Die wenigen möglichen Vorteile stehen in keinem Verhältnis zu den finan-

ziellen, sozialen, ökologischen und tierschutzrelevanten Nachteilen. Wir sprechen uns daher klar gegen eine Olympiabewerbung Berlins aus.

E-Sport als gemeinnützige Kulturform anerkennen

E-Sport fördert soziale Interaktion, strategisches Denken und Teamwork. Wir setzen uns für seine rechtliche Anerkennung und gemeinwohlorientierte Förderung ein.

Gaming als inklusiven Kulturzugang nutzen

Videospiele und E-Sport bieten niedrigschwellige Möglichkeiten zur sozialen und kulturellen Teilhabe, insbesondere für Jugendliche und Menschen, die sonst schwer Zugang zu klassischen Kulturangeboten haben. Sie besitzen eigene Regeln, erzählerische Strukturen, kreative Gestaltungsformen und ermöglichen gemeinschaftliche Erfahrungen. Wir werden Gaming als Kulturform anerkennen und pädagogisch in Bildungs- und Freizeitangebote integrieren, um kognitive, soziale und mediale Kompetenzen zu stärken.

13. DEMOKRATIE

Viele Menschen erleben politische Prozesse als zu komplex, zu weit entfernt oder als wenig repräsentativ für ihre Lebenswirklichkeit. Hohe Hürden bei Beteiligungsmöglichkeiten, ein Wahlsystem, bei dem viele Stimmen ohne parlamentarische Wirkung bleiben und der Ausschluss etwa jeder vierten Person in Berlin von politischen Entscheidungen aufgrund des Passes – all das schwächt das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) ist überzeugt: Demokratie muss inklusiver, transparenter und näher an den Menschen sein. Politische Mitbestimmung darf kein Privileg sein, sondern muss allen offenstehen, die in dieser Stadt leben und von politischen Entscheidungen betroffen sind.

Deshalb werden wir direktdemokratische Instrumente stärken und deren Hürden senken. Das Wahlsystem werden wir reformieren und mehr Menschen in politische Entscheidungen einbeziehen. Durch den Abbau wahlrechtlicher Hürden sollen mehr Bürger:innen in Berliner Parlamenten vertreten werden. Das Versammlungsrecht werden wir schützen und das Neutralitätsgesetz abschaffen.

13.1 Direkte Demokratie

Direktdemokratische Instrumente ausbauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) baut Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene sowie Bürger:innenbegehren, Bürger:innenentscheide und Einwohner:innenanträge auf Bezirksebene mit klar gesenkten Hürden und vereinfachten Ver-

fahren aus. Alle direktdemokratischen Instrumente müssen dabei an die Grundrechtecharta der EU gebunden sein, um diskriminierende oder menschenfeindliche Abstimmungen auszuschließen. Die Einschränkung, ein Volksbegehren zu einem Thema nur einmal pro Wahlperiode durchzuführen, werden wir aufheben.

Hürden für direktdemokratische Instrumente absenken

Die Mindestanzahl an Stimmen für Anträge auf Behandlung von Volksinitiativen sowie die benötigten Unterschriften für Anträge auf Einleitung eines Volksbegehrens werden wir von jeweils 20.000 auf 8.000 senken. Für den Erfolg eines Volksbegehrens wird die bisherige Hürde von 7 Prozent der Wahlberechtigten durch eine feste Grenze von 50.000 Stimmen ersetzt. Bei Anträgen auf Einleitung von Volksbegehren zur Änderung der Berliner Verfassung senken wir die Zahl der benötigten Unterschriften von 50.000 auf 30.000. Das Zustimmungsquorum bei Volksentscheiden wird von 25 auf 15 Prozent abgesenkt, bei gleichzeitiger Mehrheit der abgegebenen Stimmen; bei Verfassungsänderungen von 50 auf 35 Prozent, bei weiterhin erforderlicher Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Hürde für Bürger:innenbegehren soll jede Bezirksversammlungen selbst bestimmen können. Sie darf jedoch höchstens 2 Prozent der zuletzt Wahlberechtigten betragen. Die benötigten Stimmen für Einwohner:innenanträge werden wir von 1.000 auf 200 senken.

Online-Unterschriften ermöglichen

Die digitale Sammlung von Unterschriften für direktdemokratische Instrumente werden wir ermöglichen, um demokratische Teilhabe zu erleichtern, Behördenressourcen zu schonen und Papiermüll zu vermeiden.

Volksentscheide konsequent umsetzen

Wir werden bestehende und zukünftige Volksentscheide konsequent umsetzen – darunter Deutsche Wohnen & Co. enteignen, Berlin 2030 klimaneutral, der Volksentscheid über den Erhalt des Tempelhofer Feldes, Berlin autofrei und Berlin werbefrei.

Bürger:innen- und Zukunftsräte als Beratungsinstrument einführen

Wir stärken neue Formen der Bürger:innenbeteiligung. Bürger:innen- und Zukunftsräte sollen Parlamente beraten und für inklusive sowie gesellschaftlich breit getragene Lösungen sorgen. Sie werden per repräsentativem Losverfahren zusammengesetzt. Bevor ein solcher Rat einberufen wird, muss verbindlich und transparent geklärt sein, was mit seinen Ergebnissen geschieht. Die Ergebnisse und Stellungnahmen müssen verpflichtend im Parlament beraten und berücksichtigt werden.

Beteiligungsplattform meinBerlin ausbauen

Mit der Online-Plattform meinBerlin hat das Land Berlin bereits eine solide Grundlage für mehr Beteiligungskultur geschaffen. Wir werden sie stärken und aktiv an Berlins Bürger:innen herantragen, um die direkte Teilhabe in allen Kiezen zu erhöhen.

13.2 Wahlrecht

Präferenzwahlssystem einführen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für die Weiterentwicklung des Wahlsystems ein, damit der politische Wille der Wähler:innen besser abgebildet wird. Durch die bestehende 5-Prozent-Hürde bleiben viele Stimmen ohne parlamentarische Wirkung. Ein Präferenzwahlssystem schafft hier Abhilfe. Wähler:innen bewerten Parteien oder Kandidierende nach ihrer persönlichen Reihenfolge. Wird die Erstpräferenz nicht berücksichtigt, fließt die Stimme automatisch in die nächste Präferenz ein. So geht keine Stimme verloren, politische Vielfalt wird besser repräsentiert und strategisches Wählen gegen die eigene Überzeugung wird überflüssig.

Sperrklausel abschaffen

Bei den vergangenen vier Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus blieben durchschnittlich über 10 Prozent der Stimmen wegen der 5-Prozent-Hürde ohne parlamentarische Wirkung. Das bedeutet, dass in den vergangenen 15 Jahren durchschnittlich jede:r zehnte Berliner:in nicht im Abgeordnetenhaus repräsentiert wurde. In einer gefestigten

Demokratie ist eine so hohe Sperrklausel unnötig. Wir werden die 5-Prozent-Hürde abschaffen. Konkret würde eine Partei künftig bereits ab etwa 0,8 Prozent mit einem Mandat ins Abgeordnetenhaus einziehen. Anhand des Wahlergebnisses von 2023 hätten so rund 96 Prozent aller Berliner:innen eine parlamentarische Vertretung gehabt. Auch die 3-Prozent-Hürde bei den Bezirksverordnetenversammlungen wird gesenkt; dort würden Parteien ab etwa 1,8 Prozent einen Sitz erhalten.

Wahlalter absenken

Junge Menschen zeigen täglich, dass sie über das notwendige politische Urteilsvermögen verfügen, um an demokratischen Entscheidungen teilzuhaben. Angesichts der großen Herausforderungen, wie der Klimakrise, sozialer Ungerechtigkeit und der digitalen Transformation, die sie am längsten tragen werden, ist es nur fair, dass sie auch mitentscheiden dürfen. Wir werden prüfen, inwieweit das Mindestwahlalter für die Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen auf 14 Jahre gesenkt werden kann – ein Alter, in dem Jugendliche für ihr Handeln bereits strafrechtlich verantwortlich sind.

Unterstützungsunterschriften reformieren und digitalisieren

Derzeit müssen Parteien, die nicht im Abgeordnetenhaus oder Bundestag vertreten sind, vor jeder Wahl erneut tausende Unterstützungsunterschriften sammeln – auch wenn sie bei vergangenen Wahlen bereits zehntausende Stimmen erhalten haben. Wir werden dieses Verfahren grundlegend reformieren. Parteien, die bei der letzten Europa-, Bundestags- oder Abgeordnetenhauswahl rechnerisch mindestens ein Mandat erreicht haben, werden von der Pflicht zur Unterschriftensammlung befreit. Darüber hinaus wird die Sammlung vollständig digitalisiert. Die Identifikation soll über den digitalen Personalausweis erfolgen. So entsteht ein schlankes, faires und modernes Verfahren, welches Behördenressourcen schont und Papiermüll vermeidet.

Wahlrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Berlin einführen

Fast eine Million Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft tragen täglich zum Leben in Berlin bei.

Sie arbeiten hier, gründen Familien und gestalten das gesellschaftliche Leben aktiv mit. Dennoch sind sie von den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ausgeschlossen. An den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen dürfen nur EU-Bürger:innen teilnehmen. Wer seinen Lebensmittelpunkt in Berlin hat, ist von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen und übernimmt Verantwortung für diese Gesellschaft. Wir werden das Wahlrecht bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen für alle Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft öffnen, die seit mindestens drei Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Politische Mitbestimmung darf nicht allein vom Pass abhängen, sondern von der tatsächlichen Verwurzelung und Teilhabe am gemeinsamen Leben in unserer Stadt.

13.3 Versammlungsfreiheit

Versammlungsrecht als demokratisches Grundrecht schützen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, das Versammlungsrecht zu stärken. Demonstrationen müssen frei, ohne Einschüchterung und ohne unverhältnismäßige Polizeipräsenz stattfinden können. Die Versammlungsfreiheit ist ein zentrales demokratisches Grundrecht. Sie ermöglicht politischen Protest, gesellschaftlichen Dialog und die Artikulation öffentlicher Interessen.

13.4 Neutralitätsgesetz

Neutralitätsgesetz abschaffen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) spricht sich für die Abschaffung des Berliner Neutralitätsgesetzes aus. Wir verstehen die Trennung von Staat und Religion als wichtigen Grundsatz der Demokratie. Gleichzeitig muss es jedoch jedem Menschen möglich sein, die eigene Religion diskriminierungsfrei auszuüben, auch im Beruf. Das Berliner Neutralitätsgesetz verbietet jedoch das Tragen religiöser Symbole und Kleidung im öffentlichen Dienst. In der Praxis trifft dieses Verbot besonders muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen. Qualifizierten Bewerber:innen werden dadurch berufliche Möglich-

keiten verwehrt. Staatliche Neutralität wird nicht dadurch infrage gestellt, dass einzelne Beschäftigte religiöse Kleidung oder Symbole tragen, die erkennbar Ausdruck ihrer persönlichen Glaubensausübung sind. Entscheidend ist vielmehr, dass niemand die eigene berufliche Position nutzt, um andere zu beeinflussen oder zu indoktrinieren. Ob jemand die notwendige Neutralität wahrt, zeigt sich im Verhalten im Dienst und nicht daran, ob eine Person aus Gründen der Religionsfreiheit religiöse Kleidung trägt. Zusätzlich hat das Bundesverfassungsgericht das Berliner Neutralitätsgesetz in mehreren Urteilen als nicht mit der im Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit vereinbar bewertet. Diskriminierung darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.



„Als Berliner erlebe ich täglich, wie eng Lebensqualität und Klimaschutz zusammenhängen. Saubere Luft, grüne Freiräume und Wetter ohne Extreme - das ist für mich keine Ideologie, sondern Grundrecht. Deshalb engagiere ich mich für eine echte Klimawende in Berlin.“

Jan Tovar, Listenplatz 4

14. KLIMASCHUTZ

Die Folgen des Klimawandels sind in Berlin längst spürbar: Hitzewellen belasten Mensch und Tier, Extremwetterereignisse nehmen zu und das verbleibende CO₂-Budget schmilzt schneller, als politische Maßnahmen bislang greifen. Gleichzeitig fehlt es an verbindlichen Steuerungsstrukturen, die Klimaschutz ressortübergreifend und konsequent durchsetzen. Klimapolitik, die auf freiwilligen Einzelmaßnahmen beruht, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Klimaschutz als Leitprinzip aller politischen Entscheidungen. Klimaschutz ist kein Einzelthema, sondern eine Querschnittsaufgabe, die Energie, Stadtentwicklung, Verkehr, Ernährung und Verwaltung gleichermaßen durchzieht. Berlin muss bis spätestens 2035 klimaneutral sein. Dieses Ziel ist für uns nicht verhandelbar. Anders als andere Parteien denken wir nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen.

Wir setzen auf eine strukturierte Steuerung der Energiewende durch neue Gremien, verbindliche CO₂-Budgets und digitale Monitoring-Systeme. Die öffentliche Verwaltung werden wir durch erneuerbare Wärme, erneuerbaren Strom und klimaneutrale Antriebe für den Fuhrpark bis 2035 klimaneutral machen und Haushaltsmittel konsequent für die Erreichung von Klimaneutralität einsetzen. Gleichzeitig machen wir Berlin hitzefest, um uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

14.1 Verwaltung mit Lenkungscompetenz für Klimaschutz

Strategische Steuerung der Energiewende bündeln

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die strategische Steuerung der Energiewende auf Landesebene im „Steuerungskreis Energiewende“ in der Senatskanz-

lei bündeln, der durch eine Stabsstelle Energie- und Klimaschutz organisatorisch getragen wird. Grundlage ist das digitale Monitoring-System diBEK, mit dem Fortschritte transparent verfolgt, Zuständigkeiten geklärt und bei Zielverfehlungen nachgesteuert werden kann.

Klimaschutzteams in den Bezirken stärken

In jedem Berliner Bezirk richten wir fest verankerte Klimaschutzteams ein, die über klare Entscheidungskompetenzen, verbindliche Richtlinien und ausreichend Personal verfügen. Nur mit dieser strukturellen Verankerung kann Klimaschutz auf Bezirksebene wirksam und kontinuierlich vorangetrieben werden.

Klimabürger:innenrat einrichten

Wir richten einen Klimabürger:innenrat ein, der per repräsentativem Losverfahren besetzt wird. Er erarbeitet konkrete Empfehlungen zur Umsetzung der Klimaneutralität bis 2035. Seine Ergebnisse werden verbindlich im Parlament behandelt, damit gesellschaftliche Beteiligung nicht zur Formsache wird.

Verbindliches CO₂-Budget als Steuerungsgrundlage verankern

Wir werden ein verbindliches CO₂-Budget für Berlin einführen, das als harte Grenze auf allen Verwaltungsebenen gilt. Basierend auf dem Klimaplan der Klimaliste Berlin von 2021 und den fortgeschriebenen Berliner Emissionen bis 2024 verbleiben zum 1. Januar 2025 noch rund 46 Millionen Tonnen CO₂ im Paris-konformen Restbudget. Bei gleichbleibendem Emissionsniveau wird dieses Budget bereits um 2030 aufgebraucht sein. Jede weitere Tonne CO₂ verschärft Extremwetter, Dürren, Überschwemmungen und Ernteaufälle – mit realen Folgen für Lebensgrundlagen hier wie weltweit. Wir werden die Emissionen deshalb grundlegend und mit hohem Tempo reduzieren, damit Berlin spätestens bis 2035 klimaneutral wird.

CO₂-Schattenpreis in alle Verwaltungsentscheidungen integrieren

Wir führen einen CO₂-Schattenpreis von 195 Euro pro Tonne CO₂ als internen Preis bei allen Projekten, Vergabeverfahren und Haushaltsentscheidungen ein. Er macht die langfristigen Kosten von Emissionen sichtbar und schafft systematische Anreize für klimafreundliche Lösungen.

Klimavorbehalt als verbindliches Leitprinzip einführen

Einen Klimavorbehalt verankern wir in allen Verwaltungsabläufen. Jede Entscheidung, von der Planung über die Beschaffung bis zur Investition, wird darauf geprüft, ob sie mit dem Berliner CO₂-Budget vereinbar ist. CO₂-Budget, Schattenpreis und digitales Monitoring über diBEK bilden dabei ein verbindliches Steuerungssystem. Maßnahmen mit negativen Klimaeffekten müssen begründet und Emissionsfolgen ausgeglichen werden.

Bewährte Klimaschutzprozesse weiterentwickeln

Zentrale Prozesse der Energiewende führen wir in den Berliner Verwaltungsstrukturen strategisch fort. Der Stadtentwicklungsplan Klima 2.0 bleibt das räumliche Fundament für die Klimaneutralität bis 2035. Die Servicestelle energetische Quartiersentwicklung, die Verwaltung, Eigentümer:innen und Unternehmen bei klimafreundlicher Quartiersentwicklung berät, werden wir verstetigen, ausbauen und in allen Bezirken verankern. Das Monitoring-System diBEK werden wir zu einem verbindlichen Steuerungsinstrument weiterentwickeln, das klare Roadmaps, Zuständigkeiten und Fristen umfasst sowie Eskalationsmechanismen auslöst, wenn Ziele verfehlt werden.

14.2 Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Öffentliche Verwaltung bis 2035 klimaneutral gestalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den gesamten Fuhrpark der öffentlichen Verwaltung schrittweise auf klimaneutrale Antriebe umstellen. Jede Neu-

anschaffung darf ausschließlich mit elektrischem Antrieb erfolgen. Öffentliche Gebäude werden vollständig mit erneuerbarer Wärme und erneuerbarem Strom versorgt und ihre Dachflächen konsequent für Photovoltaik genutzt, sofern sie dafür geeignet sind.

Haushaltsmittel konsequent auf Klimaziele ausrichten

Den Anteil der Haushaltsmittel für Klimaschutz, Umwelt und Energie erhöhen wir deutlich und verstetigen ihn langfristig. Klimaschutz darf nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Er ist eine Investition in Lebensqualität, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

14.3 Klimafolgenanpassung Berlin hitzefest machen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird sofort wirksame Maßnahmen einführen, um Berlin besser vor Hitzewellen zu schützen. Dazu zählen kostenlose vegane Sonnencreme an stark frequentierten Orten, mehr öffentliche Trinkbrunnen sowie kühle Rückzugsorte in Bibliotheken, Behörden und Sozialräumen. Öffentliche Gebäude und soziale Einrichtungen werden systematisch hitzefest gemacht – durch Verschattung, helle Oberflächen, Fassaden- und Dachbegrünung sowie verbindliche Hitzeschutzstandards bei Neubau und Sanierung. Die Prinzipien der Schwammstadt, bei der Regenwasser gespeichert und an heißen Tagen kühlend wirkt, werden dabei konsequent berücksichtigt, ohne zusätzliche Versiegelung zuzulassen.

15. ENERGIEWENDE

Berlin erzeugt bislang nur einen kleinen Teil seines Stroms selbst und ist in weiten Teilen noch immer von fossilen Energieträgern abhängig. Wichtige Ausbauziele wurden in den vergangenen Jahren verfehlt, während der verbleibende Zeitrahmen bis zur Klimaneutralität kürzer wird. Die Wärmewende kommt zu langsam voran, solare Potenziale bleiben ungenutzt und Bürger:innen haben bislang kaum Möglichkeiten, aktiv an der Energiewende teilzuhaben und von ihr zu profitieren.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt auf eine Energiewende, die Versorgungssicherheit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit verbindet. Energie darf kein Privileg sein. Bezahlbare erneuerbare Wärme und die Teilhabe an der Energieproduktion müssen für alle Berliner:innen zugänglich sein.

Wir werden die Wärmeversorgung bis 2035 vollständig auf erneuerbare Energien umstellen, einen Wärmewendefonds einrichten und warmmietenneutrale Sanierungen sicherstellen. Die Wärmewende setzen wir direkt im Quartier um. Berlins Solarpotenzial nutzen wir vollständig durch die Nutzung von Dachflächen und Fassaden für Photovoltaik. Wir realisieren acht Windkraftstandorte. Berliner:innen lassen wir an der Energiewende teilhaben, indem sie selbst Strom produzieren, mitentscheiden und mitverdienen können.

15.1 Energiewende in Gebäuden

Bezahlbare erneuerbare Wärme für alle sicherstellen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Wärmeversorgung in Berlin bis spätestens 2035 vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Ein Wärmepreis-Grundsatz wird den bezahlbaren Grundbedarf sichern. Transparente und regulierte Preismechanismen verhindern übermäßige Preissteigerungen, insbesondere bei Fernwärme und Contracting-Modellen, bei denen ein externer Anbieter die Wärmeversorgung übernimmt. Energetische Sanierungen werden warmmietenneutral gestaltet, damit Klimaschutz nicht zu steigenden Wohnkosten führt.

Erneuerbare Wärme durch gezielte Fonds fördern

Wir werden einen Wärmewendefonds einrichten, der Wärmepumpen, Quartierswärme, Geothermie und Solarthermie gezielt fördert. Ebenso schaffen wir einen sozial ausgerichteten Sanierungsfonds mit Schwerpunkt auf dem Gebäudebestand und landeseigenen Wohnungsunternehmen. Die kommunale Wärmeplanung legt dabei transparent fest, welche erneuerbaren Wärmelösungen in welchen Stadtteilen technisch, wirtschaftlich und sozial am besten geeignet sind.

Wasserstoff als Wärmelösung ablehnen

Wasserstoff setzen wir nicht als allgemeine Wärmelösung ein. Grüner Wasserstoff wird weder in ausreichenden Mengen noch zu bezahlbaren Kosten verfügbar sein, um ihn breit in der Wärmeerzeugung einzusetzen. Seine Erzeugung ist ineffizient und stromintensiv. Er wird vor allem in Industrien benötigt, die keine elektrischen Alternativen haben, etwa Stahl, Chemie oder Luftfahrt. Die Strategie, fossiles Erdgas heute weiter auszubauen und künftig durch Wasserstoff zu ersetzen, birgt daher ein erhebliches Risiko eines fossilen Lock-ins und verhindert dringend notwendige strukturelle Transformationen im Wärmebereich. Wasserstoff kommt daher nur dort zum Einsatz, wo direkte Elektrifizierung nicht möglich ist.

Geothermie konsequent ausbauen

Geothermie, also die Nutzung von Wärme aus dem Erdinneren, bietet ein großes Potenzial für eine klimafreundliche Wärmeversorgung in Berlin. Die Ziele der „Roadmap Tiefe Geothermie“ verfolgen wir konsequent weiter und fördern zugleich oberflächennahe Geothermie sowie Wasser-Wasser-Wärmepumpen gezielt im Rahmen des Sanierungsfonds. Geothermie könnte mindestens ein Fünftel des Berliner Wärmebedarfs decken, insbesondere durch die Einbindung in Nah- und Fernwärmenetze. Dieses Potenzial bleibt bislang weitgehend ungenutzt.

Öffentliche Gebäude zur Energiewende verpflichten

Schulen, Verwaltungsgebäude und landeseigene Bestände verpflichten wir verbindlich zu Dämmung, erneuerbarer Wärme und dem Einsatz nicht-

fossiler Baustoffe. Photovoltaik, Wärmepumpen, Speicher und intelligente Steuerung werden bei kommunalen Sanierungen und geförderten Projekten zum Standard. Heizungschecks und hydraulische Abgleiche senken kurzfristig den Energieverbrauch. Den Ausbau der Fernwärme werden wir beschleunigen und zentrale Teile der Wärmenfrastruktur rekommunalisieren, um Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu stärken.

Wärmewende im Quartier organisieren

Die Wärmewende setzen wir direkt im Quartier um. Standardisierte Verfahren, Quartiersmanager:innen und eine gestärkte Servicestelle energetische Quartiersentwicklung unterstützen Bezirke, Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft bei Planung und Umsetzung. Ein Stufenmodell priorisiert energetische Maßnahmen nach Effizienzpotenzial, sozialer Struktur und den Ergebnissen der kommunalen Wärmeplanung.

Ökologische Bauwende umsetzen

Wir werden eine konsequente Bestand-vor-Neubau-Strategie verfolgen. Neubau erfolgt nur dort, wo er sozial notwendig und klimaverträglich ist und zusätzliche Versiegelung vermieden wird. Umbau und Umnutzung von Gewerbe- und Büroflächen haben Vorrang. Für Neubau gelten verbindliche CO₂-Budgets und verpflichtende Lebenszyklusanalysen. Nachhaltige Baustoffe wie Holz, Lehm und Stroh werden zur Standardoption. Landeseigene Wohnungsunternehmen werden wir zu fossilfreien, ressourcenschonenden Bauweisen verpflichten.

Fortschritte der Wärmewende transparent machen

Die Fortschritte der Wärmewende machen wir über ein öffentliches Monitoring zugänglich. Kosten, Klimawirkung und soziale Effekte werden regelmäßig ausgewertet und bilden die Grundlage für demokratische Kontrolle und gezielte Nachsteuerung.

Fachkräfte für die Energiewende ausbilden

Gezielt investieren wir in Ausbildung, Umschulung und Qualifizierung im Handwerk, in der Planung und in der Energieberatung, um die personellen Kapazitäten für die Umsetzung der Energiewende im Gebäudebereich sicherzustellen.

15.2 Solar und Wind

Konkrete Ausbauziele für Photovoltaik festlegen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird konkrete Photovoltaik-Ausbauziele für das gesamte Stadtgebiet und alle kommunalen Liegenschaften definieren und ihre Umsetzung öffentlich über diBEK ausweisen. Die bestehende Solarpflicht für Neubauten und umfassend sanierte Dächer ab 50 m² werden wir konsequent umsetzen und strategisch erweitern.

Berlins Solarpotenzial vollständig nutzen

Alle geeigneten Dachflächen auf kommunalen Gebäuden, Schulen, Bädern und Verkehrsbauwerken prüfen wir systematisch und belegen sie, wo möglich, vollständig mit Photovoltaik. Wo eine PV-Nutzung aufgrund von Nordausrichtung, Verschattung oder Denkmalschutz nicht sinnvoll ist, werden Dächer alternativ begrünt oder als Urban-Gardening-Flächen entwickelt.

Gebäudeintegrierte Photovoltaik fördern

Gebäudeintegrierte Photovoltaik werden wir gezielt fördern. Dazu gehören PV-Fassaden, solare Carports und Überdachungen für Radabstellanlagen und Höfe. Zusätzliche Erzeugungskapazitäten entstehen entlang von Lärmschutzwänden, auf Parkplätzen und Parkhäusern, an Radschnellwegen, Autobahnbegleitflächen, auf Deponien, Gewerbebrachen und den Fassaden großer öffentlicher Gebäude, ohne neue Flächen zu versiegeln.

Balkonkraftwerke ausbauen

Den Zugang zu Balkonkraftwerken erleichtern wir durch den Abbau bürokratischer Hürden, Sammelbestellungen auf Bezirksebene und gezielte Förderung für Mieter:innen, damit solare Selbstversorgung für alle zugänglich wird.

SolarZentrum Berlin stärken

Das SolarZentrum Berlin finanzieren wir dauerhaft, stärken es personell und erweitern es um mobile Bezirksangebote, Schulprogramme, Mieter:innenstromberatung und digitale Tools. Es wird die zentrale unabhängige Beratungsstelle für Solarenergie in der Stadt bleiben.

Windkraftstandorte konsequent realisieren

Die geplanten Windvorrangflächen in Berlin, unter anderem in Tegel, Gatow und Müggelheim, bringen wir konsequent auf den Weg und realisieren acht Windkraftstandorte. Genehmigungsverfahren werden schneller, transparenter und naturschutzfachlich sauber gestaltet.

Bürgerliche Beteiligung an Windkraft ermöglichen

Wir werden Modelle schaffen, durch die Stadtteile, Genossenschaften, Mieter:innen und kommunale Unternehmen an den Erträgen der Windkraft teilhaben können.

Kooperation mit Brandenburg ausbauen

Die Zusammenarbeit mit Brandenburg intensivieren wir, z. B. über regionale Energieverbünde, gemeinsame Solar- und Windparks, Flächennutzung entlang von Bahntrassen sowie Stadt-Umland-Projekte mit Bürger:innenbeteiligung.

Windstandorte als Erneuerbare-Energie-Hubs entwickeln

Künftige Windstandorte planen wir als Erneuerbare-Energie-Hubs – mit Batteriespeichern, Ladeinfrastruktur und Optionen für Direktlieferung an kommunale Einrichtungen.

15.3 Bürger:innen-Energie

Demokratische Teilhabe an der Energiewende strukturell verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die genossenschaftliche Beteiligung an Strom- und Wärmenetzen fördern, damit mehr Menschen direkt an der Energiewende teilha-

ben und lokale Wertschöpfung in den Kiezen entsteht. Alle sollten gleichermaßen daran teilhaben und davon profitieren können. Bürger:innen sollen nicht nur Strom beziehen, sondern selbst Strom produzieren, mitentscheiden und mitverdienen, etwa über Bürger:innenenergiegesellschaften. Empfehlungen des Klimabürger:innenrats werden gehört und in die Energiepolitik eingebunden. Einen regelmäßigen Bürger:innenenergiegipfel werden wir einführen, der den kontinuierlichen Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft sicherstellt.

Verlässliche Rahmenbedingungen für Bürger:innenenergie schaffen

Wir werden klare und gerechte Rahmenbedingungen für Bürger:innenenergiegesellschaften einführen, ohne Sperrfristen, ohne unnötige Marktbarrieren und mit echter Planungssicherheit. Bestehende Förderprogramme weiten wir so aus, dass Bürger:innenenergiegesellschaften neben Photovoltaik auch Wärmelösungen und Effizienzmaßnahmen finanzieren können.

Energy Sharing und Mieter:innenstrommodelle ermöglichen

Energy Sharing führen wir ein und fördern es, sodass Strom gemeinschaftlich erzeugt und direkt im Quartier genutzt werden kann. Mieter:innenstrommodelle, bei denen Strom vom Dach eines Hauses direkt an die Bewohner:innen geliefert wird, und gemeinschaftliche Gebäudeversorgung werden wir rechtssicher und ohne bürokratische Hürden gestalten. Den Zugang zu Wärmenetzen werden wir für lokale Nahwärmeeinitiativen öffnen, damit Bürger:innenenergiegesellschaften auch an der Wärmewende teilhaben und zu einem zentralen Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung werden können.

16. UMWELTSCHUTZ

Berlins Luft, Bäume, Grünflächen, Böden und Gewässer stehen unter zunehmendem Druck. Die Belastung der Luft nimmt zu, Stadtbäume sterben durch Hitze und Trockenheit, die biologische Vielfalt geht zurück, Versiegelung schreitet voran und

Gewässer sind durch Schad- und Nährstoffeinträge belastet. Gleichzeitig fehlt es an einem verbindlichen Rechtsrahmen, der Natur nicht nur schützt, sondern als eigenständigen Wert anerkennt. Umweltschutz bleibt so häufig hinter wirtschaftlichen Interessen zurück. Dies führt zu realen Folgen für Gesundheit, Stadtklima und Lebensqualität.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Natur nicht als ausbeutbare Ressource, sondern als Grundlage allen Lebens. Wer Ökosysteme zerstört, greift die Lebensgrundlagen aller an. Umweltschutz braucht deshalb verbindliche rechtliche Instrumente, konsequenten Vollzug und eine Stadtentwicklung, die ökologische Funktionen systematisch erhält und stärkt.

Wir werden schwere Umweltverbrechen ahnden und rechtliche Rahmen schaffen, um Ökosysteme besser zu schützen, die Luftverschmutzung reduzieren, den Baumschutz stärken, mehr Grünflächen schaffen und die Artenvielfalt auf öffentlichen Flächen fördern. Versiegelte Böden werden schrittweise entsiegelt, Gewässer renaturiert und das Regenwassermanagement ausgebaut. Das Tempelhofer Feld bleibt als Freiraum für alle Berliner:innen unbebaut. Privates Silvesterfeuerwerk werden wir beenden und durch gemeinschaftliche, umweltfreundliche Alternativen ersetzen.

16.1 Rechte der Natur

Ökozid als Straftatbestand verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Natur als eigenständigen Wert und als Grundlage allen Lebens. Massive Umweltzerstörung ist kein unvermeidlicher Kollateralschaden wirtschaftlichen Handelns, sondern Unrecht und wir werden es als solches behandeln. Wir setzen uns im Bundesrat für ein weitreichendes Ökozidgesetz ein, um schwere Umweltverbrechen klar zu benennen und konsequent zu ahnden. Wer vorsätzlich oder systematisch Ökosysteme zerstört, greift die Lebensgrundlagen aller an und muss dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Demokratische und rechtliche Instrumente für Umweltschutz stärken

Umweltschutz darf nicht vom politischen Willen Einzelner abhängen. Deshalb stärken wir die demokratischen und rechtlichen Instrumente, die Umweltinteressen verbindlich vertreten und durchsetzen. Berlin soll dabei eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir werden prüfen, ob ausgewählten

Gewässern wie der Spree eigene Rechte eingeräumt werden können. Neuseeland und Kolumbien haben gezeigt, dass die rechtliche Anerkennung von Natur als Rechtssubjekt den Schutz ökologischer Systeme wirkungsvoll ergänzt.

16.2 Luftqualität

Gesundheitsorientierte Grenzwerte gesetzlich verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die gesundheitlich empfohlenen WHO-Grenzwerte für Luftschadstoffe gesetzlich in Berlin verankern. Saubere Luft ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Grundvoraussetzung für Gesundheit. Überschreitungen werden künftig zu konkreten Ausgleichs- und Reduktionsmaßnahmen verpflichten. Die Luftqualität werden wir flächendeckend und kontinuierlich überwachen, damit Handlungsbedarf frühzeitig erkannt wird.

Emissionsquellen systematisch reduzieren

Um die Luftqualität spürbar zu verbessern, werden wir den Kfz-Verkehr reduzieren, die Regelgeschwindigkeit auf 30 km/h festsetzen und fossile Energieträger ersetzen. Umweltzonen werden wir weiterentwickeln und besonders schadstoffreiche Fahrzeuge schrittweise aus dem Stadtgebiet ausschließen. Ergänzend tragen Stadtumbau und die Entsiegelung von Böden dazu bei, Schadstoffe zu binden und das Stadtklima zu verbessern.

16.3 Grünflächen, Bäume und Naturschutzgebiete

Stadtbäume erhalten und aufwerten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für den Erhalt und die qualitative Aufwertung von Bäumen und Grünflächen ein, denn sie sind zentrale Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge in Berlin. Sie kühlen die Stadt, verbessern die Luftqualität, schützen die Gesundheit der Bevölkerung und schaffen kostenfreie Orte der Erholung und Begegnung. Mit uns bleiben gesunde Stadtbäume grundsätzlich erhalten, Fällungen werden nur in begründeten Ausnahmefällen zugelassen.

Die Berliner Baumschutzverordnung verschärfen wir, schränken Ausnahmeregelungen weiter ein und setzen Ersatzpflanzungen verbindlich, standortnah und kontrolliert um.

Stadtgrün gezielt ausbauen

Wir bauen Berlins Stadtgrün gezielt in dicht bebauten, hitzebelasteten und sozial benachteiligten Quartieren aus. Schulhöfe, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Innenhöfe landeseigener Wohnungsunternehmen sowie versiegelte Nebenflächen werden wir systematisch entsiegeln und begrünen. Öffentliche Grünflächen werden nicht weiter reduziert, es sei denn, im direkten Umfeld entsteht ein gleichwertiger, funktionaler Ausgleich. Wir setzen dabei auf Qualität: Klimaresiliente Baumarten, ausreichend große Wurzelräume, wasserdurchlässige Beläge und eine dauerhaft gesicherte Pflege. Die personelle und finanzielle Ausstattung der Grünflächenämter werden wir entsprechend stärken. Um die Qualität öffentlicher Grünflächen dauerhaft zu sichern, erarbeiten wir zudem ein Konzept zur konsequenten Beseitigung von Hundehaufen.

Grünflächen als soziale Infrastruktur sichern

Stadtgrün ist soziale Infrastruktur. Grünflächen bleiben mit uns kostenfrei und barrierefrei zugänglich. Als wohnortnahe Erholungs- und Begegnungsräume fördern sie die soziale Teilhabe und gesundheitliche Vorsorge. Kiez-, Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten werden wir als Orte der Integration und des Miteinanders fördern. Anwohner:innen werden frühzeitig und verbindlich in Planung, Pflege und Weiterentwicklung eingebunden.

Grüne Architektur und Urban Gardening fördern

Zur Verbesserung des Stadtklimas treiben wir grüne Architektur und Urban Gardening nach dem Vorbild der „essbaren Stadt“ voran. Flachdächer und Brachflächen werden begrünt, Parks um Obstbäume ergänzt und mehr Flächen für Gemeinschaftsgärten geschaffen. Die Förderprogramme GründachPLUS und 1.000 grüne Dächer fördern wir überall dort, wo Photovoltaik technisch oder wirtschaftlich nicht sinnvoll einsetzbar ist.

Baumbestand ausbauen und schützen

Das BäumePlus-Gesetz werden wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Dazu gehört ein Recht auf Bäume im öffentlichen Straßenland. Durchschnittlich alle 15 Meter soll künftig ein Straßenbaum stehen, wo immer dies standortgerecht möglich ist. Fehlstellen („Tree Gaps“) werden systematisch erfasst und geschlossen. Wir setzen nicht nur die Pflanzung von mindestens 10.000 neuen Straßenbäumen fort, wir garantieren, dass künftig mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden.

Digitale Infrastruktur für Baumpflege einführen

Jeder Baum erhält eine digitale Meldeadresse, über die Pflegebedarf, Schäden und Baumpatenschaften unkompliziert gemeldet werden können. So schaffen wir Transparenz und ermöglichen eine moderne, datengestützte Baumpflege in allen Bezirken. Ergänzend soll für jedes neugeborene Berliner Kind ein Baum gepflanzt und damit ein Beitrag zu einem stärkeren Bewusstsein für Natur, Verantwortung und Stadtökologie geleistet werden.

Bäume vor Schäden schützen und Pflege sichern

Mutwillige Beschädigung oder Vergiftung von Bäumen gefährdet das Stadtklima und verursacht hohe Folgekosten. Wir werden dafür sorgen, dass solche Taten deutlich härter geahndet werden. Angesichts zunehmender Hitzeperioden richten wir einen „Baumwasersdienst“ ein, der die Bezirke in die Lage versetzt, Stadtbäume zuverlässig zu bewässern. Pumpbrunnen werden ertüchtigt, damit Anwohner:innen beim Gießen helfen können. Das Pflanzen eigener Bäume und die Übernahme von Baumpatenschaften erleichtern wir durch klare Regeln, vereinfachte Verfahren und fachliche Unterstützung der Bezirke.

Naturräume schützen und aufwerten

Wir werden Berlins natürliche Lebensräume konsequent schützen. Wälder, Moore und Brachflächen stellen wir unter wirksamen Naturschutz und werten sie ökologisch auf. Naturschutzgebiete werden ausgeweitet, besser vernetzt und dauerhaft gesichert, damit stabile Lebensräume und funktionie-

rende Biotopverbünde, also zusammenhängende Netze aus Rückzugsräumen für Tiere und Pflanzen, entstehen. Parks, Gewässer und Uferbereiche werden gepflegt, renaturiert und wo möglich erweitert. Maßnahmen wie Moor- und Gewässerrenaturierung sowie Flächenentsiegelung tragen zur ökologischen Erholung bei.

Biologische Vielfalt aktiv fördern

Als artenreichste Großstadt Europas übernehmen wir Verantwortung für die Berliner Stadtbiotope. Die Strategie Biologische Vielfalt werden wir endlich umsetzen und durch einen verbindlichen Zeit- und Maßnahmenplan ergänzen. Wir sorgen dafür, dass es in den Kiezen spürbar grüner wird und entwickeln naturnahe Pflegekonzepte unter Beteiligung der Bürger:innen. Kleingärten bleiben geschützt und werden ökologisch bewirtschaftet, Herbizide und Pestizide kommen dabei nicht zum Einsatz. Damit die Bezirke diese Maßnahmen fachgerecht und nachhaltig umsetzen können, erhalten sie eine bessere finanzielle Ausstattung.

Ökologische Mähstrategie einführen

Für Grünflächen in ganz Berlin setzen wir auf eine ökologische Mähstrategie, die Artenvielfalt fördert statt sie zu verringern. Wiesen werden nur einmal jährlich gemäht, um Blüh- und Lebensräume zu erhalten. Partielle Mähpausen schaffen Rückzugs- und Überwinterungsräume für Insekten, blühende Pflanzen bleiben als Nahrungsquelle für Bestäuber stehen.

16.4 Boden

Netto-Null-Neuversiegelung als verbindliches Ziel durchsetzen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) verpflichtet sich einer sozial-ökologischen Bodenpolitik, die den Schutz bestehender Bodenfunktionen in den Mittelpunkt stellt. Boden ist eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource. Er speichert Wasser und Kohlenstoff, kühlt die Stadt, schützt das Klima und trägt zur Biodiversität bei. Neue Versiegelung werden wir nur zulassen, wenn sie nach transparenten Kriterien zwingend erforderlich ist und vollständig kompensiert wird. Nachverdichtung darf nicht zulasten von

Grün-, Frei- und Bodenfunktionen erfolgen. Bestehende Naturflächen wie das Tempelhofer Feld stehen unter besonderem Schutz und dürfen nicht bebaut werden. Unser Ziel ist eine Netto-Null-Neuversiegelung.

Versiegelte Flächen systematisch zurückbauen

Wir schaffen ein landesweites Entsiegelungsprogramm, welches versiegelte Flächen systematisch reduziert, insbesondere überdimensionierte Verkehrsflächen, Parkplätze, brachliegende Gewerbeflächen und versiegelte Innenhöfe. Priorisiert werden dabei besonders dicht bebaute Quartiere. Entsiegelung wird verbindlicher Bestandteil öffentlicher Bau- und Sanierungsprojekte. Gleichzeitig fördern wir bodenschonende Bauweisen, reduzieren Bodenaushub und stärken die Wiederverwendung von Bodenmaterialien.

Öffentlichen Boden gemeinwohlorientiert nutzen

Öffentlicher Boden wird dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben. Seine Nutzung wird sich am Gemeinwohl orientieren. Kleingärten, Gemeinschaftsflächen und informelle Grünräume werden geschützt und als Bestandteil der städtischen Infrastruktur anerkannt. Bodennutzung wird sich nicht nach maximaler wirtschaftlicher Verwertung richten, sondern nach sozialer, ökologischer und stadtklimatischer Funktion.

16.5 Gewässer

Gewässer renaturieren und ökologisch aufwerten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Flüsse, Kanäle, Seen und Grundwasser schützen und konsequent weiterentwickeln. Gewässer sind zentrale Bestandteile der Berliner Stadtnatur und unverzichtbar für Klimaanpassung, Biodiversität und Lebensqualität. Uferbereiche werden ökologisch aufgewertet, harte Uferbefestigungen dort zurückgebaut, wo Renaturierung möglich ist und natürliche Gewässerstrukturen wiederhergestellt. Der Schutz des Grundwassers vor Übernutzung und Verschmutzung muss Vorrang vor kurzfristigen Nutzungsinteressen haben.

Schwammstadt-Prinzip konsequent umsetzen

Wir setzen auf das Leitbild der Schwammstadt. Regenwasser wird nicht abgeleitet, sondern vor Ort gespeichert, versickert und verdunstet. So schaffen wir ein wirksames Mittel gegen Überflutungen und Hitzeperioden. Für Neubauten und Sanierungen werden verbindliche Regenwasserkonzepte gelten. Dächer, Höfe, Straßenräume und Grünflächen werden als Wasserspeicher genutzt. Dezentrale Regenwasserspeicherung wird zusätzlich gefördert.

Wasserqualität verbessern und öffentlichen Zugang sichern

Die Wasserqualität von Spree, Havel und den Berliner Seen werden wir durch die Reduktion von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen kontinuierlich verbessern. Uferbereiche bleiben öffentlich und frei von exklusiver Privatisierung. Gewässer werden als kostenfreie Erholungs-, Abkühlungs- und Begegnungsräume für alle Berliner:innen erhalten und weiterentwickelt.

Folgen des Lausitzer Kohletagebaus bewältigen

Der Kohletagebau in der Lausitz hat jahrelang Grundwasser entnommen und in die Spree abgeleitet. Mit dem Ende des Tagebaubetriebs droht der Spree in Hitzeperioden weniger Wasser zu führen. Dies wird Folgen für die Trinkwassergewinnung haben, da Berlin sein Trinkwasser teilweise über sogenannte „Uferfiltration“ aus der Spree gewinnt. Hinzu kommen hohe Sulfatbelastungen und Verockerung in Berliner Gewässern, die Ökologie und Erholungswert beeinträchtigen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Belastungen dauerhaft abgebaut werden und Berlins Gewässer wieder sauberen, ökologisch stabilen Verhältnissen entsprechen.

Trinkwasserversorgung langfristig sichern

Berlin gewinnt sein Trinkwasser vollständig aus Grundwasser im eigenen Stadtgebiet und teils im Berliner Umland. Eine langfristige Trinkwassersicherung ist deshalb unverzichtbar. Wir werden ein kontinuierliches Monitoring des Grundwassers durchführen und dabei sowohl Qualität

als auch Grundwasserstand messen. Altlasten und Grundwasserverunreinigungen werden konsequent saniert, mit besonderem Fokus auf Einzugsbereiche von Wasserwerken und auf PFAS-Belastungen, die kaum abbaubar sind und schwere Gesundheitsrisiken darstellen. Nach dem Verursacherprinzip werden wir Verantwortliche von Grundwasserschäden die Kosten der Sanierung tragen lassen.

Klärinfrastruktur modernisieren und Giftstoffe fernhalten

Gemeinsam mit dem Bund, Brandenburg und der Industrie erarbeiten wir einen Stufenplan zur Sicherung des Berliner Trinkwassers. Das Berliner Klärsystem wird auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Den flächendeckenden Ausbau der vierten Klärstufe, ein Verfahren, das Arzneimittelrückstände aus dem Wasser entfernt, werden wir konsequent vorantreiben. Den Einsatz von Rattengiften und anderen toxischen Chemikalien, die sich nicht herausfiltern lassen und so ins Trinkwasser gelangen können, werden wir untersagen.

16.6 Tempelhofer Feld

Tempelhofer Feld als einzigartigen Freiraum erhalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für den dauerhaften Erhalt des Tempelhofer Feldes – für die heutige Stadtgesellschaft und für künftige Generationen. Mitten in der Stadt gelegen, bietet es einen frei zugänglichen Raum für Begegnung, Bewegung und Erholung und ist damit offen für alle, unabhängig von sozialem Status, Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Alter oder Behinderung. Gleichzeitig erfüllt das Feld wichtige ökologische Funktionen. Es verbessert die Luftqualität, wirkt als natürliche Klimaanlage und bietet Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.

Den Volksentscheid respektieren

2014 haben die Berliner:innen per Volksentscheid entschieden, das Tempelhofer Feld in seiner ursprünglichen Form zu erhalten und vor Bebauung zu schützen. Die aktuellen Bebauungspläne des Senats aus CDU und SPD

stellen diesen demokratisch geäußerten Willen infrage. Das lehnen wir entschieden ab. Volksentscheide sind ein zentrales Instrument direkter Demokratie. Eine Abkehr von dieser Entscheidung darf nur durch einen erneuten Volksentscheid erfolgen.

Bebauung des Tempelhofer Feldes nicht zulassen

Berlin braucht bezahlbaren Wohnraum, doch eine Bebauung des Tempelhofer Feldes würde dieses Problem nicht lösen. Zunächst müssten Straßen, Leitungen und Versorgungssysteme aufwändig neu geschaffen werden. Die Erschließungskosten wären enorm und würden zwangsläufig zu hohen Mieten führen. Entstehen würden vor allem teure Wohnungen und Büroflächen, die weder sozial gerecht noch stadtentwicklungspolitisch sinnvoll sind. Hinzu kommt, dass selbst wenn gebaut werden würde, viele Jahre bis zur Fertigstellung vergehen würden. Bezahlbarer Wohnraum wird aber jetzt benötigt. Statt wertvolle Freiflächen zu opfern, setzen wir auf die soziale Absicherung bestehenden Wohnraums, Nachverdichtung bereits versiegelter Flächen und die Umnutzung leerstehender Bürogebäude.

Randbebauung des Tempelhofer Feldes verhindern

Auch eine Randbebauung lehnen wir entschieden ab. Die offene Fläche ermöglicht eine Luftzirkulation, die insbesondere in heißen Sommern für Abkühlung sorgt. Bebauung würde diesen Effekt erheblich einschränken und einen zentralen Beitrag des Feldes zum städtischen Hitzeschutz zunichte machen. Die Randbereiche grenzen außerdem an stark befahrene Straßen wie Columbiadamm, Tempelhofer Damm und die Stadtautobahn. Neue Wohngebiete wären dort dauerhaft hohen Schadstoffbelastungen durch Reifenabrieb und Abgasen ausgesetzt. Das stellt ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar und widerspricht dem Anspruch an gesundes, zukunftsfähiges Wohnen.

Flughafengebäude gemeinwohlorientiert nutzen

Das historische Flughafengebäude am Tempelhofer Feld bietet großes Potenzial für eine

gemeinwohlorientierte Nutzung. Denkmalschutz und Zukunftsaufgaben müssen dabei zusammengedacht werden. Wir werden das Gebäude schrittweise klimaneutral umbauen und als Ort für kulturelle, sportliche und bildungsbezogene Angebote öffnen. So schaffen wir einen Raum, der Austausch fördert, soziale Teilhabe ermöglicht und ökologische Verantwortung übernimmt.

16.7 Feuerwerk

Privates Silvesterfeuerwerk verbieten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird privates Feuerwerk an Silvester verbieten. Die Gründe dafür sind vielfältig und betreffen Menschen, Tiere und Umwelt gleichermaßen. Jährlich verursacht Silvesterfeuerwerk tausende Verletzungen, belastet Krankenhäuser, Feuerwehr und Rettungsdienste und stellt für Menschen mit Traumata, Angststörungen oder neurologischen Erkrankungen eine erhebliche gesundheitliche Belastung dar. Für sogenannte „Haustiere“ und Wildtiere bedeutet es massiven Stress. Viele Tiere fliehen panisch, werden verletzt oder kommen durch Verkehrsunfälle ums Leben. Hinzu kommen extreme Feinstaubbelastung, tonnenweise Plastikmüll und giftige Rückstände in Parks, Gewässern und Grünflächen.

Gemeinschaftliche und nachhaltige Alternativen fördern

An die Stelle privaten Feuerwerks treten kommunal organisierte Licht- oder Drohnenshows, kulturelle Veranstaltungen und öffentliche Begegnungsräume, die den Jahreswechsel inklusiv und sicher gestalten. Feiern und Gemeinschaft sind ohne Lärm, Verletzungsrisiko und Umweltschäden möglich. Wir werden dies für alle Menschen zugänglich machen.

17. NACHHALTIGKEIT UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Die vorherrschende Wirtschaftsweise, die primär auf unendlichem Wachstum und linearem Ressourcenverbrauch basiert, stößt längst an die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten. Berlin steht vor der dringenden Herausforderung, Wohlstand vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und die Strukturen der „Wegwerfgesellschaft“ zu überwinden. Ein Festhalten am Status quo gefährdet die Lebensgrundlagen von Mensch und Tier gleichermaßen und erfordert daher ein sofortiges Umdenken.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt auf eine Wirtschaftsweise, die Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppelt. Nachhaltigkeit ist dabei keine Ergänzung zu anderen politischen Zielen, sondern muss bei allen Themen mitgedacht werden. Ziel ist es, Wirtschaftskreisläufe konsequent zu schließen und unsere Ressourcen zu schonen.

Wir verankern Kreislaufwirtschaft als verbindliches Kriterium in öffentlichen Ausschreibungen und fördern zirkuläres Bauen. In jedem Kiez schaffen wir eine Reparatur- und Tauschinfrastruktur. Nachhaltigen Konsum fördern wir durch Bildungsprogramme, standardisierte Mehrwegbehälter und eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen. Berlin gestalten wir durch entsprechende Infrastruktur und Reinigung sauber und ahnden illegale Müllentsorgung konsequent.

17.1 Nachhaltigkeit

Nachhaltigen Konsum im Alltag verankern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird durch gezielte Landesförderung eine Kultur des bewussten Konsums und einen achtsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen stärken. Unverpackt-Läden, Foodsharing-Initiativen und Lebensmittelrettungsprojekte werden durch Landesprogramme unterstützt. Mit Handel und Gastronomie werden wir kooperieren, um Lebensmittelverschwendung systematisch zu re-

duzieren. Laufende Kommunikationskampagnen sollen Berliner:innen für Reparaturen, Ressourcenschonung und bewussten Konsum sensibilisieren.

Nachhaltigkeit als Bildungsziel etablieren

Das Bildungskonzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ werden wir in den Lehrplan aller Berliner Schulen, Kitas und Hochschulen integrieren. Nachhaltigkeitskompetenz ist keine Ergänzung, sondern ein grundlegendes Bildungsziel für kommende Generationen.

Berliner Nachhaltigkeitsziele messen und steuern

Mit einem jährlichen Nachhaltigkeitsbericht für Berlin werden wir Kennzahlen zu Abfall, Ressourcen, Energie und sozialer Gerechtigkeit transparent ausweisen. Einzelne Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele, darunter Mietpreise, Altersarmut, Schulabbrecherquote und Naherholungsflächen, haben sich in Berlin verschlechtert. Die konsequente Förderung dieser Ziele werden wir sicherstellen.

Werbung im öffentlichen Raum an Nachhaltigkeitskriterien knüpfen

Werbung im öffentlichen Raum werden wir nur dann zulassen, wenn das beworbene Produkt oder der beworbene Service dem Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen dient.

17.2 Kreislaufwirtschaft

Zirkuläre Beschaffung der öffentlichen Hand stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Zirkularität als verbindliches Kriterium in öffentliche Ausschreibungen integrieren. Bei Bau und Beschaffung werden wiederverwendbare Materialien und Recyclingprodukte zur Pflicht. Damit geht die öffentliche Hand voran.

Zirkuläres Bauen fördern

Wir verankern in Berlin den Grundsatz: Weniger Abriss, mehr Instandhaltung. Dort, wo ein Abriss alternativlos ist, werden wir Urban Mining, also die Rückgewinnung von Baustoffen aus Abrissobjekten, fördern. Flächenrecycling hat Vorrang

vor Neuversiegelung. Landeseigene Bauprojekte werden wir zur Nutzung wiederverwendbarer und recycelter Materialien verpflichten. Landeseigene Baugesellschaften führen in allen Bezirken Pilotprojekte im zirkulären Bauen durch.

ReparaturBONUS Berlin ausbauen

Den ReparaturBONUS Berlin, ein Förderprogramm, das die Reparatur von defekten Elektro- und Elektronikgeräten finanziell unterstützt, werden wir fortführen und die bereitgestellten Mittel so ausstatten, dass Anträge das gesamte Jahr über gestellt werden können. Dass die Mittel im Jahr 2025 bereits im Juni erschöpft waren, zeigt den hohen Bedarf – dem werden wir gerecht.

Reparatur- und Tauschinfrastruktur flächendeckend aufbauen

Mit uns bekommt Berlin stadtweite Netze aus Reparaturzentren, Tauschläden und Gebrauchtwarenhäusern sowie in jedem Kiez ein vom Land finanziertes Reparatur- und Tausch-Café, in dem Berliner:innen kostenlos Hilfe beim Reparieren von Gegenständen erhalten und Werkstätten zum Selbermachen nutzen können. In jedem Bezirk werden außerdem Reuse-Hubs entstehen, also Orte, an denen gebrauchte Materialien oder Produkte gesammelt, gelagert, aufbereitet und wieder in den Nutzungskreislauf gebracht werden, statt sie zu entsorgen.

Kreislaufwirtschaft durch Innovation stärken

Innovationszentren wie den Urban-Mining-Hub werden wir finanziell fördern und Start-ups im Bereich Kreislaufwirtschaft und Materialforschung unterstützen, insbesondere in Kooperation mit Berliner Universitäten und Technologieparks wie in Adlershof.

17.3 Müllvermeidung und Stadtsauberkeit

Infrastruktur für Sauberkeit ausbauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die öffentliche Infrastruktur für Sauberkeit deutlich verbessern und Berliner:innen durch Aufklärungskampagnen zur Müllvermeidung sensibilisieren. Mehr und größere Mülleimer kommen an Hotspots, in Parks und auf stark fre-

quentierten Wegen zum Einsatz. Klar gekennzeichnete Trennbehälter nach dem Vorbild anderer europäischer Städte ermöglichen konsequente Mülltrennung im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden. Flächendeckende Hundekotbeutelspender an öffentlichen Stellen ergänzen das Angebot. Zigarettenbehälter sollen spielerische Elemente erhalten, um zu einer ordnungsgemäßen Entsorgung zu motivieren.

Sauberkeit durch Reinigung sichern

Stark verschmutzte Kieze und Grünanlagen werden mit uns häufiger gereinigt. Reinigungsaktionen an Land und auf dem Wasser werden wir fördern. Bürger:innen, die sich wiederholt beteiligen, werden mit der Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg oder einem Monatsticket für kulturelle Angebote belohnt. Städtische Wohnungsgesellschaften werden wir verpflichten, Räume für Kreislaufwirtschaft (Reparatur- und Upcycling-Werkstätten, Wiederverwendungszentren, Gebrauchtwarenhöfe, Recycling-Hubs, Flächen für Sharing-Angebote) bereitzustellen, um getrennte Abfallsammlung zu verbessern. Außerdem erhöhen wir die finanzielle Unterstützung der Bezirke im Aktionsprogramm „Saubere Stadt“.

Recycling ausbauen und Abfallentsorgung verbessern

Recyclingkapazitäten werden wir ausbauen und stoffliche Wiederverwertung konsequent gegenüber Verbrennung bevorzugen. Dezentrale Sammelstellen für Sperrmüll und Sonderabfälle sowie eine flächendeckende Durchführung der BSR-Kieztage werden die Erreichbarkeit für alle Berliner:innen verbessern. Die BSR-Kieztage sollen mindestens zweimal monatlich pro Bezirk und ohne aufwendige Einbindung der Bezirksverwaltungen stattfinden. Illegale Müllentsorgung und mutwilliges Verschmutzen öffentlicher Flächen werden wir konsequenter kontrollieren und ahnden. Wir werden zudem gezielt Innovationen in der Abfallwirtschaft und neue Recyclingverfahren fördern.

Mehrweg stärken und Einwegverpackungen reduzieren

Wir führen eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen ein und fördern Pfandsysteme sowie standardisierte Mehrwegbehälter,

damit Mehrweg für Verbraucher:innen einfach und komfortabel wird. Unverpackte und verpackungsarme Produkte werden wir gezielt fördern. Bei öffentlichen Veranstaltungen wird ein Verbot von Einwegplastik und To-Go-Verpackungen gelten. Städte wie Freiburg, Tübingen und Konstanz zeigen, dass eine Verpackungssteuer Mehrweg schnell zur neuen Normalität macht. Diesen Weg gehen wir für Berlin konsequent weiter.

17.4 Industrielle Transformation

Industrie durch direkte Elektrifizierung dekarbonisieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Berliner Industrie dabei unterstützen, alle Prozesse, bei denen dies technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, direkt zu elektrifizieren. Elektrische Technologien, Prozesswärmepumpen, Elektrokessel und materialeffiziente Produktionsverfahren haben dabei Vorrang. Grüner Wasserstoff wird aufgrund seiner geringen Verfügbarkeit, hohen Kosten und ineffizienten Herstellung ausschließlich dort eingesetzt, wo Elektrifizierung physikalisch an Grenzen stößt, etwa in einzelnen Hochtemperaturprozessen oder chemischen Grundstoffpfaden. Er ist keine allgemeine Dekarbonisierungslösung für die Industrie, sondern eine gezielte Ergänzung für Branchen ohne elektrische Alternative.



„Wildtiere sind Teil der Stadt. Ob Tauben, Füchse, Hasen oder Waschbären - sie sind genauso Berliner wie du und ich. Sie zu verdrängen oder gar zu töten sind keine Optionen. Deswegen werde ich mich für ein sicheres und friedliches Zusammenleben von Mensch und Tier einsetzen.“

Mersija Böhnig, Listenplatz 3

18. ARTENSCHUTZ

Berlin ist Heimat für eine bemerkenswerte Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten und zugleich ein Ort, an dem diese Vielfalt bedroht ist. Lebensraumverlust durch Bebauung, Klimawandel sowie der Rückgang von Insektenpopulationen gefährden heimische Arten. Gleichzeitig werden nicht-heimische Tierarten wie Waschbären, Ratten oder Stadtauben pauschal als Schädlinge behandelt und verdrängt oder getötet, obwohl viele von ihnen ökologische Funktionen erfüllen und ihr Vorkommen oft auf menschliche Einflüsse zurückzuführen ist.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) versteht Artenschutz als gesamtstädtische Aufgabe. Intakte Ökosysteme sind kein Selbstzweck: Wo Insekten fehlen, fehlen Bestäuber und Nahrung für Vögel, wo Lebensräume zerschnitten werden, können sich Populationen nicht erholen. Wir sehen in der städtischen Biodiversität eine Grundlage für lebenswerte Kieze und ein funktionierendes Naturgleichgewicht.

Wir werden ein umfassendes Artenschutzprogramm umsetzen, das heimische Arten aktiv schützt, sichere Nist- und Lebensräume schafft, Biotopverbünde aufbaut und Insekten durch pestizidfreie Grünflächen und insektenfreundliche Beleuchtung fördert. Im Umgang mit nicht-heimischen Arten werden wir konsequent auf nicht-tödliche Methoden setzen und Konflikte durch Prävention, Aufklärung und angepasste Stadtplanung lösen.

18.1 Bedrohte Arten

Umfassendes Artenschutzprogramm auflegen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird ein umfassendes Artenschutzprogramm einführen, das den Schutz und die Förderung der Biodiversität in Berlin ins Zentrum stellt. Viele heimische Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet. Lebensraumverlust durch Bebauung und Sanierungen sowie der Klimawandel bedro-

hen unter anderem Haussperling, Mauersegler, Blaumeise und Lerche. Fast alle heimischen Amphibien- und Reptilienarten gelten als vom Aussterben bedroht, steigende Temperaturen lassen Teiche austrocknen und entziehen ihnen ihren Lebensraum. Wir werden Wildtiertrauffangstationen stärken und finanziell absichern sowie jährliche Erhebungen der Wildtierbestände einführen, um gezielte Schutzmaßnahmen ableiten zu können. Dem Berliner Tierschutzverein werden wir finanzielle Mittel bereitstellen, die sowohl die Rettung und Behandlung verletzter Wildtiere als auch die Öffentlichkeitsarbeit abdecken.

Sichere Nist- und Lebensräume schaffen

Auf allen öffentlichen Grünflächen sowie den Flächen städtischer Wohnungsbaugesellschaften werden wir sichere Nist- und Lebensräume einrichten. Dazu gehören geeignete Vogel- und Fledermaushäuser, das Anlegen von Hecken und Biotopen sowie Überwinterungsmöglichkeiten wie Laubhaufen und Totholz.

Grüne Kieze und Naturräume entwickeln

Wir werden naturbelassene Blühwiesen, Streuobstwiesen und vielfältige Biotope in Berliner Kiezen fördern und zusätzliche Naturschutzgebiete ausweisen. Berliner:innen werden wir durch Aufklärungsangebote informieren, wie sie ihre Gärten und Höfe tierfreundlich gestalten können, etwa durch das Anlegen von Hecken, Sträuchern, hohen Wiesen oder Wasserbiotopen.

Insektenfreundliche Flächen und Beleuchtung einführen

Auf geeigneten öffentlichen Grünstreifen, Verkehrsinseln und Randflächen werden wir regionale und standortgerechte Wildblumenmischungen anpflanzen. Sie bieten Nektar und Pollen über eine möglichst lange Vegetationsperiode und schaffen damit eine wichtige Nahrungsgrundlage für heimische Insektenpopulationen, die als unverzichtbare Bestäuber und Nahrungsquelle für Vögel das Fundament

stabiler Ökosysteme bilden. Eine pestizidfreie, insektenfreundliche Bewirtschaftung dieser Flächen sowie eine angepasste Mähstrategie werden wir verbindlich einführen. Eine insektenfreundliche Beleuchtung wird zusätzlich nachtaktive Arten schützen.

Lebensräume für Wildbienen, Hummeln und Solitärbienen ausbauen

Wildbienen, Solitärbienen und Hummeln brauchen mehr Raum und bessere Bedingungen in der Stadt. Wildblumenwiesen, naturbelassene Flächen und störungsarme Rückzugsräume werden wir gezielt ausbauen, um den Verlust von Insektenarten und ihren Lebensräumen zu stoppen. Mindestens 25 Prozent aller öffentlichen Grünflächen werden insektenfreundlich bepflanzt.

Biotopverbundsysteme schaffen und stärken

Wir werden Trittsteinbiotope, Grünbrücken über Verkehrswege sowie Landschaftselemente wie Hecken, Feldraine und Gewässerrandstreifen anlegen. Diese Verbindungsstrukturen ermöglichen Austausch und Wanderbewegungen zwischen isolierten Populationen und wirken der zunehmenden Zerschneidung von Lebensräumen durch Infrastruktur und Siedlungsentwicklung entgegen.

18.2 Nicht-heimische Arten

Tierfreundliche Lösungen statt Verdrängung durchsetzen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Umgang mit nicht-heimischen und stigmatisierten Tierarten grundlegend neu ausrichten. Tiere wie Waschbären,

Ratten oder Stadtauben werden häufig pauschal als „Schädlinge“ bezeichnet. Diese Zuschreibung ist wissenschaftlich kaum haltbar. Ratten etwa tragen zur Reinigung von Abwassersystemen bei. Dass ihre Populationen in Städten zu groß werden, ist in der Regel Folge unzureichender Müllentsorgung und fehlender Prävention. Anstatt Tiere zu töten, zu vergiften oder zu verdrängen, werden wir tierfreundliche, nachhaltige und wissenschaftlich fundierte Lösungen entwickeln und umsetzen.

Nicht-tödliche Methoden zur Populationsregulierung einsetzen

Bei der Regulierung von Tierpopulationen setzen wir konsequent auf nicht-tödliche Methoden. Dazu gehören der Einsatz von Unfruchtbarkeitsködern, die gezielte Veränderung von Lebensräumen im Stadtraum sowie bauliche Maßnahmen, die ein konfliktfreies Zusammenleben ermöglichen. Diese Ansätze sind nicht nur tierschutzgerecht, sondern langfristig wirksamer als kurzfristige Bekämpfungsmaßnahmen.

Aufklärung über nicht-heimische Arten fördern

Um Vorurteile gegenüber sogenannten „invasiven“ oder „unerwünschten“ Arten abzubauen und über ihr Verhalten, ihre ökologische Rolle und ihre tatsächlichen Auswirkungen zu informieren, werden wir Informations- und Bildungskampagnen einführen. Auch Waschbären, die sich längst als Kulturfolger etabliert haben, werden wir nicht länger als Problem behandeln, sondern Konflikte durch Prävention, Beratung und angepasste Stadtplanung vermeiden.

19. WILDTIERE

Wildtiere sind fester Bestandteil des Berliner Stadtlebens. Sie leben in unseren Wäldern und Parks, Gewässern oder auf der Straße. Doch menschliche Eingriffe, Lebensraumverlust, unachtsame Stadtplanung und Freizeitnutzung gefährden viele Arten.

Vögel kollidieren mit Glasfassaden, Fische leiden unter Hobbyfischerei, Wildtiere verlieren durch Jagd ihr natürliches Sozialverhalten und werden getötet. Gleichzeitig finden verletzte Tiere oft keine geeignete Versorgung. Es fehlt an koordinierten Strukturen, um Mensch-Tier-Konflikte wirkungsvoll zu vermeiden.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) sieht im Schutz städtischer Wildtiere eine politische Verantwortung. Tiere dürfen nicht für Freizeitinteressen getötet oder durch ungeeignete Infrastruktur gefährdet werden. Wo natürliche Lebensräume intakt sind und ökologische Gleichgewichte wirken können, braucht es nicht mehr, sondern weniger menschliche Eingriffe.

Wir werden ein Wildtierkompetenzzentrum errichten, das Forschung, Beratung und Koordination bündelt, und spezialisierte Organisationen sowie Wildtierauffangstationen ausreichend finanzieren. Jährliche Bestandserhebungen und wildtiersichere Infrastruktur im gesamten Stadtgebiet werden wir verbindlich verankern. Hobbyfischerei, Angelwettbewerbe und Hobbyjagd verbieten wir, führen jagdfreie Modellregionen ein und machen vogelfreundliche Baustandards bei Neubauten und Sanierungen zur Pflicht. Ergänzend sensibilisieren wir Bürger:innen durch gezielte Aufklärung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Wildtieren.

19.1 Wildtiermanagement und Versorgung

Wildtierkompetenzzentrum errichten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Errichtung eines Wildtierkompetenzzentrums vorantreiben, das als zentrale Anlaufstelle für Forschung, Ausbildung und Koordination aller Fragen rund um das Wildtiermanagement in Berlin dienen soll. Es wird wissenschaftliche Expertise bündeln, Bürger:innenberatung anbieten und als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Wissenschaft und praktischem Tierschutz fungieren. Zur Aufgabe des Zentrums gehören außerdem Aufklärungsarbeit über den richtigen Umgang mit Wildtieren, die Prävention von Mensch-Tier-Konflikten sowie die Sensibilisierung für die Schutzbedürftigkeit städtischer Wildtiere.

Wildtierversorgung ausreichend finanzieren

Dem Berliner Tierschutzverein und vergleichbaren, auf Wildtiere spezialisierten Organisationen werden wir ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen. Diese Mittel decken die direkte Rettung und medizinische Behandlung verletzter Tiere sowie ihre pflegerische Betreuung und Auswilderung ab.

Wildtiersicheres Stadtmanagement einführen

Wir werden wildtiersichere Müllbehälter im gesamten Stadtgebiet einführen, damit Wildtiere dort keine Nahrung suchen und Konflikte zwischen Menschen und Tieren reduziert werden. Unerlaubte Fütterungen von Wildtieren sowie die Vermüllung öffentlicher Flächen werden wir aufgrund der Gefahren für Tiere konsequenter ahnden.

Nachfahrverbot für Mähroboter einführen

Wir führen ein landesweites Verbot des Einsatzes von Mährobotern in Dämmerungs- und Nachtstunden ein, um Igel und andere nachtaktive Kleintiere wirksam vor schweren und tödlichen Verletzungen zu schützen.

Wildtierbestand erfassen und Überwinterungsquartiere sichern

Eine jährliche, wissenschaftlich fundierte Erhebung des Wildtierbestands in Berlin soll Populationsdaten und Gesundheitsstatus erfassen und als Grundlage für gezielte Schutzmaßnahmen dienen. Städtische Wohnungsbaugesellschaften werden wir anweisen, in ihren größeren Grünanlagen von Spätherbst bis Frühling Laubhaufen vorzuhalten, die als Überwinterungsquartiere für Igel, Amphibien und Insekten unverzichtbar sind.

19.2 Angeln und Fischzucht

Hobbyfischerei und Angelwettbewerbe verbieten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Hobbyfischerei sowie Angelwettkämpfe verbieten. Fische sind fühlende Lebewesen, daher dürfen sie nicht für bloße Unterhaltung missbraucht werden. Hakenverletzungen, Fang, Transport und ein oft langsamer Erstickungstod verursachen erhebliches Leiden. Das Aussetzen oder gezielte Fördern bestimmter Fischarten stört außerdem nachhaltig das natürliche Gleichgewicht in Seen, Flüssen und Bächen.

Angelverbote durchsetzen und ahnden

Verstöße gegen das Angelverbot, darunter Angeln in Schonzeiten, Angeln ohne gültige Fischereischein sowie die Durchführung von Angelwettkämpfen, werden wir konsequent nach § 17 Tier-

schutzgesetz ahnden. Wir werden regelmäßige Kontrollen einführen und bei Verstößen empfindliche Geldstrafen verhängen.

Tierhaltung im Urban Farming ausschließen

Die Haltung von Fischen oder anderen Wassertieren in Kreislaufsystemen des Urban Farming lehnen wir ab. Die beengten Haltungsbedingungen, wie sie in städtischen Umgebungen aus Platzgründen oft entstehen, sind mit den Grundsätzen des Tierschutzes nicht vereinbar. Unser Fokus im Urban Farming liegt auf dem Anbau von Pflanzen und der Förderung urbaner Biodiversität.

19.3 Jagd

Hobbyjagd und Jagdtourismus verbieten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Hobbyjagd und den Jagdtourismus verbieten. Tiere dürfen nicht für Freizeit, Prestige oder wirtschaftliche Interessen getötet werden. Wildtiere, die dauerhaft unter Jagddruck stehen, entwickeln artfremdes Verhalten, verlieren ihr natürliches Sozialgefüge und leben in permanentem Stress. Hinzu kommt, dass jährlich Hunde und Katzen von Jäger:innen getötet werden, weil sie sich zu weit von ihrem Wohnort entfernt haben. Die Jagd ist kein notwendiges Mittel zur Bestandsregulierung. Wirksamer und tierschutzgerechter sind die Wiederherstellung intakter Lebensräume und das Greifen natürlicher Regulationsmechanismen.

Naturnahe Lebensräume fördern

Konzepte, die auf den Schutz und die Wiederherstellung naturnaher Lebensräume setzen, werden wir gezielt fördern. Nur dort, wo Lebensräume intakt sind, können ökologische Gleichgewichte ohne menschliches Eingreifen funktionieren.

Jagdfreie Modellregionen einführen

Wir werden in und um Berlin jagdfreie Modellregionen einführen, um alternative Formen des Wildtiermanagements zu erproben. Wissenschaftliche Beobachtungen aus langfristig jagdfreien Gebieten belegen, dass der Verzicht

auf Jagd zu größerer Artenvielfalt, stabileren Ökosystemen und gesünderen Tierpopulationen führen kann. Langfristig streben wir eine ganzjährige Schonzeit für alle Tierarten im gesamten Stadtgebiet an.

19.4 Vögel

Vogelfreundliche Stadtplanung etablieren

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird verpflichtende Vogelschutzmaßnahmen bei Neubauten und Sanierungen als Standard einführen. Dazu gehören die Anbringung von Nistkästen, der Erhalt bestehender Brutstätten und der Einsatz vogelschutzkonformer Glasmarkierungen, um tödliche Kollisionen zu verhindern. Öffentliche Gebäude und Grünflächen werden wir durch strukturreiche Hecken, heimische Bepflanzung, Kletterpflanzen, Blühwiesen und Wasserstellen aktiv als Lebensraum für Vögel gestalten.

Vogelauffangstationen aufbauen und finanzieren

Wir werden in Berlin staatlich finanzierte Vogelauffangstationen aufbauen, welche in Kooperation mit Tierärzt:innen und Tierschutzorganisationen arbeiten. Sie sollen verletzte oder geschwächte Wildvögel fachgerecht behandeln. Eine stabile Infrastruktur solcher Stationen ist notwendig, um Tiere im Notfall professionell und tierschutzgerecht zu versorgen.

Bürger:innen zu vogelfreundlichem Verhalten informieren

Um Bürger:innen zu vogelfreundlichem Verhalten im Alltag zu informieren, werden wir Aufklärungskampagnen einführen. Dazu gehören Hinweise zur artgerechten Fütterung, zur Bereitstellung von Wasserstellen im Sommer, zur Sicherung von Fenstern und Glasflächen sowie zur Sensibilisierung für Gefahren durch Hauskatzen.

20. TAUBENMANAGEMENT

Stadttauben sind keine Wildvögel, sondern Nachkommen domestizierter Haus- und Brieftauben. Es sind Tiere, die der Mensch über Jahrhunderte gezüchtet hat und für die er deshalb eine besondere Verantwortung trägt. Im Berliner Alltag spiegelt sich diese Verantwortung kaum wider. Tauben finden nur wenige geeignete Unterschlüpfen, sind auf menschliche Nahrungsquellen angewiesen und werden gleichzeitig mit Spikes, Klebpasten oder Giftködern vertrieben und getötet.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für einen Umgang mit Stadttauben, der ihrer besonderen Stellung als vom Menschen abhängige Tiere gerecht wird. Tierschutzwidrige Abwehrmethoden lösen keine Probleme, sondern verlagern sie bestenfalls. Wirksames Taubenmanagement setzt dagegen auf Prävention, tierschutzkonforme Maßnahmen und Aufklärung.

Taubenfeindliche Abwehrsysteme werden wir in allen Bezirken durch betreute Taubenhäuser ersetzen. Durch den regelmäßigen Austausch von Eiern gegen Attrappen lassen sich Bestände dauerhaft und tierleidfrei regulieren. Ergänzend sensibilisieren wir Bürger:innen für den artgerechten Umgang mit Stadttauben und die Ablehnung tierschutzwidriger Methoden.

Taubenmanagement tierschutzgerecht gestalten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird taubenfeindliche Abwehrsysteme wie Spikes, Klebpasten oder Giftködern konsequent verbieten, da sie erhebliches Leid verursachen. Stattdessen setzen wir auf betreu-

te Taubenschläge und Aufklärung, um Populationen dauerhaft und tierschonend zu regulieren.

Taubenhäuser in allen Berliner Bezirken errichten

Wir werden Taubenhäuser in allen Berliner Bezirken nach dem Vorbild des Augsburger Stadttaubenkonzepts errichten. Das Konzept der Landestierschutzbeauftragten für das Taubenmanagement wird beibehalten. In Taubenhäusern finden die Tiere Unterschlupf und werden artgerecht gefüttert. Ihre Eier werden regelmäßig gegen Attrappen ausgetauscht, sodass die Bestände tierleidfrei reduziert werden. Eine regelmäßige Reinigung der Taubenschläge gehört ebenso zum Konzept. Da sich die Tiere überwiegend in den Taubenhäusern aufhalten, verteilen sie sich nicht mehr unkontrolliert über das Stadtgebiet, wodurch Verschmutzungen durch Kot abnehmen, Reinigungskosten sinken und Beschwerden durch Bürger:innen langfristig deutlich zurückgehen. In einigen Stadtteilen, darunter Spandau, Schöneberg und Hellersdorf, gibt es bereits Taubenschläge, die den Bestand auf schonende Weise regulieren. Wir werden außerdem sicherstellen, dass verletzte oder kranke Tauben tierärztlich behandelt werden.

Bürger:innen über den Umgang mit Stadttauben informieren

Wir werden Informationsangebote für Berliner Bürger:innen einführen, die über den artgerechten Umgang mit Stadttauben aufklären. Dazu gehören Hinweise zur richtigen Fütterung, zur Verhinderung wilder Brutplätze sowie zur Ablehnung tierschutzwidriger Abwehrmaßnahmen wie Spikes, Klebpasten oder Giftködern. Gleichzeitig werden wir vermitteln, wie Menschen den Vögeln geeignete Rückzugsräume bieten können.

21. TIERVERSUCHE

Jährlich werden in deutschen Laboren Millionen Tiere für Versuche eingesetzt, gequält und getötet, obwohl viele Tierversuche weder auf

den Menschen übertragbar, noch notwendig sind, um medizinische oder wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. Tierfreie Testverfahren liefern in vielen Bereichen günstigere, verlässlichere, ethisch vertretbare und repro-

duzierbare Ergebnisse. Dennoch fließt nur ein kleiner Teil der Forschungsgelder in diese Methoden. Das Festhalten an Tierversuchen ist in vielen Fällen keine wissenschaftliche Notwendigkeit, sondern Folge fehlender Förderstrukturen und mangelnder politischer Priorität.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) sieht im Ausstieg aus Tierversuchen eine ethische und wissenschafts-politische Aufgabe. Kein Lebewesen darf für Forschungszwecke leiden, wenn gleichwertige oder überlegene Methoden verfügbar sind. Berlin kann hier durch gezielte Förderung, klare Genehmigungspolitik und eine reformierte Ausbildung eine aktive Rolle übernehmen.

Wir werden einen Plan zum Ausstieg aus Tierversuchen entwickeln, keine neuen Tierversuchslabore genehmigen und uns gezielt für die Entwicklung und Anwendung tierversuchsfreier Methoden einsetzen. Pflichtversuche an Tieren in Ausbildung und Lehre schaffen wir ab. An ihre Stelle treten digitale Simulationen und virtuelle Lernsysteme. Einen Lehrstuhl für tierversuchsfreie Forschungsmethoden werden wir an Berliner Hochschulen einrichten, um Wissenschaft und Lehre dauerhaft auf ethisch verantwortbare Grundlagen zu stellen.

Plan zum Ausstieg aus Tierversuchen entwickeln

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich für ein Ende von Tierversuchen ein. Auch Berlin soll zu einem tierversuchsfreien Forschungsstandort werden. Ein verbindlicher Ausstiegsplan soll Tierversuche schrittweise abschaffen und den Einsatz moderner, tierversuchsfreier Methoden sicherstellen. Dabei können erfolgreiche internationale Modelle, etwa aus den Niederlanden, als Orientierung dienen. Ziel ist eine Forschung, die innovativ, zuverlässig und vollständig tierversuchsfrei arbeitet.

Keine neuen Tierversuchslabore genehmigen

Genehmigungen für neue Tierversuchslabore werden wir nicht erteilen. Bestehende Einrichtungen werden wir überprüfen und die Anwendung tierfreier Forschungsmethoden etablieren.

Tierversuchsfreie Forschungsmethoden gezielt fördern

Wir werden die Entwicklung und Anwendung tierversuchsfreier Forschungsmethoden gezielt fördern. Methoden wie Organchips, 3D-Zellkulturen, Mikrofluidik-Systeme, also Verfahren, bei denen biologische Prozesse auf miniaturisierten Chips oder in Zellstrukturen simuliert werden, sowie KI-gestützte Testverfahren liefern häufig schnellere und zuverlässigere Ergebnisse als Tierversuche und sind auf Dauer kostengünstiger und leichter reproduzierbar. Aktuell fließt jedoch nur ein sehr kleiner Teil der Forschungsgelder in diese Methoden. Das werden wir ändern.

Tierversuche in Ausbildung und Studium abschaffen

Pflichtversuche an Tieren in Ausbildung und Lehre, etwa in der Biolaborant:innen-Ausbildung oder im Biologiestudium, werden wir in Berlin abschaffen. Bis ein bundesweites Verbot umgesetzt wird, werden wir sicherstellen, dass Studierende und Auszubildende Zugang zu digitalen Simulationen, 3D-Modellen und virtuellen Versuchssystemen erhalten.

Lehrstuhl für tierversuchsfreie Forschung einrichten

Wir werden einen Lehrstuhl für tierversuchsfreie Forschungsmethoden an Berliner Hochschulen einrichten. Ziel ist es, Forschung und Lehre dauerhaft auf ethisch verantwortbare Methoden umzustellen und Studierende für eine Wissenschaft auszubilden, die ohne Tierleid auskommt.

22. TIERMEDIZIN

Eine gute tierärztliche Versorgung ist die Grundlage für das Wohlbefinden von Tieren in menschlicher Obhut. In Berlin fehlt es jedoch an ausreichenden Kapazitäten im tierärztlichen Notfalldienst und in der flächendeckenden Versorgung. Gleichzeitig ist der Zugang zu tierärztlicher Versorgung für Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen oder wohnungslose Tierhalter:innen oft kaum möglich. Darüber hinaus hält die veterinärmedizinische Ausbildung in Teilen an Praktiken fest, die mit Tierschutzgrundsätzen nicht vereinbar sind.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, dass jede:r Tierhalter:in im Notfall unabhängig von Einkommen oder Wohnort auf tiermedizinische Versorgung zählen kann. Gleichzeitig müssen Ausbildung und Studium im Veterinärbereich hohe ethische und fachliche Standards vermitteln, damit Tiermedizin stets kompetent, verantwortungsvoll und tierschutzkonform praktiziert wird.

Wir werden Tiernotdienste und mobile Versorgungsangebote gezielt stärken und Initiativen fördern, die Tiere wohnungsloser Menschen kostenlos medizinisch versorgen. Außerdem werden wir das verpflichtende Schlachthof-Praktikum für Studierende der Veterinärmedizin abschaffen und die Zahl der Studienplätze deutlich erhöhen, um dem bestehenden Versorgungsmangel entgegenzuwirken.

22.1 Tierarztpraxen

Tiermedizinische Notfallversorgung stärken

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Ausstattung und Förderung von Tiernotdiensten und Tierkliniken in Berlin verbessern, damit im akuten Krankheits- oder Verletzungsfall schnelle Hilfe verfügbar ist. Mobile tierärztliche Notfalldienste werden wir gezielt unterstützen und sicherstellen, dass sie im gesamten Stadtgebiet verlässlich erreichbar sind – auch nachts und an Wochenenden.

Tierärztliche Versorgung sozial gerecht gestalten

Alle Tierhalter:innen in Berlin sollen, unabhängig von Einkommen oder Lebenssituation, Zugang zu notwendiger tiermedizinischer Betreuung haben. Für Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen oder wohnungslose Tierhalter:innen ist dieser Zugang besonders schwierig. Initiativen, die Tiere dieser Gruppen kostenlos versorgen, werden wir fördern und als Modell ausbauen.

22.2 Ausbildung in der Veterinärmedizin

Pflichtpraktika in Schlachtbetrieben abschaffen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Ausbildung von Tierärzt:innen im Sinne des Tierschutzes reformieren. Studierende der Veterinärmedizin müssen bislang ein Pflichtpraktikum in einem Schlachtbetrieb absolvieren, bei dem sie das routinemäßige Töten von Tieren beobachten und evaluieren müssen. Es ist widersprüchlich, dass angehende Tierärzt:innen gezwungen sind, ein System zu begleiten, das das Leid von Tieren beinhaltet, obwohl ihr Berufsziel der Schutz und die Gesundheit von Tieren ist. Das verpflichtende Schlachthofpraktikum führt dazu, dass einige Studierende ihr Studium abbrechen, während andere es aus ethischen Gründen gar nicht erst aufnehmen. Wir schaffen deshalb das verpflichtende Praktikum in Schlachtbetrieben ab. Stattdessen werden Studierende Praktika absolvieren, die den Schutz, die Pflege und das Wohlbefinden von Tieren in den Mittelpunkt stellen.

Moderne, tierfreie Lernmethoden etablieren

Tierfreie Lehrkonzepte in der veterinärmedizinischen Ausbildung bauen wir aus und fördern sie flächendeckend. Virtual-Reality-Trainings, digitale Simulationen und interaktive Lernumgebungen sollen realistische Einblicke in tiermedizinische Eingriffe ermöglichen, ohne Tiere zu gefährden. Die Freie Universität Berlin setzt solche Methoden bereits ein – mit virtuellen Patient:innen und Simulatoren, die den Unterricht praxisnah ergänzen. Diesen Weg werden wir konsequent weiterentwickeln.

Studienplätze in der Veterinärmedizin ausbauen

In vielen Regionen Deutschlands, auch im Berliner Umland, besteht ein erheblicher Mangel an Tierärzt:innen, besonders im Notdienst und in der landwirtschaftlichen Betreuung. Gemeinsam mit Hochschulen, Kliniken und tierärztlichen Vereinigungen werden wir Konzepte für

eine zukunftsfähige Ausbildung entwickeln und die Zahl der Studienplätze in der Veterinärmedizin deutlich erhöhen. Dazu gehören der Ausbau klinischer Ausbildungsstätten, faire Vergütung von Praktika und eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Praxisphasen.

23. TIERE IN SPORT UND UNTERHALTUNG

Zoos, Zirkusse, Pferderennen, Ponykarussells und Pferdekutschen haben eines gemeinsam: Sie nutzen Tiere für menschliche Freizeitinteressen. Die Tiere leiden häufig unter erheblichem Stress, Schmerzen oder dauerhaften Schäden. Zustände wie beengte Gehege, lange Transportwege, Dressur mit schmerzhaften Hilfsmitteln oder stundenlanger Monotonie auf Jahrmärkten sind kein Randphänomen, sondern strukturell in den jeweiligen Branchen verankert. Gleichzeitig suggerieren viele dieser Angebote, dass Tiere selbstverständlich zur menschlichen Unterhaltung zur Verfügung stehen.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) lehnt die Nutzung von Tieren zu Unterhaltungszwecken grundsätzlich ab. Tiere sind fühlende Lebewesen, deren Bedürfnisse und Grenzen nicht den Anforderungen von Show, Sport oder Tourismus untergeordnet werden dürfen.

Wir werden keine neuen Genehmigungen für Zoos und Aquarien erteilen und bestehende Einrichtungen mittelfristig in Lebenshöfe mit Bildungsauftrag überführen. Tierauftritte in Zirkussen auf Berliner Landesflächen werden wir nicht gestatten und fördern stattdessen eine tierfreie Zirkuskultur. Galopp-, Trab- und Hindernisrennen, Ponykarussells, öffentliches Ponyreiten und Pferdekutschen im Straßenverkehr sowie schmerzhaftes Hilfsmittel im Pferdesport verbieten wir vollständig.

23.1 Zoos und Aquarien

Keine neuen Genehmigungen für Zoos und Aquarien erteilen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird keine weiteren Genehmigungen für Zoos, Aquarien oder vergleichbare Einrichtungen erteilen, die Tiere zu Unterhaltungszwecken in Gefangenschaft halten. Beengte, künstliche Lebensräume können den natürlichen Bedürfnissen der Tiere nicht gerecht werden. Der Unfall des Aquadoms 2022, bei dem zahlreiche Meerestiere starben, macht deutlich, dass die bisherige Genehmigungs- und Förderpraxis grundlegend überdacht werden muss. Mittelfristig werden wir uns für die Umwandlung bestehender Einrichtungen in Lebenshöfe mit Bildungsauftrag und eingeschränktem Publikumsverkehr einsetzen.

Zucht und Wildfänge verbieten

Wir werden ein Zuchtverbot in Zoos, Tierparks und Aquarien durchsetzen, sofern keine realistische Aussicht auf Auswilderung besteht. Wildfänge, insbesondere von Meerestieren, werden wir konsequent untersagen. Viele Tiere überleben Fang, Transport und die Anpassung an die Gefangenschaft nicht.

Ressourcen in Bildung und Stadtnatur investieren

Städtische Ressourcen lenken wir gezielt in den Schutz und die Förderung heimischer Stadtnatur sowie in den Erhalt und Ausbau naturnaher Lebensräume. Aufklärungsangebote über das natürliche Verhalten wildlebender Tiere werden wir als Alternative zur Tierhaltung zu Unterhaltungszwecken stärken.

23.2 Zirkusse

Tierauftritte in Zirkussen unterbinden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Tierhaltungen und Tierauftritte in Zirkussen auf Berliner Landesflächen nicht gestatten. Ständige Ortswechsel, lange Transportzeiten, beengte Unterbringung und Dressur bedeuten erheblichen Stress und Leid, besonders für Wildtiere, deren artgerechte Haltung unter Bedingungen des reisenden Zirkusbetriebs nicht möglich ist. Auch bei domestizierten Tieren wie Pferden oder Hunden sind diese Bedingungen mit einem zeitgemäßen Tierschutzverständnis nicht vereinbar.

Tierfreie Zirkuskultur fördern

Zirkussen in Berlin werden wir weiterhin Räume für tierfreie Veranstaltungen anbieten. Artistik, Akrobatik und Clownerie bieten kreative, tierfreie Möglichkeiten, um das Publikum zu begeistern. Moderne Ensembles zeigen, dass anspruchsvolle Zirkuskunst ohne Tierbeteiligung gelingt. Wir werden uns außerdem im Bundesrat für ein längst überfälliges Verbot von Wildtieren im Zirkus einsetzen.

23.3 Pferderenn- und Reitsport

Tierschutzwidrige Praktiken und Hilfsmittel verbieten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Einsatz schmerzhafter Hilfsmittel im Pferdesport verbieten. Zungenbänder, die Pferden Schmerzen zufügen und ihre natürliche Maulbewegung einschränken, wurden bei Veranstaltungen wie dem Traber Derby in Mariendorf dokumentiert, obwohl ihr Einsatz tierschutzrechtlich nicht zu rechtfertigen ist. Wir werden außerdem tierschutzwidrige Ausbildungsmethoden wie Rollkur, Touchieren und Barren unterbinden.

Tierleid im Pferdesport beenden

Galopp-, Trab- und Hindernisrennen werden wir beenden. Diese Sportarten führen bereits bei jungen Tieren zu erheblichem Stress, Verletzungen und in schweren Fällen zum Tod. Wir werden uns außerdem für ein Verbot von Dressur- und Springreiten sowie anderer vergleichbarer Disziplinen einsetzen.

Unabhängige Tierschutzkontrollen bei Reitveranstaltungen einführen

Regelmäßige, unabhängige und unangekündigte Tierschutzkontrollen werden bei allen Reit- und Rennveranstaltungen zur Pflicht. Für die Haltung der Pferde werden wir verbindliche Mindestanforderungen festlegen, darunter täglichen Auslauf, großzügige Boxen sowie Auslauflächen mit Unterstand und Kontakt zu Artgenossen.

Ausstieg aus dem Pferdesport einleiten

Die Förderung von Einrichtungen, die mit systematischer Tierausbeutung verbunden sind, prüfen wir kritisch und beenden sie schrittweise. Wir werden uns für die Umwandlung von Trabrennbahnen in öffentlich zugängliche Sportflächen einsetzen und Reitsportbetriebe langfristig in tierfreundliche Einrichtungen wie Lebenshöfe oder Angebote tiergestützter Arbeit überführen.

23.4 Ponyreiten und Pferdekutschen

Ponykarussells und öffentliches Ponyreiten verbieten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird Ponykarussells sowie öffentlich zugängliches Ponyreiten verbieten. Stundenlange Monotonie, Lärm, Menschenandrang und fehlende Rückzugsmöglichkeiten sind auf Jahrmärkten, Stadtfesten und Weihnachtsmärkten keine Ausnahme, sondern die Regel. Für die Tiere bedeutet das erheblichen Stress. Diese Angebote dienen ausschließlich der menschlichen Unterhaltung und vermitteln insbesondere Kindern ein falsches Bild von Tieren als Freizeitobjekt.

Pferdekutschen im öffentlichen Straßenverkehr vollständig verbieten

Wir werden Pferdekutschen zu touristischen Zwecken im öffentlichen Straßenverkehr vollständig verbieten. Lärm, Hektik, Abgase, Hitze und harte Asphaltstraßen bedeuten für die Tiere dauerhaften Stress. Hinzu kommt ein erhebliches Unfallrisiko für alle Verkehrsteilnehmenden. Obwohl Berlin den Kutschenbetrieb im Innenstadtbereich bereits eingeschränkt hat, fehlt bisher ein konsequentes Verbot. Wir werden außerdem die schrittweise Umstellung auf elektrisch betriebene Kutschen fördern, um tierleidfreie Lösungen im Tourismusbereich zu etablieren.

24. TIERE IN DER ERNÄHRUNGSINDUSTRIE

Auch wenn Berlin selbst kaum landwirtschaftliche Tierhaltung betreibt, ist der Konsum tierlicher Produkte aus industrieller Massentierhaltung hier alltäglich. Fleisch, Milch und Eier werden täglich in Berliner Supermärkten, Kantinen und Restaurants verkauft und konsumiert. Damit ist Massentierhaltung kein fernes Problem des ländlichen Raums, sondern auch ein Berliner Konsumproblem und eine Frage von Verantwortung, Ethik und Klimagerechtigkeit. Die Bedingungen, unter denen diese Tiere leben und sterben, bleiben für die meisten Verbraucher:innen unsichtbar.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich entschieden für ein Ende der industriellen Tierhaltung ein. Tiere sind fühlende Lebewesen, keine Produktionsgüter. Die gängige Praxis, Tiere auf engstem Raum zu halten, zu verstümmeln und unter hohem Medikamenteneinsatz zu mästen, widerspricht grundlegenden Prinzipien des Tierschutzes. Die industrielle Tierhaltung verursacht massives Tierleid, belastet Umwelt und Klima und birgt gesundheitliche Risiken für Menschen und andere Tiere.

Wir werden uns für ein Ausstiegskonzept aus der industriellen Tierhaltung einsetzen, den Import tierquälerisch erzeugter Produkte wie Stopfleber konsequent unterbinden und transparente Kennzeichnung aller tierlichen Produkte nach Herkunft, Haltungsform und Transportbedingungen fordern. Pflanzliche Alternativen fördern wir aktiv in Kantinen, Schulen und städtischen Einrichtungen. Die Forschung zu tierfreien Lebensmitteln und Laborfleisch werden wir gezielt unterstützen.

24.1 Massentierhaltung

Industrielle Tierhaltung überwinden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird sich im Bundesrat für ein Ausstiegskonzept aus der industriellen Tierhaltung einsetzen. Dazu gehören verbindliche Zielvorgaben für den Umbau der Agrarwirtschaft, eine

gezielte Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe beim Wechsel zu einer pflanzenbasierten Produktion sowie der Abbau von Subventionen für die Massentierhaltung.

Import tierquälerisch erzeugter Produkte unterbinden

Was in Deutschland nicht legal erzeugt werden darf, sollte auch nicht importiert werden. Wir werden den Handel mit Stopfleber und ähnlichen Produkten, die unter Bedingungen hergestellt werden, die in Deutschland verboten sind, untersagen und den Import konsequent kontrollieren.

Über Qualzucht bei sogenannten „Nutztieren“ aufklären

Tiere werden heute gezielt so gezüchtet, dass sie maximale Mengen an Milch, Fleisch oder Eiern produzieren. Hormongaben und andere Eingriffe sind dabei häufig mit gesundheitlichen Schäden und erheblichen Schmerzen verbunden. Tiere sind keine Produktionsmittel und ihre Zucht darf nicht an wirtschaftlichen Kennzahlen ausgerichtet werden. Wir werden daher Informationskampagnen in Schulen, Kitas und städtischen Einrichtungen einführen, die über die Folgen leistungsorientierter Zucht und Qualzuchten bei sogenannten „Nutztieren“ aufklären.

24.2 Kennzeichnung und Markttransparenz

Transparente Kennzeichnung tierlicher Produkte einführen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird sich im Bundesrat für die klare und vollständige Kennzeichnung von Produkten tierlichen Ursprungs einsetzen. Diese Kennzeichnung soll transparente Angaben zu Herkunft, Haltungsform und Transportbedingungen umfassen. Nur wer die tatsächlichen Bedingungen hinter einem Produkt kennt, kann eine echte Kaufentscheidung treffen. In Berlin werden wir Aufklärungskampagnen in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und städtischen Kantinen einführen sowie Informationsmaterialien über die realen Bedingungen in der Tierhaltung bereitstellen. Werbung für Tierprodukte verbieten wir auf städtischen Plattformen und Veranstaltungen.

gen. Pflanzliche und tierfreie Alternativen werden in städtischen Kantinen und bei der Lebensmittelbeschaffung aktiv gefördert.

Wahre Kosten tierlicher Produkte sichtbar machen

Im Bundesrat setzen wir uns für verbindliche Maßnahmen ein, die die tatsächlichen Kosten industrieller Tierhaltung sichtbar machen. Dazu gehören ein Öko-Score für tierliche Produkte, Warnhinweise zu gesundheitlichen Risiken, die Kennzeichnung des Hormoneinsatzes sowie eine Klimasteuer auf Methanemissionen, ein Treibhausgas, das bei der Tierhaltung in erheblichem Umfang entsteht. Diese Maßnahmen schaffen Anreize für den Wechsel zu tierfreien Produkten.

24.3 Tierfreie Lebensmittel

Forschung und Entwicklung tierfreier Lebensmittel fördern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Forschung und Entwicklung tierfreier Lebensmittel wie In-vitro-Fleisch,

also Laborfleisch, aktiv unterstützen. In-vitro-Fleisch verursacht kein Tierleid und reduziert den Verbrauch von Wasser und landwirtschaftlicher Fläche erheblich. Wir werden Start-ups fördern, Kooperationen mit Berliner Hochschulen aufbauen, Innovationspreise ausschreiben und Pilotprojekte in städtischen Kantinen und Schulen ermöglichen, damit neue Produkte erprobt werden können. Obwohl die Herstellungsverfahren noch weiterentwickelt werden, sind die wissenschaftlichen Grundlagen weit fortgeschritten. Berlin kann durch gezielte Förderung dazu beitragen, diese Technologien schneller zur Marktreife zu bringen.

25. TIERE IN DER BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

Pelz, Wolle, Leder und andere tierliche Materialien stehen für systematisches Leid und schwere Umweltbelastungen. Millionen Füchse, Nerze, Marderhunde und Kaninchen werden für Modeprodukte unter engen, qualvollen Bedingungen gehalten, schmerzhaften Eingriffen unterzogen und getötet. Auch in Berlin werden Echtpelzprodukte auf Märkten und Veranstaltungen verkauft und Wollprodukte aus Ländern mit tierschutzwidrigen Praktiken gelangen unkontrolliert in den Handel.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) lehnt die Ausbeutung von Tieren für die Gewinnung von Materialien und Mode ab und sieht Berlin in der Verantwortung, den Handel mit tierquälerisch erzeugten Produkten aktiv einzuschränken und Transparenz als verbindlichen Standard durchzusetzen.

Den Verkauf von Echtpelzprodukten auf allen öffentlichen Flächen verbieten wir vollständig und setzen uns im Bundesrat für ein deutschlandweites Import- und Handelsverbot ein. Damit Verbraucher:innen informierte Entscheidungen treffen können, führen wir strenge Kontrollen und Kennzeichnungspflichten für Wollprodukte ein. Die Entwicklung und Nutzung tierfreier Materialien unterstützen wir durch Förderprogramme, Kooperationen mit Modehochschulen und städtische Ausstellungsplattformen.

Echtpelzverkauf auf öffentlichen Flächen unterbinden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird ein vollständiges Verkaufsverbot von Echtpelzprodukten auf allen Berliner Landesflächen durchsetzen. Kein städtischer Markt, kein Weihnachtsmarkt, keine Messe und keine Einrichtung des Landes Berlin darf Produkte anbieten, für die Tiere getötet wurden. Ob

Pelztiere in Farmen gehalten oder in der Wildnis gefangen werden – ihr Tod dient ausschließlich ästhetischen Zwecken und ist ethisch nicht zu rechtfertigen. Wir werden uns außerdem im Bundesrat für ein deutschlandweites Import- und Handelsverbot für Echtpelz einsetzen.

Tierquälerische Wollproduktion ausschließen

Im Bundesrat setzen wir uns für ein Importverbot für Wolle ein, insbesondere für Importe aus Ländern, in denen Mulesing praktiziert wird, ein Verfahren, bei dem Schafen ohne Betäubung Hautpartien entfernt werden. Für den Berliner Markt werden wir strenge Kontrollen und mehr Transparenz in der Lieferkette einführen, damit Verbraucher:innen erkennen können, unter welchen Bedingungen Wollprodukte hergestellt wurden.

Verbraucher:innen durch Aufklärung und Kennzeichnung informieren

Wir werden breit angelegte Aufklärungskampagnen einführen, die über die Haltungsbedingungen hinter tierlichen Produkten informie-

ren und zu bewussten Kaufentscheidungen beitragen sollen. Im Bundesrat setzen wir uns für verpflichtende Kennzeichnungen ein, damit Verbraucher:innen tierfreie Produkte auf einen Blick erkennen können.

Tierfreie Materialien gezielt fördern

Die Entwicklung und Nutzung tierfreier Materialien unterstützen wir in Berlin gezielt. Gefördert werden sollen insbesondere ökologisch nachhaltige Alternativen wie pflanzliche Fasern – etwa Hanf oder Leinen –, recycelte Stoffe sowie Materialien wie Tencel und Lyocell. Designer:innen, Start-ups und Unternehmen, die auf diese Alternativen setzen, werden durch Förderprogramme, Kooperationen mit Modehochschulen, Innovationspreise und städtische Ausstellungsplattformen unterstützt.

26. TIERE IN MENSCHLICHER OBHUT

Hunde, Katzen und andere Tiere sind für viele Menschen in Berlin feste Begleiter im Alltag und Teil der Familie. Gleichzeitig stoßen Tierheime an ihre Kapazitätsgrenzen, verwilderte Katzenpopulationen wachsen unkontrolliert, Qualzuchten verursachen dauerhaftes Tierleid, und der Tierhandel bleibt zu wenig reguliert. Menschen mit geringem Einkommen oder wohnungslose Tierhalter:innen erhalten kaum Unterstützung, obwohl die Bindung zu ihren Tieren oft von zentraler Bedeutung für ihr Wohlbefinden ist. Tierschutz in der Stadt ist damit keine Nischenaufgabe, sondern eine soziale und politische Querschnittsaufgabe.

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) verbindet Prävention, Aufklärung und konsequente Regulierung zu einem umfassenden Ansatz für den Schutz von Tieren in menschlicher Ob-

hut. Ehrenamtliches Engagement allein kann strukturelle Lücken nicht schließen – es braucht verlässliche politische und finanzielle Rahmenbedingungen.

Wir werden eine Tierheimpauschale einführen, Kastrationsprogramme für Freigängerkatzen ausbauen und uns für ein bundesweites gesetzliches Verbot von Qualzuchten einsetzen. Den Tierhandel in Geschäften beenden wir schrittweise zugunsten von Adoption. Die Rasseliste schaffen wir ab und ersetzen sie durch einen verpflichtenden Hundeführerschein. Den Einsatz von Tieren bei der Polizei werden wir schrittweise beenden und durch tierfreie, deeskalierende Praktiken ersetzen.

26.1 Tierheime und Tierschutzvereine

Tierheimfinanzierung dauerhaft sichern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) steht für eine verlässliche Finan-

zierung des praktischen Tierschutzes in Berlin. Tierheime und Tierschutzvereine übernehmen Aufgaben, die sonst niemand erfüllen würde. Sie nehmen Fund- und Abgabetierr auf, pflegen und vermitteln sie und leisten wichtige Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Der Bedarf wächst stetig, die finanzielle Grundlage bleibt jedoch häufig unsicher. Wir werden deshalb eine Tierheimpauschale einführen: Zwei Euro jährlich pro Berliner:in – das entspricht weniger als 17 Cent im Monat. Hochgerechnet auf die Berliner Bevölkerung ergibt das rund 8 Millionen Euro jährlich, mit denen das Tierheim Berlin dauerhaft entlastet und langfristig abgesichert werden kann.

Ehrenamtliche Tierschutzvereine unterstützen

Ehrenamtliche Tierschutzvereine tragen erheblich zur Versorgung von Tieren in Not bei, ohne angemessene öffentliche Unterstützung. Wir werden gezielte Zuschüsse für Versorgungskosten, tierärztliche Betreuung und Bildungsarbeit einführen, damit diese Vereine ihre Arbeit verlässlich planen und fortführen können. Tierschutz in Berlin braucht sowohl finanzielle Absicherung als auch politische Rückendeckung.

26.2 Qualzuchten

Qualzucht als tierschutzwidriges Leid benennen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) setzt sich dafür ein, Qualzuchten klar als tierschutzwidriges Leid zu benennen und zu beenden. Tiere werden bis heute gezielt so gezüchtet, dass ihre Körpermerkmale ihnen selbst zur Last werden. Rassen wie Französische Bulldoggen, Möpse, Dackel oder Bernhardiner leiden unter erschwelter Atmung oder Gelenkproblemen, die durch gezielte Selektion entstanden sind. Auch Katzen wie die Scottish Fold, deren gefaltete Ohren auf schmerzhaftes Knorpel- und Gelenkveränderungen zurückgehen, sind betroffen. Kaninchen mit langen Hängeohren sind besonders anfällig für Ohrenentzündungen. All diese Tiere tragen ein Leben lang gesundheitliche Schäden, nur um menschlichen Schönheitsidealen zu entsprechen.

Über Qualzuchten aufklären

Wir werden Kampagnen fördern, die über die gesundheitlichen Folgen von Qualzuchten informieren und Menschen befähigen, beim Tierkauf verantwortungsbewusst zu entscheiden. Informationsmaterialien sollen in Tierarztpraxen, Tierheimen, Zoohandlungen und auf Onlineplattformen verfügbar sein. Ergänzend werden wir diesbezüglich Bildungsprojekte an Schulen unterstützen. Nur wer versteht, was Qualzucht bedeutet und welches Leid sie verursacht, wird keine Tiere aus solchen Zuchtlinien kaufen.

Qualzucht bundesweit verbieten

Im Bundesrat setzen wir uns für ein umfassendes Verbot der Zucht, des Verkaufs und des Handels mit Qualzuchten ein. Berlin wird aktiv auf eine Überarbeitung des § 11b Tierschutzgesetzes hinwirken und ein bundesweites Haus- und Heimtierzuchtgesetz einfordern, das den Schutz der Tiere klar vor wirtschaftliche Zuchtinteressen stellt. Solange bestehende Regelungen den Handel mit leidverursachenden Zuchtformen zulassen, bleiben Appelle wirkungslos. Einheitliche gesetzliche Standards sind der einzige Weg, um Tierleid in der Zucht verlässlich zu verhindern.

26.3 Hunde

Hundenauslaufgebiete ausbauen und aufwerten

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Ausbau von Hundenauslaufgebieten und Hundepätzen in Berliner Stadtparks vorantreiben, insbesondere in Stadtrandlagen und Neubaugebieten. Neue Gebiete müssen Mindeststandards wie eine ausreichende Größe, Beschäftigungsmöglichkeiten für die Tiere sowie eine Ausstattung mit Kottütenspendern, Wasserstellen und Sitzgelegenheiten erfüllen. Wir werden uns außerdem für weitere Hundebadestellen an Berliner Seen einsetzen, die klar gekennzeichnet, naturnah gestaltet und so angelegt sind, dass sie Rücksicht auf andere Badegäste, sensible Uferbereiche und den Naturschutz nehmen. Eine gute Planung schafft Akzeptanz und reduziert Nutzungskonflikte.

Qualifizierte Hundeerziehung steuerlich begünstigen

Steuerliche Vergünstigungen für Hundeschulen und anerkannte Hundetrainer:innen werden wir einführen. Ziel ist es, qualifizierte Ausbildungsangebote für Halter:innen erschwinglich zu machen und damit das Zusammenleben von Mensch und Hund nachhaltig zu verbessern.

Hundemitnahme im Alltag vereinfachen

Wir schaffen Rahmenbedingungen, die es Hundehalter:innen erleichtern, ihre Tiere in den Alltag einzubinden. Im öffentlichen Dienst werden wir die Akzeptanz von Bürohunden in Bezirksämtern und Landesbetrieben fördern. Wir setzen uns dafür ein, den Einsatz von Schulhunden an Berliner Schulen nach dem Vorbild des Leitfadens „Hunde in der Schule“ aus Treptow-Köpenick verbindlich zu regeln. Dazu gehören unter anderem klare Qualifikations- und Tierschutzstandards und verbindliche Sicherheitsregeln, die durch eine verpflichtende Selbsterklärung nachgewiesen werden. Ziel ist es, tiergestützte Pädagogik sicher und wirksam umzusetzen. Die Mitnahme von Hunden auf Klassenfahrten soll ermöglicht werden, sofern pädagogische Gründe dies unterstützen.

Zutrittsrecht für Assistenzhunde verlässlich durchsetzen

Assistenzhunde ermöglichen Menschen mit Beeinträchtigungen mehr Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Das bestehende Zutrittsrecht für Assistenzhunde muss im Berliner Alltag verlässlich umgesetzt werden und nicht nur auf dem Papier gelten. Wir werden stadtweite Informationskampagnen einführen, die Beschäftigte in Behörden, landeseigenen Betrieben, im Einzelhandel, in der Gastronomie und im öffentlichen Nahverkehr über die Rechte von Menschen mit Assistenzhunden informieren. Öffentliche Einrichtungen werden verpflichtet, den Zutritt von Assistenzhunden durch klare Hinweisschilder sichtbar kenntlich zu machen.

Rasseliste abschaffen und Hundeführerschein einführen

Die pauschale Einstufung bestimmter Hunderassen als „gefährlich“ schaffen wir ab. An ihre Stelle tritt ein verpflichtender Hundeführerschein, den alle Halter:innen bei Aufnahme

eines neuen Hundes nachweisen müssen, unabhängig davon, ob sie bereits Erfahrung in der Hundehaltung haben. Dieser stellt sicher, dass Halter:innen die nötige Sachkunde besitzen, um ihren Hund tiergerecht zu halten und potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen. Das schafft mehr Gerechtigkeit für Hunde und Halter:innen und erhöht gleichzeitig die öffentliche Sicherheit.

Hunde aus dem Tierschutz von der Hundesteuer befreien

Wir führen eine lebenslange Befreiung von der Hundesteuer für Hunde ein, die aus Tierheimen oder anerkannten Tierschutzorganisationen adoptiert wurden. Diese steuerliche Entlastung setzt einen klaren Anreiz, Adoption gegenüber dem Kauf vorzuziehen, was angesichts bestehender Überpopulation tierschutzpolitisch geboten ist.

Tierschutzverstöße in der Hundehaltung konsequent verfolgen

Die personelle und finanzielle Ausstattung der Veterinär- und Ordnungsämter werden wir in Berlin stärken, damit Tierschutzverstöße in der Hundehaltung konsequent verfolgt werden können. Qualifiziertes Fachpersonal soll regelmäßige Kontrollen durchführen und eingehende Tierschutzanzeigen zügig bearbeiten. Das absichtliche Abrichten von Hunden zu aggressivem Verhalten wird strafrechtlich verfolgt. Ergänzend werden wir Aufklärungskampagnen für zukünftige Tierhalter:innen über die Risiken des illegalen Welpenhandels und die Anforderungen tiergerechter Haltung einführen. Wir werden außerdem Kampagnen starten, die die Ausbeutung von Tieren in sozialen Medien sichtbar machen und uns im Bundesrat dafür einsetzen, zu prüfen, ob der strafrechtliche Geltungsbereich für extreme Gewaltdarstellungen an Tieren ausgeweitet werden kann.

26.4 Katzen

Kommunale Kastrationsprogramme ausbauen

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird kommunale Kastrationsprogramme in Zusammenarbeit mit Berliner Bezirken, Tierschutzorganisationen und dem Tierheim Berlin gezielt ausbauen und finanziell fördern. Tau-

sende verwilderte Hauskatzen leben in Berlin unter schlechten Bedingungen. Sie leiden unter Hunger, an Verletzungen und Krankheiten. Die Kastration von auf der Straße lebenden Katzen verhindert eine unkontrollierte Vermehrung. Sie schützt nicht nur die Tiere selbst, sondern auch die heimische Tierwelt, die durch frei lebende Katzen gefährdet wird.

Aufklärung und finanzielle Unterstützung für Halter:innen schaffen

Nachhaltiger Katzenschutz beginnt beim Menschen. Wir werden durch Aufklärungskampagnen das Bewusstsein für verantwortungsvolle Katzenhaltung stärken. Für Tierhalter:innen mit geringem Einkommen werden wir Förderprogramme schaffen, die Kastrationen finanziell zugänglich machen. Niemand soll mit dieser Verantwortung allein gelassen werden.

26.5 Handel mit Tieren

Tierhandel in Geschäften schrittweise beenden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Verkauf von Tieren in Zoofachgeschäften, Baumärkten und vergleichbaren Verkaufsstellen schrittweise beenden. Künftig sollen Tiere vorrangig über Adoption aus Tierheimen und Tierschutzorganisationen vermittelt werden. Bis dieses Ziel erreicht ist, werden wir alle betroffenen Betriebe regelmäßig und unangekündigt überprüfen lassen. Kontrolliert werden insbesondere tiergerechte Unterbringung, Herkunft der Tiere, Platzverhältnisse, Temperatur- und Transportbedingungen sowie Gesundheitszustand.

Verbindliche Mindeststandards für Kleintiere festlegen

Wir werden klare Vorgaben für die Haltung von Kleintieren wie Kaninchen, Meerschweinchen oder bestimmten Vogelarten einführen. Dazu gehört das Verbot der Einzelhaltung sozialer Tierarten. Die Standards werden wissenschaftlich fundiert und an den natürlichen Bedürfnissen der Tiere ausgerichtet.

Private Haltung sogenannter „exotischer“ Tiere streng regulieren

Die private Haltung sogenannter „exotischer“ Tiere lehnen wir grundsätzlich ab, da ihre artspezifischen Bedürfnisse in privaten Haushalten in der

Regel nicht erfüllt werden können. Zulässig bleibt die Haltung ausschließlich in anerkannten Einrichtungen sowie in genehmigten privaten Pflegestellen mit Schutz-, Pflege- oder Auffangauftrag. Bis zu einem umfassenden Verbot der privaten Haltung sollen Tierhalter:innen schrittweise durch Aufklärungskampagnen sensibilisiert werden, während gleichzeitig strenge Regeln für Sachkunde und Haltungsbedingungen gelten.

Tierbörsen und Tiermärkte abschaffen

Tierbörsen und Tiermärkte schaffen wir mittelfristig ab, da sie Tierleid und Spontankäufe begünstigen. Bis zur vollständigen Umsetzung werden wir alle Veranstaltungen, bei denen Tiere gehandelt oder präsentiert werden, streng kontrollieren und bei Verstößen gegen Tierschutz- oder Ordnungsrecht einschreiten.

Illegale Tierverkäufe im Internet systematisch verfolgen

Die zuständigen Berliner Behörden werden wir personell und technisch stärken, um Online-Angebote systematisch zu überprüfen, illegale Tierverkäufe zu unterbinden und Verstöße wirksam zu sanktionieren. Plattformen werden stärker in die Verantwortung genommen, damit Tierhandel nicht anonym und unkontrolliert stattfinden kann.

Bundesweites Heimtiergesetz einfordern

Im Bundesrat setzen wir uns für ein Heimtiergesetz ein, das Zucht und Handel mit sogenannten „Haustieren“ streng regelt. Auf Berliner Ebene setzen wir parallel auf strengere Kontrollen, klare Auflagen und konsequenten Vollzug, um Tierleid, Überpopulation und illegalen Handel wirksam zu reduzieren. Tierheime, Auffangstationen und anerkannte Tierschutzorganisationen bleiben ausdrücklich ausgenommen.

26.6 Tiertafel

Tiertafel strukturell anerkennen und dauerhaft fördern

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird die Arbeit der Berliner Tiertafel strukturell anerkennen und dauerhaft finanziell absichern. Tiertafeln versorgen bedürftige Menschen kostenlos mit Tiernahrung, Zubehör und

fachkundiger Beratung. Sie verhindern, dass Tierhalter:innen mit geringem Einkommen ihre Tiere aus finanziellen Gründen abgeben müssen und verbinden Tierschutz mit sozialer Verantwortung. Diese Arbeit darf nicht allein auf ehrenamtlichem Engagement und Spendenbereitschaft ruhen. Wir setzen uns dafür ein, die Tiertafel dauerhaft institutionell zu fördern, statt sie weiterhin auf befristete, projektbasierte Finanzierung zu beschränken.

Stadtweite Vernetzung der Tiertafel ausbauen

Die Vernetzung der Tiertafel mit Tierärzt:innen, Sozialträgern und Behörden fördern wir aktiv. Gemeinsame Beratungsangebote, präventive Gesundheitsmaßnahmen und eine tierärztliche Basisversorgung ermöglichen es, Notlagen frühzeitig zu erkennen und abzufedern. So entsteht ein Unterstützungsnetzwerk, das sowohl Menschen als auch Tieren hilft.

26.7 Tiere im staatlichen Einsatz

Tiereinsatz bei der Polizei schrittweise beenden

Die **PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ** (Tierschutzpartei) wird den Einsatz von Tieren bei der Polizei Berlin schrittweise beenden. Der Einsatz von Diensthunden und Reitpferden ist mit erheblichem Stress und Verletzungsrisiken verbunden. Tiere können nicht in gefährliche Einsatzlagen einwilligen und sind für laute, unübersichtliche Großlagen nicht geeignet. Das birgt Risiken für die Tiere selbst, für Einsatzkräfte und für unbeteiligte Dritte. Der routinemäßige Einsatz bei Fußballspielen, Demonstrationen oder zur Personensicherung soll daher vermieden werden. Auch den Einsatz von Diensttieren durch Polizei und Zoll, etwa zur Suche nach Betäubungsmitteln oder Sprengstoffen, werden wir kritisch prüfen. Bis zu einem vollständigen Verbot müssen bestehende Einsätze streng begrenzt und unter höchsten tierschutzrechtlichen Standards durchgeführt werden. Wir werden tierfreie, deeskalierende Alternativen fördern, die eine wirksame Gefahrenabwehr ermöglichen.



**PARTEI MENSCH
KLIMA TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ

- Tierschutzpartei -

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Paula López Vicente, Bernd Kriebel,
Dennis Landgraf

Schreiersgrüner Straße 5
08233 Treuen

sekretariat@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de